

NRW DGB

Deutscher
Gewerkschaftsbund

**STÄRKER
MIT UNS.**

**GUTE ARBEIT.
STARKE WIRTSCHAFT.
SOZIALE SICHERHEIT.**

**GESCHÄFTSBERICHT DES BEZIRKS
Deutscher Gewerkschaftsbund NRW
2022 – 2025**

INHALTSVERZEICHNIS

- 5 Interview: „Stärker mit uns! Gute Arbeit. Starke Wirtschaft. Soziale Sicherheit.“**
Anja Weber und Anke Unger zu den Schwerpunkten, Herausforderungen und Erfolgen des DGB NRW in den letzten vier Jahren
- 8 Transformation**
Für einen starken Wirtschaftsstandort mit guten Arbeitsplätzen in NRW
- 17 Arbeitsmarktpolitik**
Impulse setzen für nachhaltige Beschäftigung
- 24 Sozialpolitik**
Starker Sozialstaat – starke Demokratie
- 32 Bildungspolitik**
Für eine Bildungswende in NRW
- 40 Öffentlicher Dienst, Haushaltspolitik und Wohnen**
Gemeinsam für einen starken und handlungsfähigen Staat
- 52 Demokratie**
Haltung zeigen für eine tolerante und solidarische Gesellschaft
- 57 DGB-Frauen NRW**
MehrWert Gleichstellung
- 66 DGB-Jugend NRW**
Gewerkschaftsjugend in Bewegung – Zukunft gemeinsam gestalten
- 70 Kommunikation**
Starke Botschaften auf allen Kanälen
- 80 Organisation, Veranstaltungen, Kampagnen**
Starke Unterstützung für Bezirk, Regionen und Ehrenamt
- 89 Finanzen und Personal**
Immer gut aufgestellt
- 92 Mitarbeit der DGB-Bezirksverwaltung NRW in Gremien und Initiativen**
- 94 Beteiligung des DGB NRW an Sachverständigen-Anhörungen**
des NRW-Landtages 2022-2025
- 96 Gedenken**

TEAM DER DGB-BEZIRKSVERWALTUNG NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzende

Anja Weber, *Vorsitzende*
Petra Mirbach, *Assistentin*
Marc Neumann, *Referatssekretär*

Stellvertretende Vorsitzende

Abteilung Sozialpolitik

Anke Unger, *stellvertretende Vorsitzende
und Abteilungsleiterin*
Sandra Hauschild, *Assistentin*

Kommunikation

Julia Bandelow, *Abteilungsleiterin*
Jonas Banken-Blumenthal, *Referatssekretär*
Anna Janosch-Herdt, *Assistentin*

Transformation

Dr. Jörg Weingarten, *Abteilungsleiter*
Johannes Beckmann, *Referatssekretär*
Melanie Balazs, *Assistentin*

Arbeitsmarkt- und Frauenpolitik

Mareike Richter, *Abteilungsleiterin*
Sabrina Jenschke, *Assistentin*

Bildungspolitik und Handwerk

Sonja Kawlath, *Abteilungsleiterin*
Karima Boutalis, *Assistentin*

Öffentlicher Dienst und Beamtenpolitik

Nina Rieger, *Abteilungsleiterin*
Melanie Balazs, *Assistentin*

Jugend und Demokratie

Andreas Jansen, *Abteilungsleiter*
Nina Gaedike, *Jugendbildungsreferentin*
N.N., *Assistenz*
Eileen Stumpe, *Sachbearbeiterin Finanzen*

Jugendbildungszentrum Hattingen

David Stroop, *Referatssekretär/Leiter*
Petra Matern, *Assistentin*

Organisation, Veranstaltungen und Kampagnen

Eric Schley, *Abteilungsleiter*
Thomas Ziegler, *Referatssekretär*
Birgit Kunnen, *Assistentin*
Melisa Sari.O, *Assistentin*
Basem Al Hajy, *PCA*

Finanzen, Personal, Verwaltung

Tobias Agreiter, *Abteilungsleiter*

Finanzen

Nahid Valente, *Referatssekretärin*
Laura Richter, *Sachbearbeiterin*
Stefanie Fujs, *Sachbearbeiterin*
Marina Gatzke, *Sachbearbeiterin*
Tim Otternberg, *Sachbearbeiter*

Personal

Silva Nöhre, *Sachbearbeiterin*
Ute Neuhaus, *Sachbearbeiterin*

Nicole Waschulewski, *Referatssekretärin*
Bernd Gämlich, *Fahrer*
Irem Güngör, Jasmin Butz, Kerem Tanribilir,
Auszubildende

STÄRKER MIT UNS!

GUTE ARBEIT. STARKE WIRTSCHAFT. SOZIALE SICHERHEIT.

Anja Weber und Anke Unger zu den Schwerpunkten, Herausforderungen und Erfolgen des DGB NRW in den letzten vier Jahren



ANKE UNGER

ANJA WEBER

Welche Themen haben die Arbeit des DGB NRW in den vergangenen vier Jahren geprägt?

Anja: Die letzten vier Jahre haben gezeigt: Starke Gewerkschaften sind wichtiger denn je. Wir haben enorme Krisen erlebt, die immer noch nachwirken: Angefangen bei der Corona-Pandemie, über den Angriff Russlands auf die Ukraine und den Krieg im Nahen Osten bis hin zum Machtwechsel in den USA und die Wirtschaftskrise im Inland.

Das hat uns vor riesige Herausforderungen gestellt, aber auch Kräfte geweckt. Der DGB und seine Gewerkschaften haben einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, die Krisen und deren Folgen für die Menschen abzufedern.

Was meint ihr damit genau?

Anke: Auf Bundesebene waren das zum Beispiel die Entlastungspakete, die die Bundesregierung 2022 auf den Weg gebracht hat, um den gestiegenen Kosten durch Pandemie und Ukraine-Krieg entgegenzuwirken. Daran hat der DGB mitgewirkt und mit dafür gesorgt, dass die Beschäftigten nicht allein die Zeche für die Krisen zahlen mussten. Auf Landesebene haben wir uns 2024 gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden gegen massive Kürzungspläne im Sozialhaushalt gestellt, die dann von der Landesregierung zum Teil zurückgenommen wurden. Mit unserem Verein „Gewerkschaften helfen“ konnten wir über gesammelte Spenden zudem ganz konkrete Hilfe leisten: Geflüchteten aus der Ukraine 2022, Erdbeben-Opfern aus der

Türkei und Syrien 2023 und Betroffenen des Hochwassers im Ahrtal 2024. Das war gelebte Solidarität!

Anja: Und natürlich haben unsere Gewerkschaften mit guten Tarifabschlüssen entschieden dazu beigetragen, die Krisenfolgen für die Arbeitnehmer*innen abzumildern und den gesellschaftlichen Frieden zu wahren. Es war toll zu sehen, wie viele Beschäftigte auf die Straßen und vor die Werkstore gegangen sind, um sich für gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne stark zu machen.

Gab es im Berichtszeitraum ein besonderes Highlight?

Anja: Da fällt mir sofort unser Demokratiekongress 2023 im Westfalenstadion in Dortmund ein. Mit über 400 Teilnehmenden haben wir klar Haltung gezeigt gegen Rassismus und Rechtsextremismus und für eine offene und plurale Gesellschaft. Insgesamt hat sich der DGB in den vergangenen Jahren als Rückgrat der Demokratiebewegung bewährt. Einen Großteil der Demos, die Anfang 2024 überall im Land gegen die AfD und für unsere Demokratie stattfanden, haben unsere DGB-Regionen und Kreis- und Stadtverbände organisiert. Und auch weiterhin ist der DGB in vielen Bündnissen und bei vielen Aktionen gegen die extreme Rechte die treibende Kraft. Das macht mich wirklich stolz.

Anke: Wie stark und vielfältig das Ehrenamt im DGB arbeitet, zeigt sich auch immer wieder am 1. Mai. Es ist beeindruckend, dass die Kolleginnen und Kollegen jedes Jahr um die 80 Veranstaltungen in NRW auf die Beine stellen. Dazu gehören große und kleine Demos, Kundgebungen, Familienfeste, oder Empfänge. Sie alle haben aber eins gemeinsam: Sie sind bunt und kraftvoll. Welche andere Organisation bringt jedes Jahr in NRW rund 90.000 Menschen an einem Tag auf die Straßen und Plätze? Das wäre ohne unser Ehrenamt nicht möglich und dafür sind wir dankbar.

An welchen Stellen konnte der DGB NRW konkrete Erfolge einfahren?

Anja: Trotz starken Gegenwinds ist es uns gelungen, unsere zentralen Themen in die öffentliche Debatte einzubringen: Gute Arbeit, starke Wirtschaft und soziale

Sicherheit. Die Stimme des DGB und der Gewerkschaften war trotz aller Krisen und politischer Achterbahnfahrten deutlich zu hören. In NRW haben wir mit unseren Investitionsstudien einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet, dass das Dogma der „Schwarzen Null“ endlich ins Wanken gerät. Und auch unsere Kampagne für eine Tarifwende scheint Früchte zu tragen. Der Ministerpräsident hat ein Tariftreuegesetz für NRW angekündigt.

Anke: Uns ist es in NRW gelungen, soziale Themen stärker aufs Tableau zu bringen. Sei es mit unserem Einsatz für eine Entschuldung der Kommunen oder unseren Aktivitäten für mehr bezahlbaren Wohnraum. Hier haben Bezirk, Regionen und Kreis- und Stadtverbände an einem Strang gezogen und daran mitgewirkt, dass die Politik an diesen Themen nicht mehr vorbeikommt. Auch bei den Azubi-Wohnheimen sind wir vorangekommen: Unsere Ausdauer hat sich gelohnt, sie werden gerade an mehreren Orten in NRW geplant und umgesetzt.

Und woran habt ihr euch die Zähne ausgebissen?

Anja: Die Fachkräfteoffensive der Landesregierung dümpelt vor sich hin und auch beim Ausbildungskonsens ist Luft nach oben. Das ärgert mich sehr. Für eine gute Zukunft unseres Landes sind Fachkräfte ein wichtiger Schlüssel. Und die bekommen wir nur, wenn mehr junge Menschen ausgebildet und zum Berufsabschluss geführt werden. Auch bei der Frauenerwerbstätigkeit treten wir praktisch auf der Stelle. Zwar wurde das Thema auf unseren Druck nun in die Fachkräfteoffensive mit aufgenommen, ernsthafte Initiativen kann ich aber nicht erkennen.

Insgesamt genießt das Thema Gleichstellung viel zu wenig Aufmerksamkeit. Dabei erleben wir derzeit, dass reaktionäre und rechtsextreme Kräfte Frauenrechte zurückdrehen und alte Rollenmuster wiederbeleben wollen. Außerdem macht mir unser Bildungssystem große Sorgen. Sowohl in den Kitas als auch in den Grundschulen kann man die Situation nur als Katastrophe bezeichnen.

Welche Herausforderungen müssen in der kommenden Legislatur angepackt werden?

Anke: Beim Thema Bildung werden wir auf jeden Fall Druck machen, damit Politik endlich ins Handeln kommt. Das ist nicht nur für die Kinder und ihre Zukunftschancen wichtig, sondern auch für unsere Gesellschaft insgesamt. Um die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern voranzutreiben, haben wir eine Kampagne aufgelegt, die sich für die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen und bessere Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf stark macht. Wir haben uns für klare Botschaften und ein tolles Design entschieden und ich bin mir sicher, dass wir politisch und gesellschaftlich damit etwas bewegen können.

Anja: Gerade für Nordrhein-Westfalen ist die Industrie existenziell. Wir müssen dringend dafür sorgen, dass NRW Industriestandort bleibt, darin sind sich alle einig. Bisher fehlt es aber an einer Gesamtstrategie, wie wir die Erosion unserer Industrie stoppen und neue gute, sichere Arbeitsplätze schaffen können. Hier geht es auch um Lieferketten und die Frage, wie wir uns von China und weiteren Ländern außerhalb Europas weniger abhängig machen können. Wir brauchen entschlosseneres Handeln und klare Entscheidungen von Politik und Unternehmen zur Ansiedlung neuer Industrie und wir brauchen eine Koppelung von öffentlicher Förderung an Standort- und Beschäftigungssicherung.

Lasst uns einen Blick nach innen werfen. Wie hat sich die Arbeit des DGB NRW in den letzten vier Jahren verändert?

Anja: Das Team gewinnt war sicherlich unser Motto in den letzten Jahren. Die verschiedenen Ebenen im DGB – also Bund, Bezirk, Regionen und Kreis- und Stadtverbände – arbeiten wesentlich intensiver und effektiver zusammen. Hier hat die voranschreitende Digitalisierung einen Beitrag geleistet, aber vor allem ein Bewusstseinswandel. Themen und Kampagnen werden anders konzipiert und bewusst über

alle Ebenen gespielt. Seit dem letzten Bundeskongress müssen Führungspositionen von Frauen und Männern gleichberechtigt besetzt werden, auch das hat die Zusammenarbeit zum Positiven verändert. In NRW hat zudem eine enorme Verjüngung unseres Teams stattgefunden, mit allen Vorteilen aber auch Herausforderungen, die so ein Prozess mit sich bringt.

Anke: Gerade in polarisierenden Zeiten sind ein wertschätzender Umgang und eine gute Zusammenarbeit enorm wichtig. Es ist ein großes Pfund, dass uns das in NRW so gut gelingt, gerade auch im Umgang mit unseren acht Mitgliedsgewerkschaften.

Anja, du wirst bei der Bezirkskonferenz nicht wieder antreten. Wie blickst du auf deine Zeit als DGB-Vorsitzende in NRW zurück?

Anja: Das ist die schwierigste Frage überhaupt! Ich verlasse ja nicht nur den DGB, sondern beende ein ganzes Berufsleben. Da kommen viele Gefühle zusammen. Insgesamt bin ich für die letzten vier Jahre sehr dankbar. Es gibt wenig andere Tätigkeiten, bei denen man so viele unterschiedliche Menschen trifft, sich mit einer solchen Vielzahl von Themen auseinandersetzt und so viel Einfluss geltend machen kann, um Dinge zum Besseren zu verändern. Der DGB-Vorsitz war ein großes Geschenk für mich und ich gehe sicherlich mit einem lachenden und einem weinenden Auge.

Transformation: Für einen starken Wirtschaftsstandort mit guten Arbeits- plätzen in NRW

Die zurückliegenden Jahre bedeuteten für den DGB NRW und die Abteilung Transformation immense Gestaltungs- und Beteiligungserfordernisse. Die vielfältigen Herausforderungen der Mehrfachkrise, die technologischen Umbrüche durch Künstliche Intelligenz und Digitalisierung sowie die klimaneutrale Transformation zeigten: auf unsere Stimme kommt es an. Wir bringen uns ein, wir finden Gehör.

Im Land wurden gemeinsam mit den Sozialpartnern, Verbänden und anderen Stakeholdern viele Strategien zur Erhöhung der Zukunftsfähigkeit, der Transformation und Krisenresilienz des Landes diskutiert und in Teilen auf den Weg gebracht.

Der DGB NRW verlor gerade in der Krise und über die politische Partizipation hinaus nicht seinen Kompass und die Richtschnur des politischen Handelns. Vielmehr entwickelte er seine Positionen weiter, schärfte diese nach und brachte sie durch vielfache Maßnahmen und mit starker Stimme ein. Ein Perspektivwechsel war dem DGB dabei sehr wichtig: Weg vom starren Veränderungsdruck und der Zukunftsangst in den Krisen – hin zur Mitgestaltung und zukunftsorientierten Lösungen für die Sicherung von Guter Arbeit und Wertschöpfung im Land. Das war und ist Kernarbeit der Abteilung Transformation. Unser Wirtschaftsmodell geriet nicht durch hohe Sozialausgaben oder hohe Löhne, sondern vor allem durch geopolitische Verschiebungen unter Druck.
Das ist und bleibt unsere Botschaft!

Den neuen Herausforderungen entsprechend, wurden auch intern unsere Arbeitsstrukturen angepasst. Die Abteilung Transformation wurde durch die Zusammenlegung bestehender Fachabteilungen neu gebildet, um unter einer gemeinsamen Arbeitsstruktur Handlungsfelder der gerechten,

ökologischen und demokratischen Transformation anzugehen. Gleichzeitig sollen damit wirtschaftliche, ökologische und strukturpolitische Kompetenzen für die Arbeit des DGB NRW abgebildet werden. Dies geschah auch mit dem Ziel, Kampagnen wie die Stärkung der Tarifbindung oder des Projektes Revierwende gemeinsam mit der Bundesvorstandsverwaltung besser ins Land zu tragen. Und: Multiple Herausforderungen ziehen die Stärkung multipler Kommunikations- und Austauschkanäle nach sich. Deshalb wurde in der Abteilung der Austausch mit den Mitgliedsgewerkschaften und mit unseren DGB-Regionen sowie den Fachabteilungen der Bundesvorstandsverwaltung nochmals intensiviert, neue Formate gemeinsam mit dem Projekt Revierwende entwickelt und eine eigene Facharbeitsgruppe beim DGB NRW zur Stärkung der Tarifbindung gegründet.

Tarifbindung stärken!

Ein zentrales Thema in der Abteilung Transformation war unser Engagement zur Stärkung der Tarifbindung. Die Tarifbindung sinkt in NRW seit Jahrzehnten. Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung im Auftrag des DGB NRW arbeitete das noch einmal auf.

Dabei hängen Tarifverträge und gute Arbeitsbedingungen unmittelbar miteinander zusammen. Deshalb griffen wir die Kampagne **#Tarifwende** des DGB-Bundesvorstandes auf und passten sie für NRW an. Im Mittelpunkt stand dabei die Forderung nach einem Tarifreuegesetz für Nordrhein-Westfalen. Mit aufeinander aufbauenden Aktivitäten trugen wir das Thema in die Öffentlichkeit und erhöhten den Druck auf die Landesregierung.

Wir wirkten mit zwei Pressekonferenzen, Referaten bei Gewerkschaftsveranstaltungen, wie etwa bei der GEW in Bochum, einer eigenen Broschüre unter dem Titel „Vorfahrt für Tarifbindung“, der NRW-Tour des Frittenmobils, einer Postkartenaktion sowie dem parlamentarischen Frühstück am 02.07.2025 auf unsere Ziele hin. Unser Engagement hatte Erfolg: Die Landesregierung kündigte im April 2024 ein Tarifreuegesetz für NRW an und arbeitet zum Redaktionsschluss dieses Geschäftsberichts daran.



Auch in Zukunft werden wir uns dafür einsetzen, dass die Tarifbindung in NRW erhöht wird. Wir haben dazu sieben Tariftreuebotschafter*innen aus Gewerkschaften, dem Handwerk, aber auch der Unternehmerschaft gewinnen können.



Unsere Kernforderungen für ein Tariftreuegesetz in NRW, das wirkt:

- Geltungsbereich für Aufträge des Landes und der Kommunen, inklusive Lieferdienstleistungen/Konzessionen
- Wirksame Kontroll- und Sanktionsmechanismen
- Einfache Regelungen, damit jederzeit weitere Branchen unter das Dach des Gesetzes kommen können



Pressekonferenz am 19.03.2024 – Vorstellung der Broschüre „Vorfahrt für Tarifbindung“ // © DGB NRW



Auftakt der Kampagne #Tarifwende am 17.05.2024 in Düsseldorf // © Thomas Range

Wirtschafts- und Energiekrise: Unsere Stimme in schwierigen Zeiten

Infolge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine entwickelte sich die Energiekrise zur sozialen Krise im Land weiter. Die Inflation und die steigenden Energiekosten waren und sind für viele Menschen bis weit in die Mitte der Gesellschaft und für viele Unternehmen nicht mehr zu tragen. Der DGB NRW schaltete sich mit Beginn der Krise in die Debatten auf Landesebene ein, u. a. beim Krisengipfel mit der Landesregierung und Wirtschaftsvertreter*innen am 13.04.2022. Neben der Frage der Versorgungssicherheit konnte der DGB gemeinsam mit der IG Metall und der IG BCE auf die Herausforderungen für die Wertschöpfung und die Arbeitsplätze, gerade in der energieintensiven NRW-Industrie, hinwirken. So konnten wir uns auch in den industriepolitischen Impuls der Landesregierung in Richtung der neuen Bundesregierung vom 13.03.2025 einbringen.

Zwar hatte die alte Bundesregierung mit den Entlastungspaketen schnell reagiert und einige Forderungen des DGB-Bundesvorstands aufgegriffen, mit denen auch die Fachabteilung Transformation

im steten Austausch war und ist. Den beteiligten Gewerkschaftsvertreter*innen war aber klar: Viele Maßnahmen werden nicht kurzfristig greifen. Deshalb muss auch vom Land nachgeliefert werden. Das war eine stete Forderung des DGB NRW, damit wir besser durch die Krise kommen.

Der DGB entwickelte konkrete Vorschläge und kritisierte vielfach, dass die Landesregierung zu lange wartete, bis im November 2022 endlich NRW-Hilfen und u. a. ein Rettungspaket für die Stadtwerke auf den Weg gebracht wurden.

Im Kontext der Krisen und der Transformationsgestaltung fand am 28.06.2022 eine Betriebsräteveranstaltung im DGB-Haus statt, die mit der Technologieberatungsstelle beim DGB NRW e.V. (TBS NRW) einen Austausch zu Fragen der Mitbestimmung in Zeiten der Krisen und der Transformation aufgriff.

Der Energiepreisschock wirkt leider weiter in die Betriebe hinein. Die Abteilung Transformation steht dazu weiterhin im Austausch mit anderen energiepolitischen Fachleuten aus Gewerkschaften, Ministerien und Verbänden sowie der Wissenschaft und betrieblicher Praxis.



Begrüßungsrede Dr. Jörg Weingarten, 28. Juni 2022 // © TBS NRW

Mobilitätswende: Erforderlich unter sozial gerechten Vorzeichen

Die Mobilitätswende gehört zu den großen gesellschaftlichen Transformationsaufgaben unserer Zeit – mit weitreichenden Folgen für Beschäftigung, soziale Teilhabe und regionale Entwicklung. Für den DGB NRW ist dabei klar: Diese Wende kann nur dann gelingen, wenn sie sozial gerecht gestaltet wird. Denn Mobilität ist mehr als Verkehr – sie ist eine Grundvoraussetzung für Teilhabe am Arbeitsleben, für Bildung, Gesundheit und soziale Integration. Ob Pendler*innen in der Ruhrregion, Auszubildende im ländlichen Raum oder Beschäftigte im Schichtdienst – viele Menschen in NRW sind auf bezahlbare, verlässliche und klimaschonende Mobilität angewiesen. Der DGB NRW setzte sich deshalb in zahlreichen Bündnissen, Gremien und politischen Prozessen dafür ein, dass die Mobilitätswende nicht zur sozialen Spaltung führt – sondern zur sozialen Integration.

Gemeinsam mit den Mitgliedsgewerkschaften IG Metall und ver.di war der DGB NRW mit vielen weiteren Akteuren aus dem Bereich Mobilität am Bündnis „Sozialverträgliche Mobilitätswende NRW“ beteiligt. Zu den Themen gehörten hier die Sicherung des Deutschlandtickets, die Finanzierung der Mobilitätswende, die Fachkräftesicherung oder auch Themen wie Barrierefreiheit und neue Mobilitätskonzepte. Hierzu wurden Bündnisveranstaltungen organisiert und Hintergrundgespräche mit Kommunen und Ministerien geführt.

Beim Deutschlandticket wirkten wir darauf hin, dass dessen Finanzierung nicht auf Kosten von Investitionen in Personal, Infrastruktur und bezahlbare Ticketpreise geht. Auch in diesem Zusammenhang gilt es, die Kommunen von ihren Altschulden zu befreien und handlungsfähig zu machen. Des Weiteren unterstützten wir Forderungen für ein vergünstigtes 29 Euro Sozialticket.

Klimapolitik sozialverträglich

Zur Einhaltung der Klimaziele müssen noch teils erhebliche CO₂-Einsparungen in den Bereichen Energieversorgung, Industrie, Mobilität und Haushalte erreicht werden. Deshalb setzten wir uns in allen Bereichen dafür ein, dass die darauf einzahlenden Maßnahmen immer sozialverträglich umgesetzt werden. Im Rahmen der Energieversorgung formulierten wir den Anspruch, beim Ausbau der Erneuerbaren Energien eine Vorreiterrolle einzunehmen. Das Land NRW möchte zu den ersten klimaneutralen Industrieregionen der Welt gehören. Deshalb wirkten wir auf einen beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien hin. Gleichzeitig wiesen wir darauf hin, wo es beim Ausbau hakt und forderten konkrete Lösungen ein.

Im Rahmen des KlimaDiskurs.NRW beteiligten wir uns u. a. am Format „Zukunft Rhein“. Wir beschäftigten uns hier mit den konkreten Auswirkungen des Klimawandels an dieser Lebensader unseres Landes. Gemeinsam mit Sozialpartnern, der Wissenschaft und Umweltverbänden stellten wir uns den Herausforderungen, die die zunehmenden Niedrigwasserstände am Rhein auf die Trinkwasserversorgung, Natur, die Industriebetriebe und die Schifffahrt nach sich ziehen. Diese Treffen trugen dazu bei, dass die Schmerzpunkte sehr konfliktträchtiger Themen diskutiert werden, bevor es zu öffentlichen Auseinandersetzungen unter den beteiligten Stakeholdern kommt. Für die kommende Zeit werden weitere Veranstaltungen in diesem Rahmen geplant, die sich mit den Themen der nahen Zukunft beschäftigen werden.

Wir beteiligten uns auch an der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie und sind Mitglied im „Team Nachhaltigkeit“ des Wuppertal Instituts. Hierüber konnten wir unsere Vorstellungen zur Steigerung der Tarifbindung in die Nachhaltigkeitsstrategie mit einbringen.

Im Bereich der Gebäude konnten wir uns über die Gebäudeallianz NRW zu Forderungen nach dem sog. Mieterstrom einbringen. Dabei ging es darum, dass Strom von PV-Anlagen günstig an die Mieter*innen weitergeleitet werden kann. Wir berieten hierzu

Fragen der Umsetzung kritisch und konstruktiv. Außerdem verstärkten wir unser Engagement in der sehr breit aufgestellten Energie-Initiative Energy4ClimateNRW. Im Kreise der wichtigsten Stakeholder wurde hier über die Herausforderungen rund um Themen wie Wasserstoffausbau, Finanzierung der industriellen Transformationsprozesse, der Energiewende im Wärmesektor und Dekarbonisierung beraten.

Am 18. Juni 2025 fand gemeinsam mit der IG Metall NRW ein Vernetzungsgespräch mit der Effizienz-Agentur NRW (efa NRW) statt. Im Auftrag des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen unterstützt die efa NRW Unternehmen bei Vorhaben zur Ressourcenschonung oder Entwicklung neuer, auch zirkulärer Geschäftsmodelle. Hiermit konnte auch in diesen Bereichen ein wichtiger Netzwerkpartner gewonnen werden. Darüber hinaus ist der DGB seit 2024 als Mitglied am „Runden Tisch Zirkuläre Wertschöpfung“ des Landes NRW vertreten.

Energie- und Wärmestrategie des Landes: Unsere Stimme zählte

Vor dem Hintergrund der Energiekrise und den klimapolitischen Zielen entschied sich die Landesregierung im Jahr 2023 zur Entwicklung einer landeseigenen Energie- und Wärmestrategie, die im August 2024 beschlossen wurde. Der DGB war von Beginn an in den Diskurs eingebunden und konnte für die 19 Handlungsfelder der Strategie gemeinsam mit der IG BCE wichtige Impulse setzen. NRW muss Industrieland bleiben, der Umbau zur klimaneutralen Industrieregion vorangetrieben werden und soll Wasserstoffkernland in der industriellen Anwendung werden.

Das Schlüsselthema Wasserstoff wurde auch mit den DGB-Regionen des Ruhrgebiets u. a. auf Konferenzen in Recklinghausen und Dortmund aufgegriffen und mit jeweils rund 100 Teilnehmer*innen diskutiert. Dabei wurde u. a. der Blick auf Brüssel und den Bund gelegt, weil das Thema Wasserstoffhochlauf in NRW nur international angegangen werden kann. Voraussetzung dafür sind etwa ein entsprechendes Wasserstoffkernnetz und Pipelines zu den Nordseehäfen in Belgien und den Niederlanden.



Energiedialog NRW: Expertinnen und Experten diskutieren die Umsetzung der Energie- und Wärmestrategie Nordrhein-Westfalen
© MWIKE NRW/Mark Hermenau

Auf dem Weg: Zu einem neuen Industriepolitischen Leitbild für NRW

Das Thema einer aktiven und aktivierenden Industriepolitik war und ist eine Kernforderung des DGB und wurde auch vielfach in die DGB-Regionen getragen. Auf verschiedenen Veranstaltungen konnte dies auch in und mit den Mitgliedsgewerkschaften gespielt werden, beispielsweise mit der IGBCE in Köln oder in Düsseldorf oder der IG Metall im Rheinischen Revier. Ein besonderer Stellenwert unserer Arbeit lag in der Begleitung des neuen Industriepolitischen Leitbilds des Landes NRW. Das Leitbild wurde im Rahmen des „Zukunftsdialogs Industrie“ gemeinsam mit führenden Wirtschaftsverbänden und uns als Sozialpartner entwickelt. Der DGB NRW unterstützt das Ziel, die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit Nordrhein-Westfalens und die guten Industriearbeitsplätze zu sichern. Gleichzeitig soll das Land zu einem klimafreundlichen und digitalen Industriestandort entwickelt werden.

Der DGB war in enger Abstimmung mit den Industriegewerkschaften im begleitenden Redaktionsteam von IHK NRW und Unternehmer NRW vertreten und konnte Aspekte wie Tarifbindung, den Stellenwert der Mitbestimmung und die Bedeutung von Betriebsräten für das Innovationsgeschehen im Leitbild verankern. Auch nach der Verabschiedung des Leitbilds im Frühjahr 2025 durch einen Kabinettsbeschluss steht der DGB mit dem federführenden Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie NRW (MWIKE) im engen Austausch, um die Umsetzung des Leitbilds voranzutreiben. So äußerte sich auch die Vorsitzende des DGB NRW, Anja Weber, in der Pressemitteilung des MWIKE vom 12.05.2025:

„Deshalb ist es zentral, das Leitbild nun im Kontext europäischer, bundes- und besonders landespolitischer Maßnahmen mit Leben zu füllen und die Vorstellungen für einen starken, zukunftsfähigen Industriestandort NRW im engen Austausch mit den Sozialpartnern



Abschlussveranstaltung Industriepolitischen Leitbild, 12.05.2025 // © MWIKE NRW/A. Bowinkelmann

umzusetzen. Die Beschäftigten brauchen gerade in Zeiten globaler Unsicherheiten und zahlreicher Krisen wieder klare Perspektiven. Handlungsfelder gibt es reichlich, diese sind im Leitbild gut beschrieben, nun kommt es auf das Machen an. Es ist gut, dass es dafür nun eine gemeinsame und von allen getragene Grundlage gibt.“

Gute Arbeit sichern: In der Digitalisierung und bei der Anwendung von Künstlicher Intelligenz

Die Transformation der Wirtschafts- und Arbeitswelt umfasst in zunehmendem Maße die Aspekte der Digitalisierung und des Einsatzes von KI. Nach Abschluss des Projektes Arbeit 2020+, an dem der DGB mit eigenem Stellenanteil und Ressourcen beteiligt war, gelang es gemeinsam mit der IGM, der IGBCE und unserer TBS das sozialpartnerschaftliche Projekt „Zukunftszentrum KI NRW“ als bundesgeförderte Maßnahme auf den Weg zu bringen. Mittlerweile befindet sich das Projekt in der zweiten Förderphase und der DGB ist weiterhin im Beirat des Projektes vertreten. Inhaltlich geht es darum, den Einsatz von KI beteiligungsorientiert und menschenzentriert voranzutreiben. Betriebsräte konnten mit Unterstützung der TBS ihren Geschäftsleitungen bereits erfolgreich Ideen und Initiativen vorstellen. So wurden betriebliche Umsetzungsprojekte im Sinne von Guter Arbeit und Standortsicherung durch

Investitionen realisiert. Dieses besondere Projekt wurde seitens des DGB NRW bereits bei Formaten zum Innovations- und Wissenstransfer auf der Zeche Zollverein und bei der RWTH Aachen vorgestellt. Wir werden uns für eine weitere Förderung und Fortsetzung des Projektes stark machen.

Starke Stimme: Für die Beschäftigten im Mittelstand und im Rahmen der NRW-Wirtschaftsförderung

Die Belange der mittelständischen Betriebe und ihrer Beschäftigten werden in NRW über das Mittelstandsförderungsgesetz, den Mittelstandsbeirat und die Clearingstelle Mittelstand gewürdigt. Der DGB NRW wirkte 2023 an der Novellierung des Gesetzes im Rahmen von Stellungnahmen und einer Anhörung im Landtag mit. So kann der DGB auf Basis des überarbeiteten Gesetzes nun zwei Vertreter*innen in den Mittelstandsbeirat entsenden.



Mittelstandsbeirat // © MWIKE NRW/M. Hermenau

Gleichzeitig vertritt der DGB die Interessen der Beschäftigten über die Clearingstelle, in der geplante Gesetzesvorhaben auf ihre Auswirkungen im Mittelstand überprüft werden können. Der DGB legte im Rahmen der Clearingverfahren besonderes Augenmerk auf die potenziellen Auswirkungen auf unser Konzept der Guten Arbeit und die Arbeitsplätze im Mittelstand, um das gesetzlich vorgeschriebene Prüfraster „Arbeit“ nicht alleinig den

Wirtschaftsverbänden und den Interessen der Unternehmer*innen zu überlassen. Seit Bestehen der Clearingstelle wurden rund 165 Prüfverfahren abgeschlossen.

Eine besondere Bedeutung kommt dem DGB bei der Umsetzung des regionalen Wirtschaftsförderungsprogramms des Landes zu. Alle bei der NRW-Bank eingehenden Anträge auf Investitionsbeihilfen für Unternehmen werden über den DGB und die Mitgliedsgewerkschaften dahingehend geprüft, ob die Arbeitnehmerschutzrechte vom Antragsteller eingehalten werden und entsprechend votiert. Das betraf jährlich rund 230 Förderanträge, von denen rund 5 % durch uns Gewerkschaften negativ beschieden wurden. Dieses gewerkschaftliche Beteiligungsverfahren ist einzigartig. Andere Bundesländer kennen ein solches Verfahren nicht.

Im Rahmen der Reform der bundesweit gültigen Fördergrundlagen informierte der DGB NRW die anderen Bezirke zum Vorgehen in NRW. In einem Workshop des DGB Bezirks Berlin-Brandenburg mit dem Wirtschaftsministerium des Landes Brandenburg konnten wir das NRW-Modell vorstellen und für die Beteiligungsverfahren werben. Positiv ist, dass mit der Reform für einige Branchen nun eine tarifentgeltliche Entlohnung der Beschäftigten vorgeschrieben wurde. Auch dazu gab es im Bezirk eine Veranstaltung mit Gewerkschaften, dem zuständigen Wirtschaftsministerium und Vertreter*innen von IHK und WHKT.

Zukunft des Handwerks mitgestalten

Über die Selbstverwaltung des Handwerks können die Arbeitnehmer*innen Einfluss auf ihre Arbeitswelt nehmen und darauf, wie sie sich verändert. Arbeitnehmerbeteiligung findet in den Handwerkskammern in allen Gremien statt. Das unterscheidet sie grundsätzlich von den anderen Wirtschaftszweigen.



DGB Arbeitskreis Handwerk NRW am 4. Juni 2025 im DGB-Haus Düsseldorf
© DGB NRW

Die Arbeitnehmer*innen sind mit einem Drittel der Mandate in den Gremien vertreten, in den Gremien der beruflichen Bildung gibt es eine paritätische Besetzung. In jeder Kammer stellt die Arbeitnehmerseite zudem den Arbeitnehmersprecher*innen. Der Dachverband der sieben Handwerkskammern ist der Westdeutsche Handwerkskammertag (WHKT). Der DGB NRW unterstützte und beriet im Berichtzeitraum die Arbeitnehmervertreter*innen der WHKT-Vollversammlung zu Fragen der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung, Struktur- und Regionalpolitik, Bildungs- und Sozialpolitik und Arbeits- und Umweltschutz. Wir nahmen regelmäßig an den Arbeitnehmer-Vorbesprechungen teil und wurden zu den vierteljährlichen Kammingesprächen der Arbeitnehmersprecher*innen auf Schloss Raesfeld eingeladen. Die sieben Handwerkskammern in NRW wurden jeweils von den zuständigen DGB-Regionen betreut.

Im November 2024 nahm Anja Weber an der WHKT-Vollversammlung teil und tauschte sich mit den Spitzen der nordrhein-westfälischen Handwerkskammern über die aktuelle handwerkspolitische Lage aus. Die Vorsitzende des DGB NRW ging dabei auf die Herausforderungen in der beruflichen Bildung ein und betonte, dass attraktivere Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen ein wichtiger Baustein seien, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Eine stärkere Tarifbindung im Handwerk sei dafür ein Schlüssel.

Erfolgreich war der DGB NRW bei der Einbeziehung der Vizepräsidenten im Mittelstandsbeirat des Wirtschaftsministeriums. Hier konnte ein zusätzliches

Mandat für Felix Kendziora, den Vizepräsidenten der Handwerkskammer Aachen, durchgesetzt und so ein weiteres Mandat für einen Arbeitnehmervertreter erreicht werden. Die Forderung nach einer echten Parität in allen Gremien der handwerklichen Selbstverwaltung blieb bis dato allerdings unerfüllt.

Solidarischer Protest wirkt: DGB-Aktion „Rettet die TBS“

Der Haushaltsentwurf der Landesregierung sah 2025 dramatische Kürzungen im Ressort des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales vor. Davon betroffen war auch die Technologieberatungsstelle beim DGB NRW e.V. (TBS NRW), deren Förderung um mehr als 40 % reduziert werden sollte. Gerade die TBS unterstützt die Unternehmen bzw. deren Betriebs- und Personalräte bei der Umsetzung einer zukunftsorientierten und sozialverträglichen Transformation. Letztere Kürzungen stünden also im krassen Gegensatz zu den Landeszielen, die Transformation in NRW voranzutreiben, gute Arbeitsplätze und Wertschöpfung zu sichern und NRW zu einem klimaneutralen Industriestandort umzubauen. Mit einer großen Protestbriefaktion unter dem Slogan „Rettet die TBS“ seitens vieler Betriebs- und Personalräte, seitens solidarischer Parteien und vieler Stimmen aus allen Regionen NRW, konnte die Kürzung reduziert und ein landesseitig gefördertes Projekt zur Stärkung der Mitbestimmung in der Transformation auf den Weg gebracht werden. Wir danken auch an dieser Stelle nochmals den zahlreichen Unterstützer*innen für das Anliegen des DGB NRW und der TBS NRW!

Dr. Jörg Weingarten

**Abteilungsleiter
Transformation**

Ansprechpartnerin
Handwerk:
Sonja Kawlath



Arbeitsmarkt- politik: Impulse setzen für nachhaltige Beschäftigung

Der Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen ist in den vergangenen Jahren von tiefgreifenden Veränderungen geprägt worden: Während die Beschäftigungsquote auf hohem Niveau verharrte, führten Konjunkturschwäche, Strukturwandel und ein wachsendes Qualifikations-Mismatch zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig wurden Versprechen wie der Ausbau des sozialen Arbeitsmarkts nicht eingelöst, und die Jobcenter sahen sich mit erheblichen finanziellen Einschränkungen konfrontiert, was ihre Integrationsarbeit erschwerte. Die Debatte um das Bürgergeld und die Reform der Jobcenter wurde zunehmend von Vorurteilen und Stigmatisierungen geprägt, während die tatsächlichen Herausforderungen und Bedürfnisse der Arbeitslosen oft in den Hintergrund rückten. Vor diesem Hintergrund setzte sich der DGB NRW mit Nachdruck für eine aktive, gut ausgestattete und nachhaltige Arbeitsmarktpolitik ein. Wir kämpften gegen Kürzungen bei den Jobcentern, forderten eine bessere Betreuung und Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen und setzten uns für faire Arbeitsbedingungen sowie die Stärkung des sozialen Arbeitsmarkts ein. Zudem engagierte sich der DGB NRW in der Fachkräfteoffensive des Landes, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und die Potenziale aller Menschen am Arbeitsmarkt zu heben. Der DGB NRW ist und bleibt eine laute Stimme für soziale Gerechtigkeit, Integration und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in NRW.

Langzeitarbeitslose integrieren statt stigmatisieren!

Mit der Einführung des Bürgergeldes am 1. Januar 2023 reagierte die Bundesregierung auf die hohe Zahl der Langzeitarbeitslosen und läutete einen wichtigen Richtungswechsel ein: Nicht nur die Bezüge wurden angehoben, vor allem gab es endlich bessere

Förderangebote und mehr Unterstützung für Langzeitarbeitslose zur Integration in den Arbeitsmarkt. Leider gab es von Beginn an viele Stimmen in der öffentlichen Debatte, die das Bürgergeld ablehnten und die Empfänger*innen unter Generalverdacht stellten. Dabei ist aus Sicht des DGB klar, dass Druck und Diffamierung der falsche Weg sind, wenn wir mehr Menschen in Arbeit und in ein selbstbestimmtes Leben bringen wollen. Der DGB NRW schaltete sich daher intensiv in die Debatte ein, warb für mehr Sachlichkeit und unterbreitete Lösungsvorschläge, wie tatsächlich die Langzeitarbeitslosigkeit in NRW zurückgefahren werden kann.

„Was wir brauchen, ist eine passgenaue Betreuung, mehr Qualifizierung und eine bessere Ausstattung der Jobcenter. Klar ist: Das gibt es nicht zum Nulltarif. Es ist aber notwendig, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, die soziale Spaltung einzudämmen und die Sozialausgaben dauerhaft zu senken.“

Anja Weber, Vorsitzende des DGB NRW, in einer Pressemitteilung im Februar 2024

Dafür betrieb der DGB NRW eine aktive und breite Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und versorgte unsere Regionen und Kreis- und Stadtverbände mit Fakten und Argumenten rund ums Bürgergeld. 2024 veröffentlichte der DGB NRW eine Klipp & Klar, in der mit den Mythen über das Bürgergeld aufgeräumt wurde.

Faktencheck Bürgergeld in NRW

Von den rund 1,1 Mio. Bürgergeldempfänger*innen in NRW

- sind **19 Prozent** unter 25 Jahren
- sind **18 Prozent** über 55 Jahren
- haben **51 Prozent** keinen Berufsabschluss
- sind **elf Prozent** alleinerziehend
- ist **jede*r fünfte** berufstätig und muss den Lohn aufstocken

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Klipp & Klar zum Bürgergeld 2024

Für den DGB steht fest: Um arbeitslose Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren, braucht es entsprechende finanzielle Mittel. Deswegen forderte der DGB bundesweit und in NRW, die geplanten Kürzungen bei den Jobcentern im Bundeshaushalt 2024 zurückzunehmen. Der DGB NRW wandte sich dafür direkt an die Abgeordneten in NRW, lud zu Gesprächen ein oder informierte sie schriftlich über die Positionen des DGB. Dabei war der DGB NRW auch in Bündnissen mit den kommunalen Spitzenverbänden, den Freien Wohlfahrtsverbänden und Vertreter*innen der Jobcenter und Arbeitsagenturen unterwegs. Und der Druck wirkte zunächst: Die Einsparungen für den Bundeshaushalt 2024 wurden größtenteils zurückgefahren. Für das darauffolgende Jahr war der vermeintliche Sparzwang zu groß: Im Bundeshaushalt 2025 setzte die Regierung die Einsparungspläne um – mit unmittelbaren Folgen für die Arbeit in den Jobcentern!



„Die Jobcenter sind derzeit kaum in der Lage, Bürgergeldempfänger*innen angemessen durch Beratungen und Maßnahmen zu unterstützen. Mit den im Bundeshaushalt vorgesehenen Finanzmitteln werden die Jobcenter noch nicht einmal ihre Verwaltungskosten decken können. Statt aufzubauen wird im Bereich der Arbeitsförderung seit Jahren immer weiter abgebaut. Kurzum: So wird das nichts!“

Anja Weber, Vorsitzende des DGB NRW, in einer Pressemitteilung im Juli 2024

Der DGB NRW übte zudem scharfe Kritik an der Reform der Jobcenter hinsichtlich der Betreuung arbeitsloser Jugendlicher unter 25 Jahren. Um den Bundeshaushalt zu schonen, sollte ab dem 1. Januar 2025 die Verantwortung für die unter 25-Jährigen von den Jobcentern auf die Bundesagentur für Arbeit übergehen. Allein durch den Wechsel der Zuständigkeit drohten Lücken in der Betreuung. Die Motivation dieser Reform war rein finanzpolitischer Natur und äußerst fahrlässig angesichts der steigenden Zahl an arbeitslosen Jugendlichen.

Dies kritisierte der DGB NRW in seiner Pressearbeit scharf und appellierte an die Abgeordneten in NRW, die Jugendlichen nicht im Stich zu lassen. Im Oktober 2024 war der DGB NRW als Sachverständiger zum SPD-Antrag „Die Landesregierung gibt den Sozialen Arbeitsmarkt auf: Koalitionsversprechen halten!“ in den NRW-Landtag eingeladen. In unserer Stellungnahme machten wir klar: Die Landesregierung muss dringend ihr Koalitionsversprechen umsetzen und den sozialen Arbeitsmarkt in NRW stärken. Das ist gerade mit Blick auf die steigenden Arbeitslosenzahlen in NRW dringend geboten. Leider macht die aktuelle Politik der Landesregierung wenig Hoffnung, dass sie ihr Koalitionsversprechen zeitnah in die Tat umsetzt.

Mit der neuen Bundesregierung stand im Januar 2025 fest, dass es eine Reform des Bürgergeldes geben wird. Der neue Bundeskanzler Friedrich Merz hatte bereits im Wahlkampf die Debatte weiter angeheizt und Verschärfungen angekündigt. Im Kern wollen CDU/CSU den Vermittlungsvorrang wieder einführen, also die schnellstmögliche Vermittlung in eine Arbeitsstelle, statt auf Qualifizierung zu setzen. Zudem soll schneller und umfassender sanktioniert werden können. Anders als von der Union angeführt, ist allerdings nicht davon auszugehen, dass die Streichung der Gelder bei Arbeitsverweigerung und härtere Sanktionen tatsächlich große finanzielle Entlastung für die öffentlichen Haushalte bringt: Die Bundesagentur für Arbeit hegt nur bei einem Bruchteil der Leistungsbezieher*innen den Verdacht, dass sie eine Arbeit nicht annehmen, obwohl sie könnten. Außerdem wird oft übersehen: Jede*r fünfte Bürgergeldempfänger*in in NRW geht einer Beschäftigung nach und muss trotzdem aufstocken. Wer hohe Sozialkosten moniert, sollte daher die Unternehmen in die Pflicht nehmen, mehr und bessere Tariflöhne zu zahlen! Wie die im Koalitionsvertrag von Union und SPD festgeschriebene Bürgergeld-Reform aussehen wird, stand zum Redaktionsschluss dieses Geschäftsberichtes noch nicht fest, Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas will nach der Sommerpause den neuen Gesetzentwurf vorlegen.



„Ich sehe es als sehr problematisch an, dass der Vermittlungsvorrang in Arbeit wieder eingeführt wird ... Eine der Errungenschaften des Bürgergeldes ist es, dass Jobcenter stärker darauf setzen sollten, Menschen zu qualifizieren. Das droht wieder in den Hintergrund zu geraten, was ein Fehler wäre.“

*Yasmin Fahimi, Vorsitzende des DGB,
im Interview mit der Augsburger Allgemeinen im April 2025*

Fachkräftepotenziale in NRW heben!

Der Fachkräftemangel ist für unsere Wirtschaft und Gesellschaft eine große Belastung: Überall dort, wo es nicht genügend Fachkräfte gibt, kann weniger produziert und weniger Dienstleistung erbracht werden. Aus Sicht des DGB NRW ist aber klar: Diskussionen über längere Arbeitszeiten und ein höheres Renteneinstiegsalter bringen uns nicht weiter. In Nordrhein-Westfalen gibt es aber ein großes Fachkräftepotenzial, das gehoben und aktiviert werden kann. Deshalb machte der DGB NRW im Berichtszeitraum immer wieder deutlich: Wir müssen das Thema Fachkräfte strategisch angehen. Viele Menschen in NRW warten darauf, endlich eine faire Chance auf dem Arbeitsmarkt zu bekommen und diese sollten wir ihnen geben!

Im Mai 2023 startete die Landesregierung eine ressortübergreifende Fachkräfteoffensive mit dem Ziel, dem Fachkräftemangel in NRW entgegenzuwirken. Dafür entwickelte sie unter Federführung des Landesarbeitsministeriums ein Strategiepapier, an dem der DGB NRW und viele weitere arbeitsmarktpolitische Akteur*innen mitwirkten. Auf der Auftaktveranstaltung war Anja Weber, Vorsitzende des DGB NRW, auf dem Podium vertreten. Dabei machte sie klar: Wer Fachkräfte sucht, muss für gute Arbeitsbedingungen sorgen. Und das geht nur mit Tarifverträgen! Sie formulierte zudem klare Ansprüche an die Landesregierung: Die Fachkräfteoffensive könne nur mit konkreten Handlungsschritten und messbaren Zielen ein Erfolg werden. Dabei werde es viele Maßnahmen nicht zum Nulltarif geben.

Der DGB NRW begleitete fortlaufend die Umsetzung der Fachkräfteoffensive und ist als fester Partner an den Quartalsgesprächen beteiligt. Zudem sind wir in die Ausgestaltung einzelner Vorhaben eingebunden. So begleitete der DGB NRW in enger Zusammenarbeit mit den DGB-Regionen die sogenannte Vermittlungsoffensive, mit der arbeitsmarktnahe Arbeitslose in den Arbeitsmarkt integriert werden sollen. Der DGB NRW verwies in vielen Gesprächen und Diskussionsrunden hartnäckig darauf, dass es nicht um eine schnelle Integrationsquote gehen darf, sondern eine nachhaltige Vermittlung entscheidend ist.

Das Landesarbeitsministerium initiierte im Rahmen der Fachkräfteoffensive zudem einen Abstimmungsprozess zu Teilqualifikationen, in den auch der DGB NRW einbezogen wurde. Das daraus entstandene Strategiepapier legt die Grundsätze zur Verwendung von Teilqualifikationen fest und formuliert als Ziel, dass Teilqualifikationen nicht in Konkurrenz zur dualen beruflichen Ausbildung stehen dürfen – es muss immer ein vollwertiger Berufsabschluss angestrebt werden.

Um Fachkräfte zu gewinnen und Arbeitslosigkeit zu verhindern, braucht es mehr Qualifizierungsbemühungen seitens der Landesregierung und seinen Kooperationspartnern – insbesondere der Arbeitgeber. Dafür warb der DGB NRW in seiner politischen Arbeit und verzahnte sich dabei eng mit dem DGB Bundesvorstand und den Mitgliedsgewerkschaften. Um das qualifikatorische Mismatch zu beseitigen, müssen sowohl Beschäftigte als auch Menschen im Leistungsbezug bessere, zielgerichtetere und unkompliziertere Angebote bekommen.

Die große Herausforderung dabei: Viele Unternehmen sind nicht in der Lage perspektivisch einschätzen zu können, welche Qualifikationen morgen gebraucht werden. Lange waren die Fördermodalitäten kompliziert und zu teuer, was sich mit dem neuen Aus- und Weiterbildungsgesetz 2024 verbesserte. Deswegen wirbt der DGB NRW in seiner Arbeit mit Nachdruck dafür, die neuen Modalitäten verstärkt zu nutzen.

Der massive Abbau von Industriearbeitsplätzen stellte die Arbeitsmarktpolitik in NRW vor neue Herausforderungen. Um schon bei drohendem Arbeitsplatzabbau aktiv zu werden, wurde das Instrument der Arbeitsmarktdrehscheiben entwickelt. Der DGB NRW forderte eine engere Beteiligung der Sozialpartner ein und initiierte einen Austausch mit der Regionaldirektion und den Gewerkschaften auf Arbeitsebene. Für uns ist klar: Nur wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmervertreter*innen ihre Erfahrungen und ihr Wissen angemessen einbringen, können die Arbeitsmarktdrehscheiben Wirkung entfalten.



Anke Unger bei der Veranstaltung des MKJFGFI und des MAGS "Mit Lohngerechtigkeit Fachkräfte gewinnen" // © MKJFGFI NRW/Oberhäuser

Erfolgreich war der DGB NRW als es darum ging, die Frauenerwerbstätigkeit auf die Agenda der Fachkräfteoffensive zu setzen. Denn klar ist: Wer Fachkräfte sucht, kann auf Frauen nicht verzichten! In Nordrhein-Westfalen gibt es viele gut ausgebildete Frauen, die gerne (mehr) arbeiten würden. Schlechte Rahmenbedingungen verhindern aber nach wie vor eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Auf eine Initiative des DGB NRW gründete sich Anfang 2024 eine Arbeitsgruppe mit allen arbeitsmarktpolitischen Akteur*innen. Unser erklärtes Ziel ist es, die Landesregierung zu beraten und ein klares Handlungskonzept zu entwickeln, damit Frauen endlich den Anteil auf dem Arbeitsmarkt bekommen, den sie verdienen.

Mit Blick auf die vielen Menschen, die aus der Ukraine nach Deutschland geflohen waren, legte die Bundesagentur für Arbeit mit dem Jobturbo einen Fokus ihrer Arbeit auf die gezielte Arbeitsmarktintegration geflüchteter Menschen. Dazu gehörte der Erwerb von

Sprachkompetenzen und die zügige Anerkennung von Qualifikationen und Berufsabschlüssen. Hierbei lag der Fokus auf einer Parallelisierung der Prozesse und auf einer langfristigen Integration in den Arbeitsmarkt. Der DGB NRW unterstützte diesen Ansatz fortlaufend. Denn für den DGB ist klar: Geflüchtete dürfen nicht als billige Arbeitskräfte missbraucht werden. Diese Position vertraten wir unter anderem im Beirat „Integration von geflüchteten Menschen in Arbeit und Ausbildung“ der Regionaldirektion der Agentur für Arbeit NRW und des Landesarbeitsministeriums. Im Rahmen der Fachkräfteoffensive wurde in einer Arbeitsgruppe unter Beteiligung des DGB NRW ein gemeinsames Papier entwickelt, das die gemeinsamen Grundsätze festlegte. Zur Eindämmung des Fachkräftemangels setzte die Landesregierung auch auf die Anwerbung ausländischer Fachkräfte. Dafür richtete sie trotz knapper Kassen eine Fachkräfteagentur International ein, die Arbeitgeber dabei unterstützen soll, ausländische Fachkräfte zu gewinnen. Der DGB NRW forderte ein, neben den Arbeitgebern auch die betrieblichen Interessenvertretungen mit einzubeziehen. Mit Erfolg: Die Agentur plant eine Einbindung im Herbst 2025.

„Politik muss sich darum kümmern, dass ausländische Arbeitskräfte, die bereits in Deutschland leben, auch arbeiten dürfen. Berufsabschlüsse müssen unkomplizierter anerkannt und Arbeitsgenehmigungen schneller erteilt werden. Es ist nicht nachvollziehbar, warum Menschen, die arbeiten wollen und können, daran gehindert werden, ihren Beitrag zu leisten.“

Anja Weber, Vorsitzende des DGB NRW, in einer Pressemitteilung im Dezember 2024

Zudem beteiligte sich der DGB NRW an der im Gesetz festgeschriebenen Evaluation des Landesintegrationsgesetzes. Als wesentliche Kritikpunkte führten wir die schlechte finanzielle Ausstattung der Kommunen, die unzureichende Beratungsstruktur und ein zu wenig zielgerichtetes kommunales Integrationsmanagement an. Nicht nachvollziehbar sind zudem die Kürzungen im Landeshaushalt 2024 für die Beratung von Migrant*innen.

DGB-Index Gute Arbeit

Am 25. Juni 2024 stellte der DGB NRW in Düsseldorf eine Sonderauswertung des DGB-Index Gute Arbeit für Nordrhein-Westfalen der Presse vor. Zwischen 2020 und 2023 waren dazu mehr als 3.000 Beschäftigte aus NRW nach ihren Arbeitsbedingungen befragt worden. Die Analyse zeigte, dass nur 16 Prozent der Befragten aus NRW ihre Arbeitsbedingungen insgesamt als gut empfinden, bei 15 Prozent muss man sogar von einer schlechten Arbeitsqualität sprechen. Besonderen Handlungsbedarf gibt es bei der hohen Arbeitsintensität, fast 50 Prozent der Befragten gaben an, bei der Arbeit gehetzt zu sein oder ständig unter Zeitdruck zu stehen.

„Wer glaubt, mit mehr Druck und längeren Arbeitszeiten den Fachkräftemangel bekämpfen zu können, ist auf e Anja Weber im Rahmen der Pressekonferenz. „Arbeit, die belastet und krank macht, verschärft den Fachkräftemangel weiter.“ Zudem müssten sachgrundlose Befristungen endlich abgeschafft und für gute Arbeitsbedingungen in der Leiharbeit gesorgt werden. „Und wir müssen die Tarifbindung in NRW endlich wieder erhöhen. Viele Arbeitgeber beklagen sich über fehlende Arbeits- und Fachkräfte und weigern sich gleichzeitig, nach Tarif zu bezahlen. In diesen Bereichen ist der Fachkräftemangel teils hausgemacht.“

Die Presseresonanz war sehr erfolgreich, das Thema konnte zentral in der Debatte um Fachkräfte platziert werden. Im Nachgang der Pressekonferenz trug



Lena-Marie Snelting, Dr. Rolf Schmucker und Anja Weber bei der Pressekonferenz DGB-Index Gute Arbeit // © DGB NRW

der DGB NRW die Veröffentlichung an die verantwortlichen Akteur*innen aus Politik und Wirtschaft heran und nutzte sie als Gesprächsanlass.

Prekäre Beschäftigung bekämpfen!

Servicestelle Faire Zeitarbeit

Um Beschäftigte in der Zeitarbeitsbranche zu unterstützen, hatten das nordrhein-westfälische Arbeitsministerium und der DGB NRW bis zum 31.12.2024 die "Servicestelle faire Zeitarbeit und Werkverträge" eingerichtet. Das Angebot richtete sich an Arbeitnehmer*innenvertretungen, Arbeitsvermittler*innen von Jobcentern und Agenturen für Arbeit oder Berater*innen im Kontext der Erwerbsintegration von Geflüchteten. Der DGB NRW war bis Ende 2024

im Steuerkreis „Servicestelle Faire Zeitarbeit“ vertreten und übernahm die Aufgabe des Multiplikators bei den Mitgliedsgewerkschaften. Wir beteiligten uns an den Aktivitäten des Projektes und unterstützten die Berater*innen in Fragen des Arbeits- und Tarifrechts. Zudem brachte sich der DGB NRW mit seinen Strukturen bei der Unterstützungsarbeit innerhalb des Netzwerks gegen Arbeitsausbeutung ein. Das Projekt ist zum 31.12.2024 ausgelaufen.

DGB-Index Gute Arbeit nach Qualitätsstufen für NRW in Prozent



16 Prozent der Beschäftigten bewerten ihre Arbeitsqualität so gut, dass sie dem Leitbild „Gute Arbeit“ entspricht.

Das heißt aber auch: 84 Prozent sind von dem Leitbild „Gute Arbeit“ noch (weit) entfernt.

Bei 15 Prozent der Befragten liegt der Wert sogar bei der Qualitätsstufe „Schlechte Arbeit“.

- Schlechte Arbeit (<50)
- Arbeitsqualität im unteren Mittelfeld (50-65)
- Arbeitsqualität im oberen Mittelfeld (65-80)
- Gute Arbeit (ab 80)

© DGB NRW



Mindestlohnaktionstag in Duisburg // © DGB Region Niederrhein

Mindestlohnaktionstag

Am 28. September 2022 fand ein bundesweiter Mindestlohnaktionstag des DGB statt. Mit mehr als 230 Aktionen an Bahnhöfen, Marktplätzen und in Fußgängerzonen machten sich Gewerkschafts- und DGB-Kolleg*innen für eine Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro pro Stunde stark. In NRW waren es allein 50 Aktionen. Mit vielfältigem Material konnten Passant*innen angesprochen und informiert werden. Diese konzertierte Aktion bewies: Der DGB zeigt Gesicht!

START NRW

1995 gründete das Arbeitsministerium NRW gemeinsam mit den Sozialpartnern START NRW. Ziel war es, Leih- und Zeitarbeit gut und fair zu gestalten. Bis zum Sommer 2024 war der DGB NRW einer der Gesellschafter und Mitglied im Aufsichtsrat von START NRW. Um die Gründungsidee vor dem Hintergrund eines veränderten Arbeitsmarktes weiter sicherzustellen, gaben die Sozialpartner 2024 ihre Anteile ab.

Der gesamte Prozess fand in enger Abstimmung mit dem Landesarbeitsministerium, ver.di und der IG Metall sowie unternehmer.nrw statt.

Arbeitsmarktpolitik aktiv gestalten – im Land und in den Regionen!

Der DGB NRW bringt sich nicht nur aktiv in den politischen Prozess ein, um Einfluss auf die Arbeitsmarktpolitik zu nehmen, sondern gestaltet sie durch seine Beteiligung in der Arbeitsverwaltung mit. Der DGB NRW ist Mitglied im Arbeitsmarktpolitischen Beirat der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit und bringt dort seine Positionen und Erfahrungen gezielt ein.

Zudem findet jedes Jahr eine Jahrespressekonferenz mit dem Vorsitzenden der Regionaldirektion NRW, dem Vorsitzenden von unternehmer.nrw und der Vorsitzenden des DGB NRW statt. Dabei werden die unterschiedlichen Perspektiven und Antworten auf die Lage am Arbeitsmarkt vorgestellt und diskutiert. Die Presseresonanz war im Berichtszeitraum durchweg positiv.

Viele Vertreter*innen des DGB NRW sind darüber hinaus in den Verwaltungsausschüssen der örtlichen Arbeitsagenturen aktiv. Sie beraten die Geschäftsführungen und bringen die Perspektive der Beschäftigten in das operative Geschäft der Agenturen



Austausch mit den alternierenden Vorsitzenden der Verwaltungsausschüsse der Arbeitsagenturen 2025 // © DGB NRW

mit ein. Der DGB NRW dient hierbei als zentrale Verbindungsstelle zwischen den DGB-Positionen aus dem Bundesvorstand sowie der landespolitischen Arbeitsmarktpolitik und den Verwaltungsausschüssen vor Ort. Einmal im Jahr findet hierzu ein Austausch mit den Vorsitzenden der Verwaltungsausschüsse statt.

Der DGB NRW ist großer Verfechter der regionalisierten Arbeitsmarktpolitik in Nordrhein-Westfalen. Dadurch werden die in NRW sehr ausgeprägten regionalen Unterschiede im politischen Handeln berücksichtigt. Die Regionalagenturen spielen eine zentrale Gestaltungs- und Steuerungsfunktion und üben eine entscheidende Netzwerkfunktion aller örtlichen Akteur*innen aus. Der DGB ist in den Lenkungsgruppen beteiligt. Auf Grund der immer knapper werdenden

Finanzmittel drohten diese bewährten Strukturen 2023 abgebaut zu werden. Der DGB NRW und seine DGB-Regionen wehrten sich frühzeitig gegen die Abbaupläne und setzten sich auf unterschiedlichen Ebenen für den Erhalt der Regionalagenturen ein. In mehreren Gesprächen auf Spitzenebene sowie auf Ebene der Regionen konnte dies verhindert werden. Der gewerkschaftspolitische Druck hatte sich ausgezahlt!

Mareike Richter

**Abteilungsleiterin
Arbeitsmarktpolitik/
Frauen- und Gleich-
stellungspolitik**

(bis 08/2023
Michael Hermund)



Sozialpolitik: Starker Sozialstaat – starke Demokratie

Ein funktionierendes soziales Sicherungssystem ist unverzichtbar: Es schützt Menschen bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und Erwerbsunfähigkeit vor sozialem Abstieg. Und es schafft Chancengleichheit und fördert den sozialen Zusammenhalt. Gerade in Zeiten, in denen die Ängste vor Arbeitslosigkeit und Wohlstandsverlust steigen, müssen sich die Bürger*innen auf einen starken Sozialstaat verlassen können, sonst verlieren sie das Vertrauen in den Staat und unsere Demokratie.

Die Abteilung Sozialpolitik des DGB NRW setzt sich für leistungsfähige Sozialversicherungen und einen funktionierenden Sozialstaat ein. Unser Ziel ist eine menschengerechte und gesundheitsförderliche Gestaltung der Arbeit. Arbeit darf nicht krank machen. Nur so können Lebensperspektiven geschaffen und Armut, Bedürftigkeit sowie Abhängigkeiten vermieden werden. Wir wollen Teilhabe für alle Menschen an Arbeit und Leben sicherstellen.



Ein kraftvolles Zeichen für eine bessere Sozialpolitik auf der Demo „NRW bleibt sozial“ am 13.11.2024 // © DGB NRW

Aktionen zur Verteidigung des Sozialstaats: Wer Demokratie stärken will, darf nicht die Axt an den Sozialstaat legen!

Unser Sozialstaat steht unter Druck: Rechte, konservative und liberale Politiker*innen wollen Leistungen zurückfahren und wärmen das Märchen von der bequemen sozialen Hängematte wieder auf. Auch die NRW-Landesregierung plante 2024 Streichungen im Sozialhaushalt im zweistelligen Millionenbereich und behauptet weiterhin, es sei kein ausreichendes Geld mehr für Prävention und

soziale Hilfestrukturen vorhanden. Wenn Angebote für Kinder, Familien, Senior*innen, Migrant*innen und Menschen mit Behinderung gestrichen werden, leidet aber das soziale Gefüge, welches unser NRW so stark macht. Der DGB NRW unterstützte daher die Proteste der freien Wohlfahrtspflege gegen die Haushaltskürzungen des Landes NRW im Jahr 2024. Bei einer Kundgebung am 13.11.2024 auf den Rheinwiesen in Düsseldorf demonstrierten rund 32.000 Menschen gegen die Sparpläne im Sozialbereich. Unsere Vorsitzende, Anja Weber, machte als Rednerin auf der Bühne deutlich, dass die geplanten Einschnitte den sozialen Zusammenhalt gefährden und zurückgenommen werden müssen. Der Protest hat

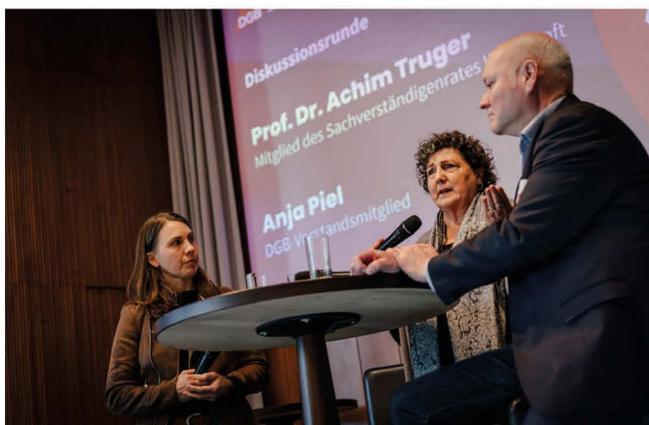


gewirkt! Die Landesregierung nahm einen Teil ihrer Kürzungspläne für den Landeshaushalt 2025 in den sozialen Bereichen zurück.

Im Vorfeld der Bundestagswahl diskutierten wir gemeinsam mit rund 150 Teilnehmenden bei unserer Sozialstaatsveranstaltung am 28.01.2025 in der Philharmonie in Essen, wie es um die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland steht und welche Reformen notwendig sind. Die Fragen, wie wir unseren Sozialstaat fit machen können für die Zukunft, wie wir mit dem demografischen Wandel und der fortschreitenden Digitalisierung in diesem Bereich umgehen und was konkret Politik leisten kann,

standen dabei im Mittelpunkt. Die wissenschaftliche Direktorin des WSI der Hans-Böckler-Stiftung, Prof. Dr. Bettina Kohlrausch, schaffte es mit ihrem Input, den Teilnehmenden einen guten Überblick über die Lebenssituation von Arm bis Reich in NRW zu geben. DGB-Bundesvorstandsmitglied Anja Piel und der Wirtschaftsweiser Prof. Dr. Achim Truger

debattierten anschließend intensiv über die Zukunftsfähigkeit unseres Sozialstaates. Und auch die Politik ließen wir dabei nicht aus der Verantwortung. In einem abschließenden Townhall-Format diskutierten Vertreter*innen der demokratischen Parteien mit unseren Expert*innen aus der Praxis der sozialen Beratungsstrukturen.



"Starker Sozialstaat – Starke Demokratie" Unsere zentrale Veranstaltung zur Bundestagswahl 2025 // © DGB NRW

Für eine gute Gesundheitsversorgung: Gesundheit ist eben mehr als die Abwesenheit von Krankheit!

„Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts.“ Dieser kluge Satz kommt vom Philosophen Arthur Schopenhauer und bringt es ziemlich auf den Punkt. NRW verfügt grundsätzlich über eine hochwertige Gesundheitsversorgung – Das hat sich auch in der Corona Pandemie gezeigt. Die Qualität und der Zugang variieren jedoch beträchtlich: Während in wohlhabenden Gebieten oftmals eine Überversorgung herrscht, ist in strukturschwachen Regionen oft ein erheblicher Versorgungsmangel zu beklagen. Dies betrifft sowohl die stationäre als auch die ambulante Versorgung. Ärztemangel, lange Wartezeiten auf Facharzttermine und die zunehmende finanzielle Schieflage von Kliniken machen uns allen Sorgen. Für uns ist klar: Es braucht eine verlässliche und wohnortnahe Gesundheitsversorgung, unabhängig vom Wohnort und dem eigenen Geldbeutel.

Ob, wie und wann wir diese gesundheitliche Versorgung für alle retten, darüber sprachen wir bei unserer Gesundheitskonferenz im Essener Gewerkschaftshaus am 28.06.24, zu der wir gemeinsam mit ver.di NRW eingeladen hatten. Neben Anja Piel, DGB-Bundesvorstandsmitglied, Susanne Hille, Fachbereichsleiterin bei ver.di, und Knut Lambertin, Referatsleiter Gesundheitspolitik beim DGB-Bundesvorstand, diskutierten die gesundheitspolitischen Sprecher*innen der Landtagsfraktion von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU mit.

Klar ist: Die Gesundheitspolitik steht heute vor vielfältigen Herausforderungen, von denen einige durch gesellschaftliche Veränderungen und demografische Entwicklungen beeinflusst werden. Eine alternde Bevölkerung führt zu einem höheren Bedarf an medizinischer Versorgung und Pflege. Die zunehmende



Intensive Debatte über die Situation der ambulanten und stationären Gesundheitsversorgung in NRW mit Landtagsabgeordneten und Anja Piel, DGB-Bundesvorstandsmitglied, auf unserer Gesundheitskonferenz am 28.06.2024 in Essen // © DGB NRW

Profitorientierung im Gesundheitswesen hat nicht zu einer Steigerung der Qualität und Senkung der Kosten beigetragen – an vielen Stellen ist sie ein Irrweg. Gleichzeitig stellt die Finanzierbarkeit von Versorgungsleistungen angesichts steigender Kosten und begrenzter Ressourcen eine zentrale Herausforderung dar. Die Pflegepolitik rückt dabei besonders in den Fokus, da der Bedarf an Pflegeleistungen mit der zunehmenden Alterung der Bevölkerung wächst und ein großer Fachkräftemangel vorherrscht.

Für den DGB NRW ist bei der gesamten Gesundheits- und Pflegepolitik wichtig, einen ausgewogenen Ansatz zu finden, der sowohl die Bedürfnisse der Patient*innen und Pflegebedürftigen als auch die finanzielle Stabilität des Gesundheitssystems berücksichtigt. Daher stehen für uns neben den Versicherten auch die Beschäftigten in den Gesundheits- und Pflegeberufen im Fokus. Obwohl sie es sind, die das System tragen, leiden viele unter hohen physischen und psychischen Belastungen und schlechten Arbeitsbedingungen.

Das Konzept der „Gesundheitskonferenz“ inspirierte auch unsere DGB-Regionen. Sie führten im Anschluss zum Teil eigene Veranstaltungen durch, so zum Beispiel in der DGB-Region Ostwestfalen-Lippe.

Rente muss zum Leben reichen und erkennt die Lebensleistung jedes Einzelnen an!

Die Rente ist viel mehr als nur Armutsabsicherung. Sie muss für das gewohnte Leben und die aktuelle Wohnung reichen, egal wie lange der Ruhestand dauert. Der DGB macht daher immer wieder deutlich: Eine gute Rente ist bezahlbar und machbar! Auf unserer Rententagung am 19.09.24 im Essener Gewerkschaftshaus diskutierten wir mit dem Rentenexperten der Hans-Böckler-Stiftung, Dr. Florian Blank, dem IG Metall-Vorstandsmitglied Dr. Hans-Jürgen Urban sowie ehrenamtlichen Kolleg*innen, die z. B. als Versichertenälteste tätig sind, intensiv über die Zukunftsfähigkeit der gesetzlichen Rente.

Auch bei unserer Rentenveranstaltung wurde klar: Wenn es um die Rente geht, wird es schnell emotional und wichtige Fragen stellen sich. Wird meine Rente im Alter für ein würdevolles Leben reichen? Kann ich meinen Lebensstandard halten? Und was passiert, wenn ich krank werde und nicht mehr arbeiten kann? Wir Gewerkschaften sind uns sicher: Die Rente muss zum Leben reichen, nicht nur zum Überleben. Eine gute Rente erkennt die Lebensleistung der Menschen an. Deshalb muss das Rentenniveau stabilisiert und perspektivisch wieder angehoben werden. Das Rentenalter darf allerdings nicht weiter steigen. Viele Beschäftigte schaffen es schon jetzt nicht, bis 65 oder gar bis 67 zu arbeiten. Zusätzlich brauchen wir eine stärkere betriebliche Altersvorsorge – finanziert von den Arbeitgeber*innen.

Im Vorfeld der Bundestagswahlen haben wir diesen Forderungen auf unterschiedliche Weise Nachdruck verliehen: Sei es in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit oder durch die Teilnahme an regionalen Veranstaltungen zum Thema Rente, wie zum Beispiel am 29.11.2023 in Lüdenscheid.



Wie können wir unsere Rente zukunftsfähig und generationsgerecht gestalten? Darüber diskutierte u.a. IG Metall Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban mit Ehrenamtlichen aus den Rentenversicherungen auf unserer Rententagung am 19.09.2024 // © DGB NRW



Unsere Forderungen für eine gerechte Rente

- **Rentenniveau anheben:** Als erstes muss das Rentenniveau bei 48 Prozent stabilisiert werden. Im nächsten Schritt muss es auf 50 Prozent angehoben werden.
- **Rentalter nicht weiter anheben:** Schon jetzt schaffen es viele nicht, bis zu ihrem 65. oder gar 67. Lebensjahr zu arbeiten. Viele werden vor dem Eintritt in die Rente krank oder arbeitslos. Das Rentenalter darf auf keinen Fall weiter steigen.
- **Unternehmen in die Pflicht nehmen:** Arbeitgeber*innen müssen sich gleichwertig an der Finanzierung der Altersvorsorge beteiligen, z. B. durch einen verpflichtenden Mindestbeitrag bei der Betriebsrente. Außerdem müssen sie für gute Arbeitsbedingungen sorgen, damit Beschäftigte lange gesund und leistungsfähig bleiben.
- **Solidarisch handeln:** Wer Kinder erzieht, Angehörige pflegt, sich qualifiziert oder weiterbildet, aber auch wer seinen Arbeitsplatz verliert, soll keine tiefen Löcher in der Altersvorsorge fürchten müssen. Für diese Zeiten sind Rentenpunkte zu gewähren und die bestehenden Regeln zu verbessern. Die Grundrente soll dafür sorgen, dass nach vielen Jahren Arbeit die Rente im Alter zum Leben auch bei geringem Lohn reicht. Diese muss aber verbessert und der Zugang erleichtert werden.
- **Alle absichern und Versichertenkreis erweitern:** Alle Erwerbstätigen müssen gut für das Alter und bei Erwerbsminderung abgesichert sein. Dazu sollen schrittweise alle Selbstständigen einschließlich der Freiberufler*innen, aber z. B. auch Abgeordnete in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden. Beamt*innen sind davon ausgenommen.

Sozialwahlen 2023: 350 Ehrenamtliche sind unsere starke Bank in der Selbstverwaltung

Die Sozialversicherungen sind ein wichtiger Bestandteil unseres Sozialstaats. Denn sie sorgen für soziale Sicherheit, indem sie uns absichern, wenn wir krank, arbeitslos, arbeitsunfähig oder pflegebedürftig werden oder in Rente gehen. Dank 350 ehrenamtlicher Kolleg*innen sind wir als DGB NRW kompetent in den Selbstverwaltungsgremien der Sozialversicherungen in NRW vertreten. Das sind viele Gremien wie die Vertreterversammlungen und Vorstände der Rentenversicherungen Rheinland und Westfalen, Verwaltungsräte und Regionalbeiräte der AOK NordWest und Rheinland/Hamburg und die jeweiligen Fach- und Widerspruchsausschüsse. Mit ehrenamtlichen Versichertenältesten in der Rentenberatung können wir als Gewerkschafter*innen unseren Mitgliedern zudem vor Ort mit Rat und Tat beim Übergang vom Beruf in den Ruhestand zur Seite stehen. Eine immer wichtigere Aufgabe, die von immer mehr ratsuchenden Kolleg*innen in Anspruch genommen wird. Mit den Sozialwahlen 2023 wurden für die gesetzlichen Renten-, Kranken- und Pflegeversicherungen die Versichertenvertreter*innen für die jeweilige Selbstverwaltung gewählt. Am 31. Mai 2023 war der Stichtag für die Sozialwahl in Deutschland. Alle sechs Jahre findet die Sozialwahl statt. In Nordrhein-Westfalen konnte die Sozialwahl 2023 als Friedenswahl durchgeführt werden. Voraussetzung war, dass ebenso viele Kandidat*innen von den einzelnen Sozialpartner*innen vorgeschlagen wurden wie Mandate zu vergeben waren.

In den Verwaltungsräten der gesetzlichen Krankenversicherung und den Vertreterversammlungen der Rentenversicherung Rheinland und Westfalen brauchen Versicherte in den kommenden Jahren eine starke Stimme. Der Leitsatz des DGB ist: Gute Leistungen, bezahlbar für alle. Jede*r Versicherte muss sich jederzeit darauf verlassen können, im Ernstfall gut versorgt zu sein. Dazu gehört eine gute Versorgung in der Pflege und in Krankenhäusern und eine gute Rente – und zwar unabhängig davon, wie modern und flexibel das Erwerbsleben zuvor gewesen ist. Unseren vielen ehrenamtlichen Kollegen und Kolleginnen gilt ein großes Dankeschön. Ihre Mitarbeit ist sehr wertvoll und solidarisch.



Arbeits- und Sozialrecht: 2.800 ehrenamtliche Richter*innen bringen sich in NRW für die Interessen der Beschäftigten ein

Ein wichtiges Ehrenamt im Deutschen Gewerkschaftsbund ist das Amt der ehrenamtlichen Richter*innen. Neben den hauptamtlichen Richter*innen sind sie bei der Urteilsfindung stimmberechtigt tätig. Gewerkschaftsmitglieder können unter bestimmten Voraussetzungen zwischen Landes- und Arbeitsgerichten, Landes- und Sozialgerichten sowie Finanzgerichten wählen. Die über 2.800 ehrenamtlichen Richter*innen werden vom Deutschen Gewerkschaftsbund NRW regelmäßig geschult. Das Benennungsverfahren läuft ebenfalls über die Organisation des DGB NRW.



Verteilungsgerechtigkeit: gegen Armut – Teilhabe für alle

Arm trotz Arbeit, arm im Alter oder arm, weil man ein Kind oder alleinerziehend ist. In einem reichen (Bundes-)Land wie Deutschland bzw. NRW ist die steigende Zahl der Armutsbetroffenen nicht akzeptabel. In NRW ist jede 5. Person von Armut betroffen, deutlich mehr als im Bundesdurchschnitt. Deutlich betroffen sind vor allem Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, Frauen, Erwerbslose und Menschen mit geringer beruflicher Qualifikation. Um Armut

Wo unsere gewerkschaftlichen ehrenamtlichen Richter*innen tätig sind:

• Arbeitsgerichte

Der DGB NRW benennt in 30 Arbeitsgerichten und drei Landesarbeitsgerichten über 1.600 ehrenamtliche Richterinnen und Richter, die bei Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen möglichst ein faires Urteil finden.

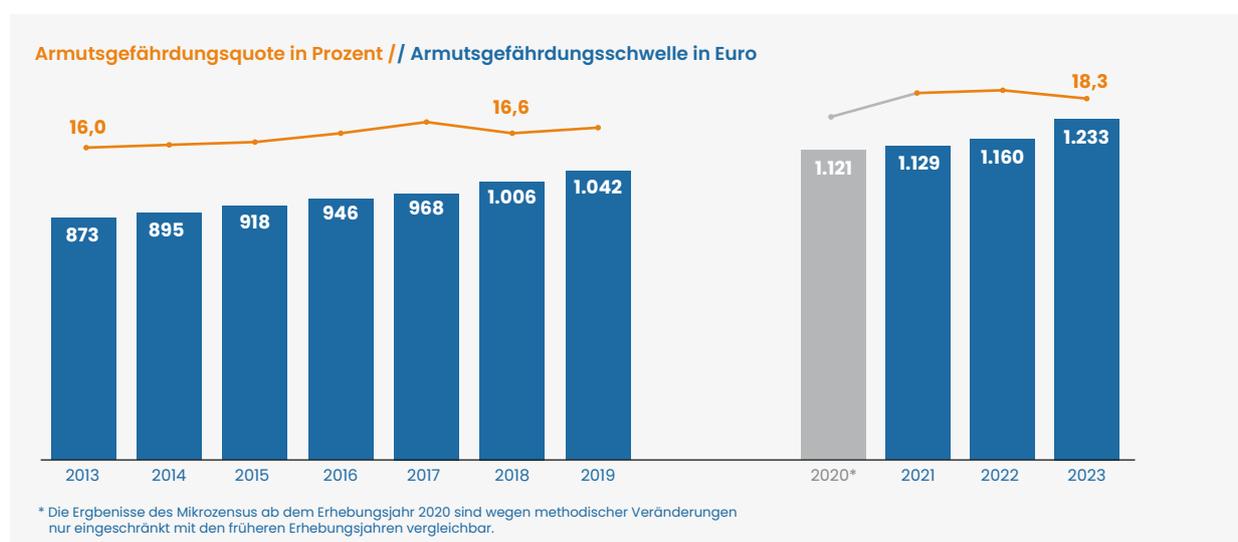
• Sozialgerichte

Mit acht Sozialgerichten und einem Landessozialgericht in NRW können über 1.000 Kolleginnen und Kollegen sich durch ihr Ehrenamt stark machen für einen fairen Umgang in sozialrechtlichen Fragen.

• Finanzgerichte

Die drei Finanzgerichte in NRW werden bei öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten angerufen. Hier bringen sich 200 Ehrenamtliche in unserem Namen ein.

schrittweise zu überwinden, setzten wir uns in den letzten Jahren intensiv für die Kindergrundsicherung ein und hielten dagegen, wenn Bürgergeldempfänger*innen öffentlich diffamiert wurden.



Armutsgefährdungsquote in NRW in Prozent // © IT.NRW

Ein weiteres Handlungsfeld war die konstruktiv-kritische Begleitung des Aktionsplans gegen Armut von NRW-Arbeitsminister Karl-Josef Laumann. Dazu lud das Ministerium bisher zwei Mal unterschiedliche Sozialverbände und Organisationen ein.

Gemeinsam mit den Verbänden VdK, Caritas, Diakonie, SoVD, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesseniorenvertretung setzten wir uns kritisch mit dem Aktionsplan auseinander und forderten erkennbare Handlungsschritte, um Menschen in Armut in NRW zu unterstützen oder zu fördern. Vor dem Hintergrund, dass die Armut in den letzten Jahren und aktuell nochmals dramatisch zugenommen hat, müssen dringend, neben der inhaltlichen Arbeit, praxisorientierte und niedrigschwellige Maßnahmen umgesetzt werden. Zudem liegen Ideen für Maßnahmen vor, die in der Umsetzung nicht zwangsläufig viel Geld kosten. Mit einem gemeinsamen Positionspapier richteten wir unsere Forderungen an das Arbeits- und Sozialministerium und führten im Anschluss Gespräche mit den Landtagsfraktionen und dem Ministerium.

Arbeiten in ganz Europa: aber bitte nur fair!

Dank Arbeitnehmerfreizügigkeit können Beschäftigte in ganz Europa arbeiten. Eigentlich eine gute Idee, aber die Realität ist eine andere: Häusliche Pflegekräfte, Reinigungskräfte oder Beschäftigte in der Fleischindustrie leiden in Deutschland und anderen europäischen Ländern häufig unter Dumpinglöhnen, fehlenden Lohnzahlungen und der Missachtung von Arbeitsschutz und Arbeitsrechten. Oft sind sie über Monate von ihren Familien getrennt. Die Not, Geld zu verdienen und nach Hause zu schicken, ist groß. Das nutzen viele Unternehmen aus. Es bildet sich zunehmend ein Arbeitsmarkt zweiter Klasse. Aber damit nicht genug: Fehlende Sprachkenntnisse, mangelndes Wissen über die geltenden Rechte und Einschüchterungen bis hin zu Gewaltandrohungen führen dazu, dass sich die Beschäftigten nicht gegen die Ausbeutung wehren können.

Das erleben die Kolleg*innen der Beratungsprojekte „Faire Arbeitnehmerfreizügigkeit gestalten“ von Arbeit und Leben NRW und die DGB Beratungsstelle „Faire Mobilität“ in ihrer Arbeit zuhause. Sie sind für die Menschen aus Mittel- und Osteuropa da, wenn sie arbeitsrechtliche Unterstützung brauchen. Der DGB NRW arbeitet in vielerlei Hinsicht mit den Beratungsstellen zusammen, zum Beispiel bei gemeinsamen Anhörungen im Landtag NRW, mit gemeinsamer Öffentlichkeitsarbeit und bei vielzähligen Aktionen mit unseren DGB-Regionen an Betrieben vor Ort.

Insbesondere im Vorfeld der Europawahlen im Jahr 2024 forderten wir gemeinsam mit den beiden Beratungsstellen Gesetzesänderungen und politische Initiativen, die den ausbeuterischen Praktiken einen Riegel vorschieben. Unter dem Titel „Gegen Ausbeutung mitten in NRW – Für ein Europa mit fairen Arbeitsbedingungen für alle“ organisierten wir im Mai 2024 ein Treffen von Kandidierenden zum Europaparlament und Betroffenen aus der osteuropäischen Arbeitsmigration am Duisburger Hafen. Dort, am größten Binnenhafen Europas und einer bedeutenden Logistikkreuzung Europas, treffen nicht nur Wasserstraßen aufeinander, sondern auch viele Menschen, die in der Logistikbranche arbeiten. Allen voran: LKW-Fahrer. Der politische Handlungsdruck wurde durch die persönlichen Schilderungen der Betroffenen, die in der Fleischindustrie, in der Logistik und als LKW-Fahrer arbeiteten, für die



Gemeinsames Pressegespräch mit Arbeit und Leben NRW und Faire Mobilität mit Beschäftigten aus Osteuropa im Duisburger Hafen // © DGB NRW

Europakandidat*innen und die anwesenden Medienvertreter*innen deutlich spürbar. Es folgte eine ausführliche Berichterstattung in Presse und Fernsehen, die diesem wichtigen Thema die notwendige Aufmerksamkeit schenkte.

Teilhabe ist ein Menschenrecht - Wir setzen uns für einen inklusiven Arbeitsmarkt in NRW ein

Der Arbeitsmarkt ist längst nicht inklusiv und Menschen mit Behinderung sind immer noch stark benachteiligt – daran hat sich in den letzten Jahren nichts geändert. Im Gegenteil: Vor allem die Langzeitarbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderung steigt stetig an. Wir können und wollen aber auf niemanden verzichten. Deshalb beteiligten wir uns als DGB NRW an der Inklusionsinitiative der Landesregierung. Gemeinsam mit Arbeitgeber*innen, der Bundesagentur für Arbeit, Akteur*innen des Unterstützungssystems, wie Inklusionsämtern, Renten- und Unfallkassen, sowie weiteren Partner*innen war und ist unser Ziel, Menschen mit Behinderungen und offene Stellen künftig besser zusammenzubringen.

Der Start der Inklusionsinitiative im Jahr 2024 war ein gutes Signal. Nun sind aber dringend die Arbeitgeber gefordert, die Initiative und das gesteckte Ziel mit Leben zu füllen. Grundsätzlich zeigt sich für uns: Mitbestimmte Betriebe sind besser darin, schwerbehinderte Menschen in Arbeit zu integrieren. Betriebs- und Personalräte sowie deren Schwerbehindertenvertretungen brauchen deshalb mehr Ressourcen und Unterstützung bei ihrer Arbeit. Auf diese und weitere konkrete Forderungen machten wir im begleitenden Steuerungskreis der Inklusionsinitiative immer wieder aufmerksam.

Seit 2012 wirkt der DGB NRW ebenfalls im Inklusionsbeirat des Landes NRW mit. Der Beirat besteht aus verschiedenen Vertreter*innen von Organisationen und Verbänden, die sich für Menschen mit Behinderung und eine nachhaltige Inklusionspolitik einsetzen. Ein wichtiger Bestandteil der Arbeit des Inklusionsbeirats war die Umsetzung des Aktionsplans „NRW inklusiv“ 2022.



Unterzeichnung der Inklusionsinitiative NRW gemeinsam mit Partner*innen der Steuerungsgruppe // © DGB NRW

Mit dem VdK-Preis für Menschen mit Behinderung in Beschäftigung und Ausbildung zeichnet der VdK NRW herausragende Beispiele für die Teilhabe am Arbeitsleben aus. Die Auszeichnung trägt den Beinamen "vilma - vorbildlich, individuell, leistungsstark und motiviert in der Arbeitswelt". Der DGB NRW beteiligte sich in der Jury und bei der Auswahl der potenziellen Preisträger*innen. Mit dem jährlichen Preis soll auf Menschen und ihre Leistungen aufmerksam gemacht werden, die ihren Weg in ein selbstbestimmtes Leben trotz Handicaps finden. Sie sollen Mut und Hoffnung für andere betroffene Menschen mit Behinderungen schenken.

Anke Unger

Abteilungsleiterin
Sozialpolitik

(bis 07/2023
Dr. Sabine Graf)



Bildungspolitik: Für eine Bildungs- wende in NRW

Der Koalitionsvertrag von CDU und Grünen verspricht ein Nordrhein-Westfalen, das Chancen für alle bietet. Ein Land, in dem der Aufstieg durch Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen darf. Doch in Nordrhein-Westfalen hängt der Bildungserfolg noch immer viel zu stark von der sozialen Herkunft ab. Das Bildungssystem in Nordrhein-Westfalen steht seit Jahren unter erheblichem Druck: Der eklatante Fachkräftemangel in der frühkindlichen Bildung und bei den Lehrkräften, eine chronische Unterfinanzierung des gesamten Bildungsbereichs und die schleppende Umsetzung von Inklusion gefährden die Bildungsqualität und verstärken soziale Ungleichheiten. Der Ausbau des Ganztags, die inklusive Beschulung sowie eine gerechte Verteilung von Lehrpersonal und Ausstattung dürfen keine Lippenbekenntnisse bleiben – sie sind zentrale Voraussetzungen für ein zukunftsfähiges Bildungssystem.

Hier und jetzt in Bildung investieren!

Es muss mehr in Bildung investiert werden – hier und jetzt! Das machten wir im Vorfeld der Landtagswahl 2022 mit einer Aktion vor dem Landtag deutlich. Denn eine gute Zukunft gibt es nur mit einem Bildungssystem, das für echte Chancengleichheit sorgt. Damit dies gelingt, forderten wir ausreichend hochwertige Kitaplätze, längeres gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse an den Schulen und einen echten, schulscharfen Sozialindex. Und damit kein Jugendlicher ohne Berufsabschluss verbleibt, forderten wir eine Ausbildungsgarantie und einen umlagefinanzierten Zukunftsfonds Ausbildung. Wir machten klar: Für gute Bildung von der Kita bis zur Hochschule müssen die Bildungsausgaben in NRW um 1.000 Euro pro Jahr und Bildungsteilnehmer*in steigen!

Frühkindliche Bildung: Wir brauchen Lösungen für die Kita-Katastrophe!

Bereits in den ersten Lebensjahren werden die Weichen für ein erfolgreiches gesellschaftliches und berufliches Leben gestellt. Für mehr Chancengleichheit und um Bildungsbenachteiligungen präventiv entgegenwirken zu können, ist die frühkindliche Bildung von besonderer Bedeutung. In NRW wurde dieser wichtige Bereich in den letzten Jahren vernachlässigt und es wurde versäumt, rechtzeitig in die Ausbildung von Fachkräften zu investieren. Seit Jahren befindet sich das System der frühkindlichen Bildung in NRW daher in einem katastrophalen Zustand.

Der DGB kritisierte im Berichtszeitraum regelmäßig, dass es der Landesregierung an einem Gesamtkonzept mit Regelungen für kurz-, mittel- oder langfristige Maßnahmen fehlt. Stattdessen übertrug das Familienministerium die Verantwortung auf Träger, Beschäftigte, Eltern und Kinder. Dies wurde beispielsweise mit der Änderung der Personalverordnung für Kindertagesstätten im Dezember 2024 ersichtlich: Mit der Verordnung eröffnete das Land die Möglichkeit, dass in Ausnahmefällen nur noch eine sozialpädagogische Fachkraft für bis zu 60 Kinder zuständig sein kann. Dies stellt aus Sicht des DGB NRW eine Gefährdung der Betreuungsqualität und eine unzumutbare zusätzliche Belastung für die Beschäftigten dar. Der DGB NRW kritisierte diese Änderung gemeinsam mit ver.di und GEW und konnte in mehreren persönlichen Gesprächen mit der Familienministerin unsere Forderungen und Argumente vortragen.



Aktion vor dem Landtag im März 2022 // © DGB NRW

Der DGB NRW setzte sich in diesen Gesprächen darüber hinaus für eine langfristige Verbesserung der Kindertagesbetreuung in NRW ein, insbesondere im Hinblick auf das Kinderbildungsgesetz (KiBiz). Wir begrüßten grundsätzlich, dass sich die Koalitionsparteien im Berichtszeitraum die Novellierung des KiBiz vorgenommen hatten. Allerdings wurde die Veröffentlichung des seit 2024 angekündigten Referentenentwurfs für ein erneuertes Kinderbildungsgesetz für NRW vom Familienministerium immer wieder verschoben, sodass zum Redaktionsschluss immer noch kein Entwurf vorlag. Der DGB NRW wird sich daher weiterhin intensiv für eine Verbesserung der Qualität und Finanzierungssituation in den Kindertagesstätten einsetzen.

Ebenso blieb das im Koalitionsvertrag angekündigte beitragsfreie dritte Kita-Jahr ein leeres Versprechen. Auch diese Forderung wird der DGB NRW weiterverfolgen. Problematisch bleibt auch die regional sehr unterschiedliche Höhe der Elternbeiträge. Zudem gibt es nach wie vor einen Mangel an Plätzen für Unter-3-Jährige in den NRW-Kitas. Die fehlenden Fachkräfte und die fehlenden U3-Plätze belasten das Kita-Personal und die Eltern erheblich und erschweren die Vereinbarkeit von Familie und Beruf maßgeblich. Bedauerlicherweise verzichtete die Landesregierung darauf, die Fachkraft-Kind-Relation zu verbessern und hielt an einem auf Pauschalen basierenden Finanzierungssystem fest.

Eine weitere Baustelle der Landesregierung blieb der offene Ganztags (OGS) in den Grundschulen. Es gibt nach wie vor zu wenige Plätze, um den ab 2026 geltenden Rechtsanspruch gewährleisten zu können. Zudem sind die Betreuungsqualität und die Arbeitsbedingungen sehr unterschiedlich. Anders als zunächst vorgesehen, entschied sich die Landesregierung, auf ein Gesetz, das Qualitätsstandards für Räume, Personal und Arbeitsweisen für den offenen Ganztags an Grundschulen setzt, zu verzichten. Der DGB kritisierte diese Entscheidung scharf und wird sich auch in Zukunft für eine gesetzliche Regelung, die einheitliche Standards für den OGS-Bereich in NRW schafft, stark machen.



Teilnehmer*innen des Themenforums „Demokratie und Bildung“ auf dem Demokratiekongress am 17.06.2023 in Dortmund // © Bernd Röttgers

Herausforderungen im Schulsystem

Aus Sicht des DGB bleibt die zentrale Frage, wohin wir unsere Schulstruktur entwickeln wollen, ungelöst. Die Landesregierung versuchte im Berichtszeitraum, schulstrukturelle Probleme vorrangig im gegliederten System zu lösen. Mit dem 17. Schulrechtsänderungsgesetz verankerte das Land NRW Neuerungen wie die Einführung von Hauptschulbildungsgängen an Realschulen im Schulgesetz. Hierbei versäumte die Regierung jedoch, die Rahmenbedingungen anzupassen und ignorierte die Folgen der Reform für Schulen und Lehrkräfte. Im Rahmen der Verbändebeteiligung nahmen der DGB und die GEW NRW gemeinsam Stellung und kritisierten die geplanten Änderungen aus bildungspolitischer Sicht. Für uns war klar ersichtlich, dass durch die Regelung eine Konkurrenzsituation zwischen den Schulformen Sekundarschule und Realschule hervorgerufen wird. Auch die Abwälzung der Entscheidung auf die Kommunen bewerteten DGB NRW und GEW kritisch.

Eine der größten Herausforderungen im NRW-Schulsystem bleibt, den engen Zusammenhang von Herkunft und Bildungserfolg aufzubrechen. Der DGB NRW begrüßte das 2024 von Bund und Land aufgelegte Startchancen-Programm als eine gute Möglichkeit, die Bildungs- und Chancengerechtigkeit zu erhöhen. Bis zum Ende der Programmlaufzeit soll die Zahl der Schüler*innen, die die Mindeststandards in Mathematik und Deutsch verfehlen, an den Startchancen-Schulen halbiert werden. Der DGB NRW kritisierte allerdings, dass das Programm mit insgesamt

4,6 Milliarden Euro für 10 Jahre zu klein ausgestattet sei, um seinen Zielen gerecht werden zu können. Eine größere Unterstützung von Schulen in prekären Lagen ist nicht erst seit den verheerenden Ergebnissen der letzten Bildungsstudien notwendig.

Beim „Tag der Demokratie“ des DGB NRW 2023 in Dortmund fand ein Themenforum unter dem Titel „Demokratie und Bildung – Schule als Ort demokratischer Bildung“ statt. Prof. Dr. Engartner, Professor für Sozialwissenschaften mit dem Schwerpunkt ökonomische Bildung, setzte sich in seinem Statement mit den Herausforderungen im Schulfach Politik auseinander. Darüber hinaus wurden zwei gelungene schulische Projekte präsentiert, die unterschiedliche Aspekte beleuchten. Andreas Niessen, Schulleiter der Helios Schule in Köln, präsentierte das Konzept demokratischer inklusiver Bildung und Volker Franken, Schulleiter der evangelischen Gesamtschule in Gelsenkirchen, stellte den interreligiösen Dialog an seiner Schule vor.

Initiative „Länger gemeinsam lernen“

Im Bündnis „länger gemeinsam lernen“ haben sich Gewerkschafter*innen, Wissenschaftler*innen, Kirchenvertreter*innen, Sportler*innen und Unternehmensvertreter*innen zusammengeschlossen, um sich gemeinsam für eine Schule einzusetzen, die allen Kindern beste Zukunftschancen bietet. Zentrales Ziel des Bündnisses ist es, für ein längeres gemeinsames Lernen aller Kinder in den nordrhein-westfälischen Schulen zu werben. Die erforderliche breite gesellschaftliche Diskussion zur Weiterentwicklung unseres Bildungssystems möchten die Initiatorinnen und Initiatoren befördern. Die Initiative ist ein Netzwerk, dessen operative Arbeit ein Verein übernimmt. Die Geschäftsstelle des Vereins ist beim DGB-Bezirk angesiedelt. Der DGB übernimmt die Abwicklung und Vorbereitung von Veranstaltungen der Initiative, die sich aus Mitgliedsbeiträgen



Fachtagung des Bündnisses „Länger gemeinsam lernen“ am 10.11.2022 in Dortmund. Anja Weber, DGB-Bezirksvorsitzende NRW // © Norbert Wichmann

und Spenden finanziert. Sie ist parteiunabhängig und geht über die Reichweite gewerkschaftlicher Aktivitäten hinaus. Am 10. November 2022 lud das Bündnis „länger gemeinsam lernen NRW“ Vertreter*innen aus Schulen, dem Ministerium und der Politik, aus den Gewerkschaften, den Wissenschaften und den Kirchen nach Dortmund ein. Es wurde über den schwarz-grünen Koalitionsvertrag 2022 und notwendige Aufbrüche in der Bildungspolitik diskutiert.

Debattenbeitrag Berufskolleg – eine lange geforderte Evaluation

Für den DGB NRW stellen die Berufskollegs einen zentralen Pfeiler im nordrhein-westfälischen Bildungssystem dar. Sie sind nicht nur Lernorte für junge Menschen auf dem Weg in den Beruf, sondern zugleich Motoren der Fachkräftesicherung, Brücken zur gesellschaftlichen Teilhabe und Orte lebenslangen Lernens.

Seit Jahren monierte der DGB NRW, dass es für die größte Schulform der Sekundarstufe II keine umfassende Evaluation gab. Dies änderte sich 2022: Prof. Dr. Euler veröffentlichte im Auftrag verschiedener Stiftungen und des Schulministeriums im Mai 2022 eine erste Evaluation zu den Berufskollegs.

In Form eines Debattenbeitrages nahm der DGB NRW eine erste Einschätzung zu den Ergebnissen vor. Darin nahmen wir die Bewertung der Zahlen am Ausbildungsmarkt kritisch in den Blick. Der DGB kritisiert seit Jahren, dass wichtige Informationen und Daten in der Betrachtung fehlen. Die Zahlen zum Ausbildungsmarkt der Bundesagentur für Arbeit (BA) listen nur die unversorgten Bewerber*innen auf, die sich bei der BA bereits gemeldet haben. Die Zahl der Bewerber*innen mit Alternativen findet sich nur im „Kleingedruckten“. In unserem umfangreichen Debattenbeitrag nahmen wir einen Abgleich mit weiteren verfügbaren statistischen Daten, wie der integrierten Ausbildungsberichterstattung oder Schulstatistik, vor. Wir bewerteten es als Teilerfolg, dass durch die wiederholten Anmerkungen des DGB NRW die Auswertung der Bildungsgänge am Berufskolleg jetzt stärker in den Blick genommen wird.

Der DGB NRW beteiligte sich im Berichtszeitraum an mehreren Beiräten, zu denen die Schulministerin einlud. Dazu gehörte unter anderem der Modellversuch zur Einführung regionaler Bildungszentren der Berufskollegs (RBZB). Der landesweite Schulversuch RBZB endete mit dem Schuljahr 2024/25. Der DGB begrüßte die Evaluation des Schulversuchs durch eine wissenschaftliche Begleitung und deren Empfehlung für eine Fortsetzung und Ausweitung der RBZB.

Was gibt's Neues am Berufskolleg?

Um die drängendsten berufsbildungspolitischen Themen am Berufskolleg näher zu beleuchten, setzten wir am 23. September 2025 in Düsseldorf die Tagungsreihe „Was gibt's Neues am Berufskolleg?“ fort. Im Austausch mit Vertreter*innen der Industrie- und Handelskammern und des Westdeutschen Handwerkskammertages diskutierten wir über die Zukunft des Berufskollegs. In mehreren Workshops konnten sich die Teilnehmer*innen über Digitalisierung, Demokratie, Zukunft des dualen Systems und weitere aktuelle Themen austauschen.

Berufliche Bildung nach vorne bringen

Auch in der beruflichen Bildung ist Chancengleichheit leider Fehlanzeige. Jeder fünfte Jugendliche in NRW verbleibt dauerhaft ohne jede berufliche Qualifikation. Das muss sich ändern. In unserer Stellungnahme „Chancengleichheit in der Bildung“ zur schriftlichen Anhörung der Enquetekommission forderte der DGB NRW am 05.07.2024 unter anderem eine Stärkung der beruflichen Orientierung und den Ausbau von Jugendberufsagenturen, damit die Betroffenen nicht durchs Raster fallen. Gleichzeitig führt nach gewerkschaftlicher Einschätzung kein Weg an einer umlagefinanzierten Ausbildungsgarantie vorbei, damit auch diejenigen eine Chance bekommen, die bisher bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz leer ausgehen.

Ausbildungskonsens NRW

Im Ausbildungskonsens NRW haben sich die Landesregierung, die Organisationen der Wirtschaft, die Gewerkschaften, die Arbeitsverwaltung und die Kommunen zusammengeschlossen, um die Ausbildungspolitik in NRW mitzugestalten. Der DGB NRW arbeitet auf allen Ebenen des Ausbildungskonsenses mit. „Jeder Jugendliche, der ausgebildet werden will, wird ausgebildet!“ so lautete einmal das Versprechen des Ausbildungskonsenses. Dies ist bis heute nicht gelungen, der Mangel an betrieblichen Ausbildungsplätzen war das zentrale Thema in den vergangenen vier Jahren. Hinzu kamen die großen regionalen Unterschiede bei der Verteilung von offenen Stellen bzw. unversorgten Jugendlichen. Schon bei der Bewertung der Lage gestalteten sich die Verhandlungen im Ausbildungskonsens oft schwierig. Während die Kammern und Arbeitgeber*innen die Interessen der Betriebe in den Vordergrund stellten, nahmen wir auch die Perspektive der unversorgten Bewerber*innen ein. Denn klar ist: Wenn so viele Jugendliche bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz leer ausgehen, ist das nicht nur für die jungen Menschen selber fatal, sondern auch für unseren Wirtschaftsstandort, der unter Fachkräftemangel leidet und die künftige Finanzierung unserer sozialen Sicherungssysteme.

Neben der konzeptionellen Arbeit auf Landesebene und der Kooperation mit dem DGB auf Bundesebene, informierten wir die Regionen und Gewerkschaften regelmäßig über die Prozesse im Ausbildungskonsens und bezogen sie in unsere Arbeit ein. Dabei steht fest: Ohne unser gewerkschaftliches Engagement wäre es zu keiner Vereinbarung gekommen, die eine aktivere Rolle des Landes bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen vorsieht.

Am 26. Juni 2024 fand die Fachtagung „NRW auf dem Weg vom Ausbildungskonsens zur Ausbildungsgarantie?“ in Düsseldorf statt. Die Lage auf dem NRW-Ausbildungsmarkt ist paradox. Obwohl viele Betriebe nach Arbeits- und Fachkräften suchen, bleiben jedes Jahr tausende Jugendliche ohne Ausbildungsplatz. Wie es gelingen kann, diese Situation zu verbessern, darüber wurde in der Handwerkskammer Düsseldorf diskutiert. Mit dabei war auch NRW-Arbeitsminister Karl-Josef Laumann, der in seiner Rede eine Bilanz der Arbeit des NRW-Ausbildungskonsenses zog. Bei der anschließenden Podiumsrunde stellten Vertreter*innen der ausbildungsmarktpolitischen Akteure aus NRW ihre Sicht auf die Ausbildungssituation in NRW dar und brachten ihre Konzepte ein. Anja Weber stellte in ihrem Beitrag klar, dass es eine umfassende Ausbildungsgarantie, sowie einen umlagefinanzierten Zukunftsfonds, der die Ausbildungskosten fairer unter allen Betrieben verteilt, braucht.



Besuch einer Lernwerkstatt des Arbeitsmarkt Service (AMS) mit Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW und Anja Weber, DGB-Vorsitzende NRW
© DGB NRW/Norbert Wichmann

Die Einführung einer Ausbildungsgarantie auf Bundesebene bewertete der DGB als gewerkschaftlichen Erfolg. Die Umsetzung stellte sich jedoch als weitestgehend enttäuschend dar. Der DGB NRW unterstützte die gewerkschaftlichen Mitglieder in den Verwaltungsausschüssen der Agentur für Arbeit dabei, sich für die Schaffung von zusätzlichen außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen (BaE) einzusetzen. Allerdings nutzen nur wenige Agenturen in NRW die Ausbildungsgarantie.



Teilnehmer*innen der Podiumsdiskussion auf der Fachtagung in Düsseldorf am 26.06.24 // © Lisa Fuller



Die Mitglieder des Ausbildungskonsenses reisten 2024 nach Wien
© MAGS NRW/Axel Birkenkämper

Berufskollegs mit insgesamt 240 Ausbildungscoaches bzw. Übergangslotsen bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Der DGB NRW begrüßte die Fortsetzung des Programms ab 2025 für drei weitere Jahre. Kritisch bewertete der DGB NRW den zu geringen Umfang des Programms und seine zeitliche Befristung auf drei Jahre.

Delegationsreise nach Österreich lieferte neue Impulse für den Ausbildungskonsens in NRW

Im Rahmen des Ausbildungskonsenses reiste eine Delegation im Januar nach Österreich und schaute sich an, wie die Ausbildungsgarantie in Österreich umgesetzt wird. Die Reise lieferte wichtige Impulse für die Debatte um die Umsetzung der Ausbildungsgarantie auf Bundes- und Landesebene sowie im Hinblick auf die Weiterentwicklung des Ausbildungskonsenses. Das österreichische Ausbildungssystem ist dem deutschen System sehr ähnlich, allerdings haben wir in NRW lediglich eine Berufsschulpflicht für Jugendliche, die bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres keinen Ausbildungsplatz bekommen haben.

Dieses System führt zu Warteschleifen an den Berufskollegs, die für die jungen Menschen häufig im Nichts enden. Der DGB weist seit Jahren darauf hin, dass jeder fünfte junge Erwachsene in NRW keine Berufsausbildung hat, und fordert deshalb von den Arbeitgebern, mehr Ausbildungsangebote zu schaffen, die diese Warteschleifen ersetzen.

Ausbildungswege NRW und Übergangslotsen

Mit „Ausbildungswege NRW“ und „Übergangslotsen“ unterstützt die Landesregierung seit 2023 unversorgte, ausbildungsinteressierte junge Menschen und Schüler*innen im Übergangssystem an den

Praxistaugliche Gestaltung von „Kein Abschluss ohne Anschluss (KAOA)“

Grundlage für einen schnelleren Einstieg in die Ausbildung sollte eine gelungene Berufs- und Studienorientierung sein. Während des gesamten Berichtszeitraumes arbeitete der DGB NRW im Steuerungskreis KAOA und den dazugehörigen Arbeitsgruppen mit. Uns ging es darum zu verhindern, dass die Berufsorientierung zu einem reinen Rekrutierungsinstrument im Sinne der Arbeitgeber entwickelt wird. Es gelang uns, Themen, die aus gewerkschaftlicher Sicht vordringlich sind, im Steuerungskreis zu platzieren.

Schülerinnen- und Schülerdatenübermittlungsgesetz NRW

In seiner Stellungnahme begrüßte der DGB die überfällige Umsetzung einer landesgesetzlichen Regelung zur Übermittlung von Schülerinnen- und Schülerdaten am Übergang von der Schule in den Beruf. Die zusätzlich neu geschaffene Rückübermittlung der Daten bewerten wir aus gewerkschaftlicher Perspektive als Teilerfolg. Damit kommt die Landesregierung ihrem sich selbst gesetzten Ziel „Allen Jugendlichen ist die umfassende Möglichkeit zur Berufsausbildung zu sichern.“ (Landesverfassung Artikel 6 Abs. 3) einen Schritt näher. Das Gesetz wird sich allerdings daran messen lassen müssen, inwieweit die damit intendierte Zielsetzung erreicht werden kann.

Veranstaltung Ausbildungsgarantie jetzt! am 01.09.2022 in Gelsenkirchen

Am 01. September 2022 lud der DGB NRW gemeinsam mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege NRW zur Fachtagung „Ausbildungsgarantie: Damit niemand verloren geht – Junge Menschen brauchen eine Ausbildungsgarantie“ nach Gelsenkirchen ein. Im Fokus standen die Forderungen des DGB zur Ausbildungsgarantie und einer gesetzlichen Umlagefinanzierung. Rund 100 Teilnehmende diskutierten mit den Podiumsteilnehmer*innen Sonja Schmöckel, Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft (Österreich), Anja Weber, DGB-Bezirksvorsitzende, Christian Woltering, Freie Wohlfahrtspflege NRW, Clemens Wieland, Bertelsmann Stiftung, Frank Neises, Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) und Berthold Schröder, Präsident WHKT Düsseldorf.



Anja Weber auf der Fachtagung am 01.09.2022 in Gelsenkirchen
© Bernd Röttgers

Hochschule in gesellschaftlicher Verantwortung

Die Hochschularbeit des DGB NRW stand im Berichtszeitraum unter dem Oberthema „Hochschule in gesellschaftlicher Verantwortung“. Reformen des Landes, wie zuletzt mit dem Entwurf eines Hochschulstärkungsgesetzes im Oktober 2024, führten bislang nicht dazu, Fehlentwicklungen aus der Vergangenheit zu korrigieren. Der DGB NRW ist der Auffassung, dass öffentlich finanzierte Hochschulen Institutionen in öffentlicher und gesellschaftlicher Verantwortung sind und bleiben müssen. Die bereits

unter früheren Landesregierungen eingeführte Autonomie der Hochschulen hatte unter anderem zur Folge, dass die demokratischen Mitwirkungs- und Selbstverwaltungsmöglichkeiten der Beschäftigten an den Hochschulen wie auch der Studierenden beschnitten wurden. Solche Fehlentwicklungen begleitete und kritisierte der DGB NRW im Berichtszeitraum – unter anderem durch die Abgabe einer Stellungnahme zum Hochschulstärkungsgesetz.

Aus Sicht des DGB ist es notwendig, dass DGB und Gewerkschaften als gesellschaftlich relevante Gruppen in den Hochschulräten vertreten sind, um sowohl die Perspektive der Beschäftigten als auch die gesellschaftliche Verantwortung in die Beratungen und Beschlussfassungen einzubringen. Mitte 2022 waren von 30 Hochschulräten in Nordrhein-Westfalen nur elf mit Vertreter*innen von DGB und Gewerkschaften besetzt. Das gilt es auszubauen.

Der Landesrechnungshof NRW monierte im Jahr 2024 und 2025, dass bei den Hochschulen des Landes Rücklagen in erheblichem Umfang gebildet worden sind. Freies Eigenkapital und Rücklagen haben sich demnach im Zeitraum 2017 bis 2021 fast verdoppelt. Der Landesrechnungshof forderte die Landesregierung daraufhin u. a. auf, zusätzliche Mittel für die Hochschulen zu begrenzen und die Rücklagenbildung der Hochschulen einzuschränken. Vor diesem Hintergrund zeichnen sich erhebliche Kürzungen im Landeshaushalt für 2026 zu Lasten der Hochschulen ab, die einer Bewertung im Einzelfall bedürfen. Insbesondere sollten Hochschulen für angewandte Wissenschaft (HAW, früher Fachhochschulen) nicht schlechter gestellt werden als die Universitäten.

Seit Einführung des Vertrages über gute Beschäftigungsbedingungen für das Hochschulpersonal 2016 nehmen der DGB NRW und die zuständigen Gewerkschaften mit beratender Stimme an den Sitzungen der Ständigen Kommission zur Evaluierung und Fortentwicklung dieses Vertrages teil. Sie beraten die stimmberechtigten Mitglieder der Arbeitnehmer*innenbank. Völlig unakzeptabel ist es, dass in der jüngsten Sitzung im Juni 2025 die Vertreter*innen der Hochschulleitungen jegliche Weiterarbeit am Vertrag über gute Beschäftigungsbedingungen verweigerten mit Verweis auf die zu erwartenden Kürzungen im Haushalt des Landes NRW für das Jahr 2026.



Weiterbildung für alle! Jederzeit!

Ob Digitalisierung oder Klimaschutz: Unsere Arbeitswelt verändert sich. Wer sich weiterbildet, kann besser mithalten und fühlt sich den Herausforderungen gewachsen. Der DGB NRW ist zudem überzeugt, dass politische Bildung eine Voraussetzung für Demokratie ist – egal, ob es um Demokratie im Staat oder im Betrieb geht. Denn Demokratie setzt mündige Bürger*innen und bürgerschaftliches Engagement voraus. In Nordrhein-Westfalen bietet der DGB NRW mit folgenden Institutionen Weiterbildungsangebote an:

DGB-Bildungswerk NRW // Das DGB-Bildungswerk NRW ist der größte Anbieter politischer Bildung in Nordrhein-Westfalen. Bis zu 25.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Mitglieder von Betriebs- oder Personalräten, Mitarbeiter-, Jugend- und Auszubildenden- oder Schwerbehindertenvertretungen nehmen jedes Jahr an den Seminaren teil. 70 hauptamtliche Beschäftigte halten das Bildungswerk am Laufen.

Arbeit und Leben NRW // Arbeit und Leben ist die Weiterbildungseinrichtung in gemeinsamer Trägerschaft des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Volkshochschulen in Nordrhein-Westfalen. Neben

der Landesarbeitsgemeinschaft mit Sitz in Düsseldorf ist Arbeit und Leben NRW mit rund 40 örtlichen Arbeitsgemeinschaften in allen Regionen Nordrhein-Westfalens aktiv. Für Betriebsräte, Schwerbehindertenvertretungen, Jugendliche und junge Erwachsene, Arbeitnehmer*innen und Rentner*innen stehen vielfältige Seminare, Tagungen und Workshops im Programm.

DGB-Jugendbildung NRW // Die DGB-Jugend NRW bietet im Jugendbildungszentrum Hattingen Seminare für Jugendliche und junge Erwachsene an. Neben politischer Bildung gibt es spezielle Angebote für Multiplikator*innen sowie zur Erweiterung persönlicher Kompetenzen.

Technologieberatungsstelle NRW (TBS NRW)

Die TBS NRW wird von den Gewerkschaften in NRW sowie dem Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales getragen. Ihr Ziel ist die Gestaltung und Förderung eines arbeitsorientierten und sozialverträglichen Strukturwandels in NRW. Dazu unterstützt die TBS Betriebs- und Personalräte sowie Mitarbeiter-Vertretungen und Beschäftigte, sich aktiv in betriebliche Umgestaltungs-Prozesse einzubringen. Sie ist Expertin in den Themen EDV, Arbeitsorganisation, Ökonomie und Gesundheit. Ihr Angebot gilt flächendeckend und branchenübergreifend in NRW.

Weiterbildung stärken!

Weiterbildung ist heute mehr denn je gefordert, einen dauerhaften Beitrag für eine offene, demokratische und solidarische Gesellschaft zu leisten. Alle Menschen sollen ihr Leben eigenverantwortlich gestalten und sich aktiv in die Gesellschaft einbringen können. Die Angebote der gemeinwohlorientierten Weiterbildung sind notwendige Voraussetzung und zentraler Baustein, um auf neue Herausforderungen zu reagieren. Sie ist kein „nice to have“, sondern ein „need to have“ und muss als gleichberechtigte vierte Säule des Bildungssystems verstanden und ausgestattet werden. Gerade die politische Weiterbildung leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Stärkung der Demokratie und im Kampf gegen extremistische und menschenverachtende Tendenzen. Im Bereich der Förderung der Weiterbildung kritisierte der DGB im Rahmen der Haushaltsplanung für das Jahr 2025, dass die strukturelle Unterfinanzierung perspektivisch nicht bereinigt wird.

Zudem setzte sich der DGB durch seine Beteiligung im Landesweiterbildungsrat dafür ein, die gemeinwohlorientierte Weiterbildung zukunftsorientiert auszurichten, sie zu stärken und ihre Leistungen öffentlich sichtbar zu machen. Diese Beteiligung wird der DGB fortsetzen, denn nach wie vor gibt es in der Weiterbildungslandschaft unbeantwortete förderrechtliche Fragestellungen, insbesondere zur Entwicklungspauschale.

Sonja Kawlath

**Abteilungsleiterin
Bildungspolitik**

(bis 06/2024
Norbert Wichmann)

Ansprechpartner
Hochschulen:
Marc Neumann



Öffentlicher Dienst, Haushaltspolitik und Wohnen: Gemeinsam für einen starken und handlungsfähigen Staat

Öffentlicher Dienst und Beamtenpolitik: Mitbestimmen und gestalten

Der DGB NRW trägt als Dachverband der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes GdP, GEW, IG Bau, IGBCE und ver.di und als beamtenrechtliche Spitzenorganisation eine besondere Verantwortung für die Belange der Beamt*innen und Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Er setzt sich engagiert für faire, sichere und attraktive Arbeitsbedingungen ein und vertritt die Interessen auf politischer Ebene.

Dies umfasst insbesondere die Wahrnehmung des sogenannten Beteiligungsrechts bei der Ausarbeitung von Gesetzen und Verordnungen, die die beamtenrechtlichen Verhältnisse betreffen. Denn Beamt*innen stehen in einem besonderen Rechtsverhältnis. Um die Handlungsfähigkeit des Staates zu gewährleisten und Stabilität zu sichern, ist ihre grundrechtlich verankerte Koalitionsfreiheit eingeschränkt. Im Gegensatz zu Tarifbeschäftigten können sie ihre Arbeits- und Einkommensbedingungen nicht selbstständig durch Tarifverträge regeln und unterliegen bislang einem Streikverbot. Stattdessen werden ihre Rechte und Pflichten durch den Landes- und Bundesgesetzgeber einseitig festgelegt. Als Ausgleich für diese Einschränkungen schreibt § 53 Beamtenstatusgesetz in Verbindung mit § 93 Landesbeamtengesetz NRW vor, dass die beamtenrechtlichen Spitzenorganisationen an der Vorbereitung entsprechender Vorschriften beteiligt werden müssen. Die zentrale Aufgabe des DGB NRW in dieser Funktion ist es, dieses Beteiligungsrecht aktiv auszuüben und so die inhaltliche Gestaltung beamtenrechtlicher Vorschriften im Sinne der verbeamteten Beschäftigten zu beeinflussen und mitzugestalten.

Unter die beteiligungspflichtigen beamtenrechtlichen Regelungen auf der Landesebene fallen seit der Föderalismusreform unter anderem das Laufbahnrecht, das Besoldungsrecht sowie das Versorgungs- und Beihilferecht. Ebenso zählen das Disziplinar- und Personalvertretungsrecht für die Beamt*innen und die Beschäftigten des Landes und der Kommunen dazu. Während des Berichtszeitraums nahm der DGB NRW gemeinsam mit seinen Mitgliedsgewerkschaften des öffentlichen Dienstes mehr als 70 Entwürfe von Gesetzen, Verordnungen oder Richtlinien, die von der Landesregierung, den Ministerien oder dem Landtag vorgelegt wurden, kritisch unter die Lupe. In schriftlichen Stellungnahmen wurden Anmerkungen, Verbesserungsvorschläge aber auch Kritik formuliert. Darüber hinaus erfolgte der direkte Austausch mit Ministerien, Vertreter*innen aus der Politik und die Teilnahme an Anhörungen im Landtag, um die Interessen der Beamt*innen und Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu vertreten.

Gesetzgebungsverfahren, an denen der DGB u. a. beteiligt wurde

- Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2022/2023
- Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2024/2025
- Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung einer einmaligen Corona-Sonderzahlung aus Anlass der COVID-19-Pandemie 2022
- Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Alimentation von Familien sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften 2022
- Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung des Pensionsfonds des Landes Nordrhein-Westfalen 2023
- Gesetzentwurf zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes 2023
- Gesetz zur Modernisierung des öffentlichen Dienstes in Nordrhein-Westfalen NRW – Laufbahnrecht 2025
- Gesetz über die Gewährung eines Anwärtersonderzuschlags für Laufbahnbewerberinnen und Laufbahnbewerber des feuerwehrtechnischen Dienstes in den Gemeinden und Gemeindeverbänden in Nordrhein-Westfalen 2025



Neben der beamtenrechtlichen Beteiligung setzte sich der DGB NRW gemeinsam mit den Gewerkschaften auch durch klassische Lobbyarbeit für die Interessen der Beschäftigten ein. Im Austausch mit Landtagsabgeordneten, der Landesregierung und der Öffentlichkeit wurden verschiedene Themen adressiert und gewerkschaftliche Forderungen platziert. Als Dachverband der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes widmete der DGB NRW sich zudem Fragestellungen, die über beamtenrechtliche hinausgehen, etwa dem Personalvertretungsrecht, dem Gesundheitsschutz, der Personalausstattung und dem digitalen Wandel im öffentlichen Dienst. Die voranschreitende Digitalisierung und die Etablierung von künstlicher Intelligenz gewannen dabei immer mehr an Bedeutung.

Durch Veröffentlichungen und Veranstaltungen informierte der DGB gezielt über aktuelle Entwicklungen in der Beamtenpolitik und im öffentlichen Dienst. Auch die Mitwirkung und landesweite Koordination der Arbeitsgruppe „Öffentlicher Dienst“ (kurz: AG ÖDB), die 2008 durch einen Beschluss des Bezirksvorstands eingerichtet worden war, stellte die Abstimmung und den Austausch mit Vertreter*innen der Mitgliedsgewerkschaften sicher. Die Arbeitsgruppe förderte die Vernetzung und Gestaltung von Forderungen, die für den Bezirksvorstand vor- und aufbereitet wurden.

Auf der Bundesebene tauschte sich die Abteilung öffentlicher Dienst und Beamtenpolitik in regelmäßigen Abständen mit der zuständigen Abteilung des DGB-Bund und den jeweiligen Kolleg*innen aus den Fachabteilungen der DGB-Bezirke aus. Trotz der Föderalismusreform aus dem Jahr 2006, wonach Beamtenpolitik und das Dienstrecht Ländersache sind, ermöglicht der Austausch auf Bundesebene eine frühzeitige Erkennung von Trends und Entwicklungen in der Beamtenpolitik.

Umgang mit der Corona-Pandemie und ihren Folgen

Durch die Corona-Pandemie und den Angriff Russlands auf die Ukraine 2022 ergaben sich zu Beginn des Berichtzeitraumes unmittelbare Auswirkungen auf den öffentlichen Dienst, auf die der DGB dynamisch reagieren musste. Das umfasste spezifische Themen, wie die Forderung nach einer Inflationsausgleichsprämie, die politisch platziert wurde. Außerdem wurde im Jahr 2022 die Regelung für zusätzliche Kinderbetreuungstage für Beamt*innen aufgrund des coronabedingten erhöhten Betreuungsbedarfs bis ins Jahr 2023 hinein verlängert. Auch die Regelung des neu gefassten § 59 Abs. 1 des Infektionsschutzgesetzes des Bundes wurde für Beamt*innen im Land NRW übernommen. Dadurch konnte sichergestellt werden, dass Erholungsurlaub, der in eine Quarantänezeit fiel, nicht auf den Jahresurlaub angerechnet wurde.

Während in der Pandemie flexiblere Arbeitsmodelle wie mobiles Arbeiten in den Behörden ausgebaut wurden, zeichnete sich zuletzt der Trend ab, wieder verstärkt auf Büropräsenz zu setzen. Der DGB forderte gemeinsam mit seinen Mitgliedsgewerkschaften die Etablierung von New Work-Arbeitsmodellen, die auf eine Verbesserung der Work-Life-Balance und auf eine Flexibilisierung der Arbeitsweise und vor allem Arbeitsumgebungen im Sinne der Beschäftigten setzen. Es gelang, diese Forderungen im Rahmen der Modernisierungsoffensive zu platzieren und sie als Handlungsempfehlung der Landesregierung vorzulegen.

Politische Anliegen bewusst platzieren

In den vergangenen vier Jahren führte der DGB zahlreiche Gespräche mit Vertreter*innen aus Politik und Ministerien, um beamtenpolitische Anliegen zu adressieren. Beispielhaft sei hier das Treffen mit dem nordrhein-westfälischen Finanzminister Dr. Marcus Optendrenk am 20. Januar 2023 genannt. Im Rahmen dieses Austausches kritisierte der DGB das Krisenpaket der Landesregierung und

forderte dessen Ergänzung um eine Inflationsausgleichsprämie als Reaktion auf die gestiegenen Lebenshaltungskosten.

Im Gespräch erläuterte der DGB, dass eine leistungsfähige Gesellschaft nur möglich sei, wenn Investitionen in Infrastruktur, Bildung und einen zukunfts-festen öffentlichen Dienst getätigt würden, da der öffentliche Dienst eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung von Verteilungsgerechtigkeit und Zukunftsthemen spiele. Die überlange Wochenarbeitszeit der Beamt*innen ist zum Beispiel ein entscheidendes Hindernis bei der Besetzung der offenen Stellen im öffentlichen Dienst und bei der Bindung von Bestandsbeschäftigten.

Mit seiner Kampagne: „Vergiss nicht, hier arbeitet ein Mensch“ setzte der DGB NRW ein wichtiges Zeichen für mehr Sicherheit für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Mit einer gelungenen Tagesausstellung im Landtag am 31.03.2023 wurde direkt im Herzen der NRW-Landespolitik darauf aufmerksam gemacht, dass immer noch zu viele Beschäftigte des öffentlichen Dienstes bei der Ausübung ihres Amtes Gewalt ausgesetzt sind und mit Beschimpfungen und Behinderungen konfrontiert werden. Eindrucksvoll war vor allem der Austausch mit den „Testimonials“ aus der DGB-Region Ostwestfalen-Lippe, die hautnah von ihren eigenen Erfahrungen berichteten. Alle demokratischen Fraktionen des Landtags zeigten reges Interesse und stellten sich für eine Fotoaktion zur Verfügung. Auch die Presse griff die Ausstellung auf und würdigte sie mit einem Fernseh-Beitrag.



Tagesausstellung der Initiative „Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch“ am 31. März 2023 im Landtag // © DGB NRW/Jonas Banken-Blumenthal

Dauerbrenner: Amtsangemessene Besoldung

Die Frage der amtsangemessenen Besoldung und Versorgung hat die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im DGB NRW auch im Berichtszeitraum intensiv beschäftigt. In den letzten Jahren standen die Gewerkschaften vor der Herausforderung, notwendige Verbesserungen in der Besoldung durchzusetzen und eine verfassungsgemäße Lösung für alle Beamt*innen in Nordrhein-Westfalen zu erreichen.

Bereits in den Jahren zuvor zeichnete sich ab, dass die Besoldung nicht in allen Fällen den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts entsprach. Der DGB NRW beauftragte eine gutachterliche Überprüfung, die erhebliche Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der Besoldung bestätigte. Auch die Neuregelung des Familienzuschlages kritisierte der DGB in einer Stellungnahme deutlich: Die Kopplung an die Mietenstufe des Wohnortes führt aus gewerkschaftlicher Sicht zu Ungerechtigkeiten unter den Beamt*innen. Zudem bemängelte der DGB die Intransparenz und Bürokratie der neuen Regelung sowie das fehlende Vertrauen in die Umsetzung.

Der DGB setzte sich gemeinsam mit den Mitgliedsgewerkschaften geschlossen für spürbare Verbesserungen ein und forderte die Landesregierung immer wieder zu Nachbesserungen der Alimentation auf. Es wurde deutlich kommuniziert, dass eine angemessene Besoldung nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit ist, sondern auch eine Voraussetzung, um qualifizierte Fachkräfte für den öffentlichen Dienst zu gewinnen und zu halten.

Zwar nahm der Gesetzgeber in NRW in den Jahren 2022 bis 2025 Anpassungen an der Besoldung vor, doch bleibt unklar, ob diese Maßnahmen tatsächlich ausreichen, um die verfassungsrechtlichen Anforderungen vollständig zu erfüllen. Besonders die neue Berechnungsmethode mit einem fiktiven Partner-einkommen, die in diesem Zusammenhang diskutiert wurde und seit 2024 Bestandteil der Besoldung ist, wirft weitere Fragen auf. Noch ist nicht absehbar, wie sich diese Neuregelung in der Praxis auswirken wird und ob sie den Vorgaben des Landesverfassungsgerichts standhält.

Um die Rechte ihrer Mitglieder zu wahren, empfehlen die DGB-Gewerkschaften daher auch in den Jahren des Berichtszeitraumes vorsorglich, Widerspruch gegen die Besoldung oder Versorgung einzulegen und einen Antrag auf amtsangemessene Alimentation zu stellen. Dies ist notwendig, da nur durch solche Anträge individuelle Ansprüche gesichert werden können, bis eine endgültige rechtliche Klärung erfolgt.

Ein besonders kritischer Punkt im Zeitraum des Geschäftsberichts war, dass die Landesregierung NRW für das Besoldungsjahr 2022 erstmals von der bisherigen Praxis abwich, Musterverfahren für die amtsangemessene Besoldung zu vereinbaren. In der Vergangenheit wurden in Absprache mit den Gewerkschaften einzelne Musterverfahren geführt, um eine einheitliche gerichtliche Klärung herbeizuführen und eine Flut individueller Klagen zu vermeiden. Doch diese erprobte und faire Vorgehensweise wurde von der Landesregierung nicht fortgeführt. Stattdessen waren betroffene Beamt*innen gezwungen, eigenständig den Klageweg zu beschreiten – eine zusätzliche Belastung für die Betroffenen und eine Erschwernis für eine zügige rechtliche Klärung.

Um eine Welle an Einzelklagen zu vermeiden, forderte der DGB die Landesregierung mehrfach auf, die eingereichten Widersprüche ruhend zu stellen. Diese Lösung hätte Zeit für eine einheitliche und faire Regelung geschaffen, ohne die betroffenen Beamt*innen unter Druck zu setzen. Doch die Landesregierung lehnte dies ab und legte stattdessen eigene Berechnungen vor, die die Amtsangemessenheit der Besoldung belegen sollten. Dies führte dazu, dass einzelne Beamt*innen gezwungen waren, individuell zu klagen – eine Situation, die sowohl für die Betroffenen als auch für die Gewerkschaften eine Belastung darstellte.

Letztlich stellte sich heraus, dass die versendeten Bescheide des Finanzministeriums überwiegend fehlerhaft waren, wodurch sich die Klagefrist auf ein Jahr ab Zustellung des jeweiligen Bescheids verlängerte. Bis eine endgültige Rechtsprechung vorliegt, wird viel Zeit verstreichen. Nicht zuletzt, weil die zuständigen Gerichte überlastet sind.

Der DGB wird den Prozess weiterhin begleiten und sich mit seinen Mitgliedsgewerkschaften darüber hinaus dafür einsetzen, dass Beamt*innen in Nordrhein-Westfalen eine Besoldung erhalten, die nicht nur rechnerisch amtsangemessen ist, sondern auch den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts gerecht wird. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass nur durch beharrlichen gewerkschaftlichen Einsatz wirkliche Verbesserungen erzielt werden können.

Damit der Traum vom Beruf nicht platzt!

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen werden immer mehr herausgefordert. Während die Anforderungen kontinuierlich steigen, bleiben viele Stellen unbesetzt, was zu einer noch höheren Belastung der Beschäftigten führt. Nachwuchs- und Fachkräftemangel gefährden zunehmend die Handlungsfähigkeit von Land und Kommunen. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken und die öffentliche Aufmerksamkeit auf das Problem zu lenken, adaptierte der DGB NRW gemeinsam mit seinen Mitgliedsgewerkschaften die Kampagne „Damit der Traum vom Beruf nicht platzt!“ aus Rheinland-Pfalz und setzt sie in NRW um.

Die Kampagne macht deutlich, dass sich viele junge Menschen, obwohl sie sich im Kindesalter für Berufe bei der Feuerwehr, Polizei oder im Schulbereich begeistern, später gegen eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst entscheiden. Grund dafür sind unattraktive Rahmenbedingungen: Von stagnierender Bezahlung über mangelnde Entwicklungsperspektiven bis hin zu hoher Arbeitsbelastung und fehlender Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Damit einher geht auch die Gefahr, das vorhandene Bestandspersonal zu verlieren, das vielerorts bereits seit Jahren unter schwierigen Bedingungen arbeitet. In Nordrhein-Westfalen machte der DGB die Kampagne über verschiedene Kommunikationskanäle sichtbar. Neben der Verbreitung über Social Media kamen insbesondere Flyer, Roll-Ups und Banner zum Einsatz. Ziel war es, auf breiter Ebene Bewusstsein für die Herausforderungen im öffentlichen Dienst zu schaffen und für konkrete Verbesserungen zu werben.

Die gewerkschaftlichen Forderungen reichen hierbei von besserer Bezahlung und modernen Arbeitszeitmodellen, über gezielte Gesundheitsprävention bis hin zur Stärkung von Vielfalt, Digitalisierung und beruflicher Entwicklung. Zum traurigen 20-jährigen „Jubiläum“ der 41-Stunden-Woche organisierte der



Plakat // © DGB NRW

DGB NRW zudem im Juni 2023 eine gelungene Protestaktion vor der Staatskanzlei. Mit den Mitglieds- gewerkschaften des öffentlichen Dienstes wurde auch dank eines engagierten Seifenblasenkünstlers ein sichtbares und starkes Zeichen gesetzt. Neben

den Vorsitzenden des DGB, der GEW, GdP und ver. di sowie zahlreichen Mitgliedern, nahmen ebenfalls Vertreter*innen aus den Landtagsfraktionen der SPD und der Grünen teil. Auch medial wurde die Ak- tion unter anderem vom WDR aufgegriffen.



Protestaktion vor der Staatskanzlei. Die 4 muss weg, damit der Traum vom Beruf nicht platzt! // © Bernd Röttgers



Auftakttreffen zur Modernisierungsoffensive am 28.08.2023. In der ersten Reihe v. l. n. r.: Anja Weber, Michael Mertens, Frank Bethke und Ayla Çelik
© DGB NRW

Modernisierungsoffensive

Im Berichtszeitraum beteiligte sich der DGB NRW aktiv an der im Koalitionsvertrag angekündigten Modernisierungsoffensive der schwarz-grünen Landesregierung. Am 28.08.2023 fand auf Einladung des Innenministeriums und Finanzministeriums ein Auftakttreffen gemeinsam mit dem DBB und dem DRB statt. Ergebnis des Austausches war die Verabredung von Werkstattgesprächen zu einzelnen Fokusthemen. Insgesamt zehn Werkstattgespräche haben seitdem bis zum Sommer 2025 stattgefunden. Mit unterschiedlichem Fokus wurden gewerkschaftliche Forderungen auf der Arbeitsebene sondiert und diskutiert und durch die federführenden Ministerien bepreist. Die herausgearbeiteten Ergebnisse wurden der Landesregierung zur Entscheidung vorgelegt. Themenschwerpunkte waren unter anderem Arbeitszeit, New Work, Zulagenwesen, Stellenobergrenzen und Altersgeld.

Der DGB NRW machte in dem Prozess von vornherein deutlich, dass eine wirksame Modernisierung des öffentlichen Dienstes nicht ohne zusätzliche Haushaltsmittel möglich ist. Das hier nicht genug investiert wird, hat auch der Haushaltsplan für das

Haushaltsjahr 2024 gezeigt. In einer Anhörung am 17. Oktober 2023 zum NRW-Personaletat im Landtag positionierte sich der DGB NRW gemeinsam mit den Vorsitzenden der GdP und der GEW klar: Arbeitszeit runter, Zulagen rauf! Auch über die Landesverwaltung hinaus muss die Landesregierung für andere Bereiche des öffentlichen Dienstes Verantwortung übernehmen. Träger von Kitas müssen bedarfsgerecht ausgestattet und Kommunen wieder handlungsfähig werden.

Dass die Landesregierung erkannt hat, dass der öffentliche Dienst leistungsfähig bleiben muss und es hierzu konkreter Maßnahmen bedarf, ist unstrittig. Doch in den Jahren des vorliegenden Geschäftsberichts wurde der DGB NRW allzu häufig mit Vorhaben konfrontiert, die die falschen Ansätze verfolgten. So auch der Plan, die Altersgrenze für die Feuerwehr von 60 auf 62 Jahre anzuheben. Begründet wurde die geplante Anhebung mit dem Fachkräftemangel und der demografischen Entwicklung. Der DGB NRW wies darauf hin, dass eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit kein geeignetes Mittel ist, um den benannten Herausforderungen zu

begegnen. Im Gegenteil: Sie wirkt kontraproduktiv, da sie Feuerwehrleute zusätzlich belastet. Feuerwehrleute sind im Berufsalltag extremen körperlichen und psychischen Belastungen ausgesetzt. Ab dem 55. Lebensjahr steigen die Krankenquoten und Krankheitszeiten deutlich an. Eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit würde daher nicht zu einer längeren Verfügbarkeit der Einsatzkräfte führen, sondern könnte vielmehr die Personalprobleme verschärfen, da Stellen nicht rechtzeitig zur Wiederbesetzung frei werden. Dieser Einwand fand in der Landesregierung jedoch keine Zustimmung.

Deshalb wurde Ende Oktober 2023 eine gemeinsame 24-stündige Mahnwache vor dem Landtag organisiert, an der sich die DGB-Familie beteiligte. Nach erheblichem Protest von Gewerkschaften, Sachverständigen und Feuerwehrleuten wurde die Altersgrenze als „Kompromiss“ auf 61 Jahre erhöht. Die Diskussion ist jedoch nicht abgeschlossen. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern eine Evaluation der Maßnahme und bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung, um die Attraktivität des Berufs zu sichern.



Starkes Signal: Demonstrant*innen bei der Tarifdemo // © Nina Rieger

TV-L-Tarifrunde 2023: Ein starkes Signal der DGB-Gewerkschaften in NRW

Die Tarifrunde 2023 für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) in Potsdam war geprägt von hoher Inflation, Personalengpässen und wachsender Unzufriedenheit. Die DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes forderten eine Erhöhung der Einkommen um 10,5 %, mindestens jedoch 500 Euro monatlich, sowie 250 Euro mehr für Auszubildende. Die Forderungen zielten auf spürbare Entlastung und mehr Attraktivität im öffentlichen Dienst.

In Nordrhein-Westfalen zeigte sich eine besonders hohe Beteiligung an Warnstreiks – vor allem im Schulbereich, in Hochschulen, bei den Unikliniken und im technischen Landesdienst. Die Beschäftigten setzten ein klares Zeichen: Es reicht nicht mehr, nur über Wertschätzung zu sprechen – faire Bezahlung ist nötig. Anja Weber, Vorsitzende des DGB NRW, betonte: „Die Menschen im öffentlichen Dienst erwarten mehr als Dankesworte – sie brauchen verlässliche Perspektiven und bessere Bedingungen.“ An der zentralen Kundgebung in Düsseldorf am 05.12.2023 beteiligten sich 15.000 Menschen. Das waren dreimal so viele wie erwartet! Die Verhandlungsführer*innen der Arbeitnehmerseite erfuhren zudem große



Ministerpräsident Hendrik Wüst, die stellvertretende Ministerpräsidentin Mona Neubaur, Minister der Finanzen Dr. Marcus Optendrenk sowie Minister und Chef der Staatskanzlei Nathanael Liminski in einer weiteren Gesprächsrunde mit Vertretern von DGB, DBB und DRB bei der Verkündung der Ergebnisse der Besoldungsgespräche am 22.03.2024 // © Land NRW/Martin Götz

auf die Landesbeamt*innen – als Ausdruck der Gleichbehandlung und Anerkennung. Bereits in einem ersten Besoldungsgespräch am 12.12.2023 sagte die Landesregierung dem DGB die 1:1 Übertragung des Tarifergebnisses auf Kommunal- und Landesbeamt*innen zu.

Sachverstand und Einflussnahme: Gewerkschaftliche Beteiligung im Gesetzgebungsprozess

Der DGB NRW brachte sich gemeinsam mit seinen Mitgliedsgewerkschaften im Geschäftszeitraum regelmäßig in parlamentarische Anhörungen ein, um die Interessen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst wirkungsvoll zu vertreten. Ein zentrales Beispiel im Berichtszeitraum war die Anhörung zur geplanten Überarbeitung des Laufbahnrechts im Landtag NRW. Diese fand am 10. April 2025 statt.

Die gewerkschaftliche Stellungnahme wurde in enger Abstimmung zwischen dem DGB NRW und den Mitgliedsgewerkschaften erarbeitet. Ziel war es, Verbesserungen bei der Anerkennung von Berufserfahrung, bei der Durchlässigkeit im System sowie bei Beförderungsperspektiven zu erreichen. Gleichzeitig nutzten die Gewerkschaften die Anhörung, um deutlich auf bestehende Leerstellen im Gesetzentwurf hinzuweisen.

Im Rahmen der Anhörung und begleitender Gespräche mit Vertreter*innen der demokratischen Fraktionen – insbesondere SPD und CDU – erinnerte der DGB NRW auch an nicht eingelöste Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag. So wurde der Appell erneuert, die Einführung einer Wahlmöglichkeit der pauschalen Beihilfe als alternative Absicherungsmöglichkeit im Krankheitsfall für Beamt*innen endlich umzusetzen. Diese Forderung zielt auf Wahlfreiheit und Gleichbehandlung: Die pauschale Beihilfe erlaubt es Beamt*innen, sich gesetzlich zu versichern und dabei vom Dienstherrn einen Arbeitgeberschutz zu erhalten – analog zur Regelung für Angestellte. Mehrere Bundesländer haben dieses Modell bereits eingeführt. Die Landesregierung NRW hingegen verweist bislang auf finanzielle Hürden und



Antrittsbesuch der neuen Abteilungsleiterin des DGB NRW bei der GdP. V. l. n. r.: Anja Weber, Nina Rieger, Mecky Mertens // © Imsel Bakir

Wertschätzung durch Mitglieder der DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Diensts aus NRW, die extra für die dritte Verhandlungsrunde nach Potsdam anreisen und sie mit einer Demonstration vor dem Kongresshotel vor Ort tatkräftig unterstützten.

Das Ergebnis, das Ende 2023 erreicht wurde, umfasste eine Inflationsausgleichszahlung von 1.800 Euro im Dezember 2023 sowie zehn weitere Zahlungen à 120 Euro von Januar bis Oktober 2024. Ab November 2024 stiegen die Gehälter dauerhaft um 200 Euro plus 5,5 % ab 01.02.2025, bei einem Mindestbetrag von 340 Euro. Die Laufzeit betrug 25 Monate. Der Abschluss brachte finanzielle Entlastung, blieb jedoch hinter den Erwartungen vieler Beschäftigter zurück – auch, weil dauerhafte Verbesserungen erst spät einsetzten. Umso wichtiger war die hohe Mobilisierung der DGB-Gewerkschaften in NRW. Sie haben deutlich gemacht: Der öffentliche Dienst braucht Investitionen in gute Arbeit – nicht nur kurzfristig, sondern dauerhaft. Der DGB NRW forderte eine vollständige Übertragung des Tarifergebnisses

bleibt damit hinter dem Koalitionsversprechen zurück. Aus Sicht des DGB ist dies weder gerecht noch zukunftsfähig. Die Teilnahme an Anhörungen und politische Gespräche bleiben für den DGB NRW und seine Mitgliedsgewerkschaften zentrale Hebel, um Beschäftigteninteressen in Gesetzgebungsverfahren einzubringen und Einfluss auf Rahmenbedingungen im öffentlichen Dienst zu nehmen.



Regelmäßige Publikationen der Abteilung öffentlicher Dienst

sind die aktuelle Besoldungstabelle und das Landespersonalvertretungsgesetz NRW. Beides wird nach wesentlichen Änderungen, zum Beispiel nach der Besoldungsrunde, aufbereitet und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im DGB NRW digital und gedruckt zur Verfügung gestellt.



Die Aktuelle DGB-Besoldungstabelle gibt Auskunft wie viel Beamt*innen in NRW verdienen © Titelfoto iStock/Alihan Usullu



DGB-Broschüre zum Personalvertretungsrecht für die Unterstützung der Arbeit von Personal- und Lehrerräten // © DGB NRW



Haushaltspolitik: Investieren jetzt!

Im Zuge der multiplen Krisen (Covid-Pandemie, Angriffskrieg gegen die Ukraine, Inflation, Energiekrise) und weiteren Herausforderungen (insbesondere Transformation und Klimaschutz) stand und steht das Land Nordrhein-Westfalen finanzpolitisch vor enormen Herausforderungen, die mit einem „Weiter so“ nicht lösbar sind. Das gilt insbesondere für die auch noch im Berichtszeitraum vielfach beschworene „Schwarze Null“, für das Festhalten an der Schuldenbremse, die sich als Zukunfts- und Investitionsbremse erwiesen hat, und für die zunächst noch zögerlich angegangene Lösung der Altschuldenregelung für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Erst Anfang 2025 kam Bewegung in die Finanzpolitik: Mit der Grundgesetzänderung auf Bundesebene, einer möglichen nachhaltigen Reform der Schuldenbremse, dem Investitionssofortprogramm („Investitions-Booster“) und dem Sondervermögen Infrastruktur war erstmals ein Sinneswandel der politisch Verantwortlichen wahrnehmbar. Nicht mehr die sklavische Einhaltung der Schuldenbremse und das Festhalten an der „Schwarzen Null“ stehen seitdem ganz oben auf der politischen Agenda. Es scheint nun endlich

Bewusstsein dafür zu entstehen, dass mit der bisherigen Politik die Zukunftsherausforderungen nicht zu bewältigen sind. Auch der Verschuldungsspielraum für die Bundesländer wurde moderat erhöht. In Nordrhein-Westfalen zeichneten sich erste Schritte in Richtung Entlastung der Städte und Gemeinden von ihren Altschulden ab.

Aus Sicht des DGB NRW ist klar: Gerade in einer Zeit, in der die Demokratie insbesondere von der extremen Rechten und Verschwörungstheoretiker*innen unter Dauerbeschuss steht, muss das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates gestärkt werden. Die Menschen müssen erleben, dass sich die Bedingungen zum Besseren ändern. Wer aber täglich im Stau steht, weite Umwege wegen kaputter Brücken fahren muss, auf unzuverlässige Bahnen und Busse angewiesen ist oder seine Kinder in marode Schulgebäude schicken muss, bekommt womöglich Zweifel an der Handlungsfähigkeit von Bund, Ländern und Kommunen. Es bleibt eine dringende Aufgabe für Politik in Land und Bund, sich dieser Herausforderung zu stellen und unser Land zukunftsfähig aufzustellen.

Stellungnahmen zu den Haushalten

In den Haushaltsplänen des Landes und der mittelfristigen Finanzplanung blieb im Berichtszeitraum die dringend notwendige Neuausrichtung der Finanzpolitik weitestgehend aus. Es wurde noch nicht einmal ausreichend investiert, um wenigstens die (desolate) Substanz zu erhalten. Daneben blieben zentrale Herausforderungen wie auskömmliche Investitionen in Bildung und in ausreichend Personal mit guten Beschäftigungsbedingungen im öffentlichen Dienst bestehen. Aus diesem Grund forderte der DGB NRW in sämtlichen Stellungnahmen zur Haushaltsgesetzgebung in den vergangenen vier Jahren, bereits vorhandene rechtlich zulässige Spielräume stärker zu nutzen und gleichzeitig die Einnahmeseite des Staates in den Blick zu nehmen. Hierzu hatte der DGB-Bundesvorstand bereits im Jahr 2021 ein umfangreiches Steuerkonzept vorgelegt und in den Folgejahren fortgeschrieben.

Im Haushalt für das Jahr 2025 sah die Landesregierung zudem erhebliche Kürzungen bei den Ausgaben für Soziales vor. Größere Einschnitte sollte es auch bei der Technologieberatungsstelle NRW (TBS) geben. Der DGB NRW stellte sich dagegen und unterstützte einen Demonstrationsaufruf der Sozialverbände, dem am 13.11.2024 über 30.000 Menschen folgten. Die DGB-Vorsitzende Anja Weber hielt eine viel beachtete und in der Presse zitierte Rede auf den Rheinwiesen in Düsseldorf. In Folge der Proteste mil-

lerterten die Regierungsfractionen die geplanten Kürzungen deutlich ab. Bereits ab September 2024 hatte der DGB NRW eine Postkartenaktion an die Vorsitzenden der demokratischen Fraktionen im Deutschen Bundestag gestartet, mit der der Bund aufgefordert wurde, die



Mehr als 50.000 Postkarten wurden verteilt
© DGB NRW

Kommunen von ihren drückenden Altschulden zu befreien und dem Vorbild mehrerer Bundesländer zu folgen. Mehr als 50.000 Postkarten wurden insgesamt versendet. Einige Sozialverbände und Kirchen übernahmen die Aktion. Die Versandaktion lief bis zum Bruch der rot-gelb-grünen Koalition („Ampel“) im Bund.

Studien zeigen hohen Investitionsbedarf in NRW auf

In den Jahren 2023, 2024 und 2025 beauftragte der DGB NRW die Forschungsgruppe für Strukturwandel und Finanzpolitik, eine Studie zu den öffentlichen Investitionen in Nordrhein-Westfalen vorzulegen. In der Ursprungsfassung vom September 2023 wiesen die Forscher*innen auf knapp 100 Seiten auf die wunden Punkte der Finanzpolitik im bevölkerungsreichsten Bundesland hin und zeigten zugleich Lösungsmöglichkeiten auf, die selbst unter den Maßgaben der seinerzeit gültigen Schuldenbremse und den Vorgaben der Landesverfassung erhebliche Investitionsmöglichkeiten eröffnet hätten. Insgesamt, so das Fazit der Forschungsgruppe, fehle es an 156 Milliarden Euro für den Zeitraum der kommenden zehn Jahre. Das Geld werde für Infrastruktur, Bildung, Klimaschutz, Wohnungen in der Sozialbindung und Gesundheitsversorgung benötigt. Die Studie wurde den Haushalts-Expert*innen der Landtagsfraktionen bei einem Parlamentarischen Frühstück und anschließend in der Landespressekonferenz NRW vorgestellt. Sie fand große Beachtung und erfuhr eine gute Medienresonanz.



Landespressekonferenz zur Studie „Investieren jetzt!“
mit Anja Weber und Torsten Windels // © DGB NRW

Am 8. Oktober 2024 legte der DGB NRW eine Fortschreibung des Gutachtens unter dem Titel „Investitionsnotstand in NRW beenden!“ vor. Das Papier wurde ebenfalls im Rahmen eines gut besuchten parlamentarischen Frühstücks vorgestellt und mit Haushaltspolitikern*innen der demokratischen Fraktionen diskutiert. Über die anschließende Landespressekonferenz fanden die Forschungsergebnisse und Forderungen erneut ein hervorragendes Medienecho, unter anderem mit Fernseh- und Hörfunkinterviews. Am selben Tag konnte die Vorsitzende des DGB NRW ein Exemplar der Studie an Finanzminister Optendrenk übergeben.

Zum Redaktionsschluss lag bereits ein weiterer Auftrag des DGB NRW an die Forschungsgruppe für Strukturwandel und Finanzpolitik vor: Im Herbst 2025 soll ein erneutes kurzes Update der Studie vorgestellt werden, indem besonders auf die Aspekte Bildung sowie Investitionen ins Ruhrgebiet eingegangen wird.

Wohnen: Bezahlbarer Wohnraum für alle!

Der DGB NRW hat sich im Berichtszeitraum an verschiedenen Aktionen zum Thema Mietstopp und für mehr bezahlbaren Wohnraum beteiligt. Er ist Teil des Bündnisses „Wir wollen wohnen“ des Deutschen Mieterbunds NRW und Sozial- und Wohlfahrtsverbänden. Die Forderung nach einer Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus auch durch das Land NRW und der Gründung einer landeseigenen Wohnungsbau-Gesellschaft brachten wir auf vielfältige Art in die Öffentlichkeit: Unter anderem zur Landtagswahl 2022, im Rahmen der Anhörungen zum Landeshaushalt und mit unserer Studie „Investieren jetzt!“. Besonders in den DGB-Regionen gab es darüber hinaus regelmäßig öffentlichkeitswirksame Aktionen, um ein Zeichen gegen immer weniger bezahlbaren Wohnraum zu setzen.

Am 8. Oktober 2022 fand die Kampagne „Mietenstopp – jetzt erst recht!“ statt. Hier standen folgende Forderungen im Mittelpunkt: Ein sechsjähriger Mieterhöhungsstopp, Hilfe für Haushalte, die

wegen der stark gestiegenen Betriebskosten in Not geraten waren und der Neubau von 100.000 Wohnungen mit Sozialbindung pro Jahr.



Aktionstag Mietenstopp 2022 in Dortmund // © DGB NRW

Im Dezember 2024 machte sich die Vorsitzende des DGB NRW in einer Pressemitteilung für die Verlängerung der Mietpreisbremse stark. Sie forderte von der Landesregierung, zumindest die Landesverordnung, die ursprünglich Mitte des Jahres ausgelaufen wäre, bis zum 31. Dezember 2025, zu verlängern. Mit Erfolg! Die Mietpreisbremse wurde durch die Landesregierung auf weitere betroffene Kommunen ausgeweitet.

Mit Blick auf die Kommunalwahlen im September 2025 beteiligte sich der DGB NRW im Vorfeld an der Erarbeitung eines umfangreichen Forderungspapiers, das von einem landesweiten Bündnis getragen wird. Zum Redaktionsschluss dieses Geschäftsberichtes war zudem ein landesweiter Aktionstag für Ende August angekündigt, an dem sich der DGB beteiligen wird.

Nina Rieger

**Abteilungsleiterin
Öffentlicher
Dienst und
Beamtenpolitik**

(bis 05/2024
Daniela Zinkann)

Ansprechpartner
Haushaltspolitik
und Wohnen:
Marc Neumann



Demokratie: Haltung zeigen für eine tolerante und solidarische Gesellschaft

„Nicht der Wille zur Macht hat die Gewerkschaften bestimmt, sondern vor allem die Erkenntnis, dass der politischen Demokratie die wirtschaftliche Demokratie zur Seite gestellt werden muss.“ Diese Worte stammen von Hans Böckler, dem ersten Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, und dennoch sind sie brandaktuell. Wie wichtig Mitbestimmung am Arbeitsplatz für eine lebendige Demokratie ist, verdeutlichen Umfragen regelmäßig: Je sicherer ein Mensch am Arbeitsplatz integriert ist, desto seltener stimmt er antidemokratischen Einstellungen zu. Da, wo Betriebsräte die Möglichkeiten haben, etwas zu verändern, sehen wir bessere Arbeitsbedingungen, mehr Zufriedenheit und weniger demokratiefeindliche Denkmuster. Durch Mitbestimmung in Betrieben und Unternehmen und das Aushandeln von Tarifverträgen sind die DGB-Gewerkschaften daher ein wichtiger Pfeiler für unsere Demokratie.

Auch außerhalb des Betriebs zeigen wir Haltung: Der DGB ist in vielen Bündnissen und bei vielen Aktivitäten gegen die extreme Rechte die treibende Kraft. Unsere Stadt- und Kreisverbände, unsere Regionen und auch der DGB-Bezirk haben im Berichtszeitraum unzählige Veranstaltungen und Aktionen organisiert, um unsere Demokratie zu stärken. Für uns ist klar: Wir stellen uns gegen jegliche Diskriminierung und Ausgrenzung und setzen uns ein für eine tolerante und solidarische Gesellschaft! Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften gehören damit zu den größten Demokratiebewegungen der Welt.

Bildungsangebote

Mit einer aktiven Bildungsarbeit machten wir in den letzten Jahren viele Angebote zur Stärkung unserer Demokratie. Dazu gehörten eine Ausbildungsreihe zum Umgang mit der extremen Rechten und die Kooperation der DGB Jugend mit dem Landesnetzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. Bei letzterer werden jedes Jahr 80 Schüler*innen zu „Courage Coaches“ ausgebildet. Mit dem Erstarken der AfD und dem Bekanntwerden ihrer menschenverachtenden Pläne durch „Correctiv“ erweiterten wir unsere Angebote. Wir konzipierten „Bildungsnuggets“, um auf Sitzungen oder Veranstaltungen kurze Inputs von zehn bis fünfzehn Minuten zum Thema Demokratie anbieten zu können. Das DGB Jugend-Konzept „90 Minuten gegen rechts“ aus Dortmund wurde zu „90 Minuten für Demokratie“ weiterentwickelt und im ganzen Land angeboten.

90
**MINUTEN
GEGEN
RECHTS**

90 Minuten gegen Rechts –
nun als 90 Minuten für Demokratie
in ganz NRW // © DGB NRW

Außerdem erstellten wir Hilfestellungen und Faktensammlungen für unsere Kolleg*innen vor Ort, um ihnen den Umgang mit populistischen Parolen zu erleichtern. Zudem unterstützte die DGB Jugend NRW den „Gelbe Hand“-Wettbewerb, um Demokratiebildung und -engagement im Betrieb zu fördern.



„Gelbe Hand“-Wettbewerb 2024 in Magdeburg // © Victoria Kühne

Betrieb und Politik? In einer Demokratie auf jeden Fall!

Vertreter*innen der extremen Rechten versuchten in den letzten Jahren immer häufiger, Misstrauen gegenüber Gewerkschaften zu säen. Zu dieser Strategie gehört, von Gewerkschaften politische Neutralität einzufordern. Der Satz „Gewerkschaften und Betriebsräte sind wichtig, aber die sollen mal nicht so viel Politik machen“ ist sinnbildlich für den Versuch, gewerkschaftspolitische Aktivitäten zu diskreditieren. Dabei ist klar: Als Gewerkschaften sind wir parteipolitisch unabhängig, aber nicht politisch neutral. Wir treten ein für die Interessen der Arbeitnehmer*innen und für eine starke Demokratie. Und das ist auch gut so!

Um diese Haltung zu verdeutlichen und zu erklären, entwickelten wir ein Format, das bei Veranstaltungen, Bildungsmaßnahmen und Gremiensitzungen verwendet werden kann. Damit besuchten wir Vertrauensleutekonferenzen, Seminarreihen, innerbetriebliche Fortbildungen und gewerkschaftliche Gremiensitzungen und diskutierten mit Kolleg*innen. Am Ende stand die Einsicht: Wer den Betrieb zum politikfreien Raum machen will, will eigentlich das Ende von freien Gewerkschaften und damit auch der Demokratie. Und dagegen stellen wir uns gemeinsam!

Veranstaltungen zu den Wahlen

Vor der Landtags-, Europa- und Bundestagswahl richtete der DGB NRW jeweils größere Veranstaltungen aus, um die gewerkschaftlichen Positionen an die Politik heranzutragen und mit Gewerkschaftsmitgliedern in die Diskussion zu kommen. Bei allen Veranstaltungen wurde deutlich: Gerade in Zeiten, in denen unsere Demokratie unter Druck gerät, müssen wir uns stark machen für Weltoffenheit und Solidarität und der Politikverdrossenheit vieler Menschen aktiv entgegenwirken.

Unter dem Motto: „ZUKUNFT GERECHT GESTALTEN. Lebendige Mitbestimmung, Gute Arbeit und stabile Tarifbindung für NRW“ fand im Vorfeld der Landtagswahl 2022 in Kooperation mit dem DGB-Bildungswerk NRW eine große Betriebs- und Personalrätekonferenz in Düsseldorf statt. Auch Vertreter*innen der Wissenschaft und Landespolitiker*innen der demokratischen Parteien waren zu Gast, um über zentrale Forderungen der Gewerkschaften zu sprechen.

Mit Blick auf die Europawahl 2024 richteten wir – ebenfalls in Kooperation mit dem DGB-Bildungswerk – in der Henrichshütte in Hattingen die Betriebs- und



Betriebs- und Personalrätekonferenz zur Landtagswahl 2022. Dr. Carolin Butterwegge (Die Linke), Henning Höne (FDP), Karl-Josef Laumann (CDU), Thomas Kutschaty (SPD) und Mona Neubaur (Die Grünen) diskutieren mit Anja Weber, Vorsitzende DGB NRW // © Thomas Range/DGB NRW



Betriebs- und Personalrätekonferenz 2024: Starkes Zeichen für ein offenes und demokratisches Europa // © Thomas Range/DGB NRW

Personalrätekonferenz GUTE ARBEIT? BESSER MIT EUROPA aus. Dort konfrontierten wir Abgeordnete der demokratischen Fraktionen im Europaparlament mit unseren Forderungen für gute Arbeitsbedingungen und eine starke Mitbestimmung auf europäischer Ebene. Ein besonderes Highlight war die Diskussionsrunde mit europäischen Betriebsräten, die konkrete Einblicke in die Herausforderungen ihrer täglichen Arbeit gaben.

Im Vorfeld der Bundestagswahl 2025 diskutierten wir gemeinsam mit rund 150 Teilnehmenden bei unserer Veranstaltung STARKER SOZIALSTAAT – STARKE DEMOKRATIE in Essen mit Kandidat*innen

zur Bundestagswahl, wie wir unseren Sozialstaat fit für die Zukunft machen können. Denn klar ist: Funktionierende soziale Sicherungssysteme und eine gute Daseinsvorsorge sind entscheidend, damit Menschen das Vertrauen in die Politik bewahren.

Haltung zeigen auf der Straße

Die sogenannte Alternative für Deutschland ist keine politische Alternative – schon gar nicht für Gewerkschafter*innen. Das wussten wir bereits vor den menschenverachtenden Plänen, die durch



Gewerkschaftsjugend protestiert gegen die Remigrationspläne der AfD in Düsseldorf // © Annemarie Benke

Correctiv 2024 aufgedeckt wurden. Die dort beschriebenen Abschiebefantasien über Menschen mit internationaler Familiengeschichte führten zu deutschlandweiten Protesten, die vom DGB maßgeblich unterstützt wurden.

Unsere Regionen und Stadt- und Kreisverbände organisierten überall in NRW Demonstrationen und Protestaktionen gegen die AfD und für unsere Demokratie. Hunderttausende gingen auf die Straßen und setzten ein starkes Zeichen gegen die extreme Rechte in unserem Land. Darüber hinaus begleiteten wir Landes- und Bundesparteitage der AfD, die in unserem Bundesland abgehalten wurden, mit Protest. Sei es die Mahnwache in Marl oder die Gegendemo in Essen – der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften waren vor Ort und zeigten deutlich Haltung.

Tag der Demokratie 2023

Mit einem „Tag der Demokratie“ setzte der DGB NRW im Sommer 2023 ein starkes Signal. Über 400 Menschen kamen ins Westfalenstadion nach Dortmund, um spannende Vorträge zu hören und mit uns über unterschiedlichste Aspekte ins Gespräch zu kommen. Mehr als vierzig Expert*innen boten über zwanzig Workshops rund um das Thema Demokratie an. Dabei reichte das Angebot von praktischen Handlungstipps für die Arbeit im Betrieb, über Fragestellungen der Transformation unserer Industrie bis hin zu politischen Rahmenbedingungen und



DGB Jugend NRW beim Tag der Demokratie // © Bernd Röttgers/DGB NRW

Anforderungen. In einem Panel diskutierten die Podiumsgäste über die verschiedenen Dimensionen von Demokratie und wie diese geschützt bzw. ausgebaut werden können. Sie brachten ihre spezifischen Perspektiven ein und gaben Anregungen, welchen Beitrag der DGB konkret leisten kann.

Zum Abschluss lud die DGB Jugend NRW alle Teilnehmenden zu einem großen Fest ein, bei dem zu guter Musik genetztwerk und unsere Demokratie ordentlich gefeiert wurde.



Anja Weber, Yasmin Fahimi, Daniela Cavallo und Dr. Julia Schwanholz
© Bernd Röttgers/DGB NRW



Ausgelassene Stimmung beim Fest der Demokratie im Dortmunder Westfalenstadion // © Bernd Röttgers/DGB NRW



Der Bezirksvorstand NRW zeigt sich direkt nach dem 7. Oktober solidarisch mit der Histadrut // © Jonas Banken-Blumenthal

Internationale Solidarität – Unsere Partnerschaft mit der Histadrut

Im Nahen Osten löste der brutale Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023 einen schrecklichen Krieg aus. 1200 Israelis wurden an dem Tag ermordet und 251 Menschen von der Terrorgruppe Hamas verschleppt. Der DGB NRW brachte seine Solidarität mit der israelischen Bevölkerung zum Ausdruck und machte deutlich: Wir stehen an der Seite unserer Kolleg*innen von der Histadrut. Mittlerweile sind zehntausende Opfer zu beklagen. Die Zivilbevölkerung in Israel, aber eben auch ganz besonders im Gaza-Streifen, erlebt unvorstellbares Leid.

Leider konnte aufgrund der aktuellen politischen Lage keine der geplanten Delegationsreisen nach Israel organisiert werden. Dabei hätte es einen guten Anlass gegeben: Am 16. April 2024 jährte sich das Partnerschaftsabkommen des DGB NRW mit der Histadrut Tel Aviv/Yaffa zum 50. Mal.

Im Juni 2023 begrüßten wir allerdings eine Delegation aus Israel bei uns in NRW. Wir hoffen und setzen uns dafür ein, dass sich die politische Situation im Nahen Osten wieder entspannt und die Partnerschaft mit der Histadrut durch gegenseitige Besuche wieder mit Leben gefüllt werden kann.

Andreas Jansen

**Abteilungsleiter
Jugend und
Demokratie**

Ansprechpartnerin
Internationale
Gewerkschaftsarbeit:
Anke Unger



DGB Frauen NRW: MehrWert Gleichstellung

Die Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt bleibt eine zentrale Herausforderung in Nordrhein-Westfalen. Trotz hoher Qualifikation vieler Frauen verhindern strukturelle Hürden wie unzureichende Kinderbetreuung, familienunfreundliche Arbeitszeiten und eine ungleiche Verteilung von Sorgearbeit ihre volle Teilhabe am Erwerbsleben. Der DGB NRW setzt sich daher konsequent für faire Arbeitsbedingungen, die Überwindung der Lohnlücke und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein.

Mit gezielten Kampagnen, politischen Forderungen und Netzwerkarbeit engagiert sich der DGB NRW für mehr Tarifbindung, die Stärkung des sozialen Arbeitsmarkts und eine geschlechtersensible Berufsorientierung. Dabei stehen die Förderung von Frauen in MINT-Berufen, der Ausbau des Gewaltschutzes und die Verbesserung der frühkindlichen Bildung ebenso im Fokus wie die aktive Beteiligung an gesellschaftlichen und politischen Debatten zur Gleichstellung. In einem zunehmend von Transformation und Fachkräftemangel geprägten Arbeitsmarkt bleibt der DGB NRW eine starke Stimme für Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit und die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen.

Gleiche Chancen am Arbeitsmarkt für Frauen schaffen!

Wer Fachkräfte sucht, kann auf Frauen nicht verzichten!

Der Fachkräftemangel ist in aller Munde. Dabei liegt ein Teil der Lösung so nahe: In Nordrhein-Westfalen gibt es viele gut ausgebildete Frauen, die gerne mehr arbeiten würden, aber schlechte Rahmenbedingungen wie fehlende Kinderbetreuung, familienuntaugliche Arbeitszeiten oder eine ungerechte Verteilung der Haus- und Sorgearbeit verhindern eine gleichberechtigte Teilhabe auf dem Arbeitsmarkt. Auf dieses Potenzial machte der DGB NRW im Berichtszeitraum stetig aufmerksam und verwies in seiner politischen Arbeit, etwa in den Verwaltungsausschüssen der Arbeitsagenturen oder arbeitsmarkt- und gleichstellungspolitischen Netzwerkstrukturen, auf die große Bedeutung einer besseren Erwerbsbeteiligung von Frauen. Auch zum Internationalen Frauentag 2023 machte der DGB NRW auf die Fachkräftepotenziale von Frauen aufmerksam.

In der Fachkräfteoffensive der Landesregierung sorgten wir dafür, dass das Thema endlich auf die Agenda gesetzt wurde. Damit wurden erstmalig alle zuständigen Landesministerien und Spitzenvertreter*innen von Verbänden und Organisationen zum Thema Frauenerwerbstätigkeit zusammengebracht. Im Ergebnis nahm Anfang 2025 eine Arbeitsgruppe ihre Arbeit auf und entwickelt nun ressortübergreifend konkrete Handlungsideen, um das Fachkräftepotenzial von Frauen zu heben und damit mehr Frauen eine wirtschaftliche Unabhängigkeit zu ermöglichen.

Für eine Berufsorientierung frei von Rollenklischees!

Für den DGB NRW steht fest: Die Entscheidung für einen Beruf muss unabhängig von geschlechterstereotypen Rollenzuweisungen getroffen werden. Individuelle Interessen und Fähigkeiten sollen bei der Wahl eines Berufes handlungsleitend sein. Der DGB NRW setzte sich im Berichtszeitraum fortlaufend dafür ein, die geschlechterstereotype Berufswahl aufzubrechen. Sowohl in den Beiratssitzungen der Regionaldirektion NRW der Bundesagentur als auch im Rahmen der Quartalsgespräche der Fachkräfteoffensive der Landesregierung.



„MINT-Berufe sind eine Chance für Frauen, denn häufig wird dort gut bezahlt, in vielen Branchen sichern Tarifverträge gute Entgelt- und Arbeitsbedingungen. Dazu müssen Hürden für Frauen abgebaut werden, z. B. durch Arbeitszeiten, die zum Leben passen und überholte Rollenklischees, die überwunden werden. Entscheidend ist natürlich, dass der Beruf zu den Interessen und Talenten eines jungen Menschen passt. Das gelingt durch eine geschlechtersensible Berufsberatung und durch Role-Models, also weibliche Vorbilder. Wenn sich dann mehr Frauen für MINT-Berufe entscheiden, ist das nicht nur für den Arbeitsmarkt gut, sondern vor allem für die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frauen.“

Anja Weber, DGB-Vorsitzende NRW

Die Lohnlücke in NRW schließen!

Bundesweit und in Nordrhein-Westfalen verharrt die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern auf einem hohen Niveau. 2024 verdienten Frauen in NRW im Durchschnitt 17 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Die Gründe sind vielfältig: Frauen sind häufiger in prekären und vor allem schlechter bezahlten Jobs beschäftigt, sie arbeiten vermehrt in Teilzeit und gelangen seltener an die gut dotierten Leitungspositionen. Wenn eine Frau für Kinder



Anke Unger auf einer Veranstaltung des Gleichstellungsministeriums und des Arbeitsministeriums NRW 2024 // © MKJFGFL_Oberhäuser

und pflegebedürftige Angehörige sorgt, bleibt sie meist dem Arbeitsmarkt fern oder übt eine (kleine) Teilzeitbeschäftigung aus. All das hat unmittelbare Folgen für die eigenständige Existenzsicherung von Frauen. Damit sich das ändert, setzen wir uns für die Überwindung der Lohnlücke ein. Am Equal Pay Day veröffentlichte der DGB NRW regelmäßig Pressemitteilungen, in denen wir unsere Forderungen an die Landesregierung und die Arbeitgeber*innen klar formulierten.

Auf einer Veranstaltung des Landesgleichstellungsministeriums und des Landesarbeitsministeriums mit dem Titel „Transparent und fair: Mit mehr Lohn-gerechtigkeit Fachkräfte gewinnen“ im Oktober 2024 forderte Anke Unger, stellvertretende Vorsitzende des DGB NRW, die Landesregierung auf, mehr zur Überwindung der Lohnlücke zu tun.

Die Arbeitsrealität von Frauen verbessern!

Um herauszufinden, wie die weiblichen Beschäftigten – auch im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen – ihre Arbeitsqualität einschätzen, veröffentlichte der DGB NRW im Sommer 2024 eine Sonderauswertung des DGB Index Gute Arbeit. Die Ergebnisse wurden von uns an die verantwortlichen Akteur*innen herangetragen und als Gesprächsanlass genutzt. Zudem stellten wir die Auswertung am 25. Juni 2024 der Presse vor, gemeinsam mit dem Institutsleiter des DGB Index Gute Arbeit, Dr. Rolf Schmucker, und einer Pflegefachkraft der



Bei der Gestalter*innenkonferenz ging es um Beschäftigungsperspektiven von Frauen im Rheinischen Revier // © DGB NRW

Uniklinik Köln, die von ihren persönlichen Erfahrungen berichtete. Die Presseresonanz war groß und das Thema konnte in der Debatte um den Fachkräftemangel zentral platziert werden.

Im Frühjahr 2022 fanden Betriebsratswahlen statt, bei denen viele Frauen neu- bzw. wiedergewählt wurden. Mit einer Konferenz am 26. April 2023 in Essen konnten wir viele Betriebsrät*innen u. a. beim Thema Arbeitszeitgestaltung unterstützen und beraten. Wir wissen: Mit Tarifverträgen sorgen wir für eine faire Vergütung, auch zwischen den Geschlechtern. Um unseren Forderungen nach mehr Tarifbindung Nachdruck zu verleihen, startete der DGB Ende März 2024 die Kampagne **#TARIFWENDE** in Nordrhein-Westfalen. Mit Aktionen, Veröffentlichungen und Großplakaten wurde das Thema in die Öffentlichkeit getragen und für mehr Tarifbindung geworben. Dabei wurde stets die Geschlechterperspektive mit einbezogen und auf die Vorteile von Tarifverträgen für Frauen verwiesen.

Zum ersten Mal wurde bei der Transformation im Rheinischen Revier ein Augenmerk auf die Beschäftigungsperspektiven weiblicher Beschäftigter gelegt. Gemeinsam mit dem DGB-Projekt Revierwende haben wir diese Diskussion angestoßen. Sie mündete in einer gemeinsamen Veranstaltung: Die

Gestalter*innenkonferenz fand unter der Beteiligung der drei DGB-Regionen Düsseldorf-Bergisch Land, Köln-Bonn und NRW Süd-West am 1. April 2025 in Bedburg statt. Auch der öffentliche Dienst ist ein Sektor, in dem viele Frauen beschäftigt sind. Der DGB NRW setzte sich mit seiner Kampagne „Damit der Traum vom Beruf nicht platzt“ gemeinsam mit seinen Mitgliedsgewerkschaften für einen attraktiven und zukunftsfähigen öffentlichen Dienst ein. Dabei forderte der DGB NRW unter anderem Arbeitszeiten, die zum Leben passen, eine bessere Bezahlung und mehr Einsatz bei Gleichstellung und Vielfalt.

Gleichstellung in Politik und Gesellschaft fördern!

Bundespolitisch hat es in den vergangenen Jahren leider wenig Fortschritte in Sachen Gleichstellung gegeben. Viele gleichstellungspolitische Vorhaben der Bundesregierung wurden - anders als im Koalitionsvertrag angekündigt - nicht umgesetzt: Die Väterfreistellung wurde nicht angefasst, die Kindergrundsicherung liegen gelassen, das Entgelttransparenzgesetz nicht verbessert und das Ehegattensplitting nicht abgeschafft. Hintergrund waren

sicher auch die multiplen Krisen, wie die Corona-Pandemie, der Angriff Russlands auf die Ukraine, der Krieg in Nahost und eine schwierige wirtschaftliche Lage im Inland, die den Fokus verschoben und Frauen- und Gleichstellungspolitik an den Rand gedrängt haben.

Auch die Landesregierung in NRW war gleichstellungspolitisch wenig ambitioniert unterwegs. Viele Absichtserklärungen aus dem Koalitionsvertrag, wie die Entwicklung einer ressortübergreifenden Gleichstellungsstrategie, der Abbau von Arbeitslosigkeit von Frauen oder der bedarfsgerechte Ausbau der Kinderbetreuung, sind nach über der Hälfte der Legislatur nicht bzw. nicht ausreichend auf die politische Agenda gebracht worden. Dass viele wichtige politische Aufgaben wie der Ausbau der Kinderbetreuungs- und Pflegeinfrastruktur oder der Schutz von gewaltbetroffenen Frauen immer wieder an finanziellen Mitteln scheitern, ist nicht hinnehmbar.

Es ist daher umso wichtiger, dass der DGB NRW gleichstellungspolitische Themen immer wieder auf die Agenda bringt, den Finger in die Wunde legt und sich für Frauenrechte stark macht!

„Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten müssen wir aufpassen, dass die Gleichstellung nicht hintenüberfällt. Mehr Tarifbindung, familiengerechte Arbeitszeiten und eine zuverlässige Kinderbetreuung sind daher unerlässlich.“

Anja Weber, DGB-Vorsitzende NRW

Gewaltschutz vereint stärken!

Nicht nur am Internationalen Tag gegen die Gewalt an Frauen bringen wir das Thema Gewaltschutz in den öffentlichen Diskurs ein. Er bietet aber jedes Jahr einen guten Anlass, um auf die prekäre Situation der vielen betroffenen Frauen aufmerksam zu machen und mit Pressearbeit und öffentlichkeitswirksamen Aktionen unsere Forderungen zu transportieren.



Fahnenaktion vor dem DGB-Haus in Düsseldorf zum Internationalen Tag gegen die Gewalt an Frauen 2021 // © DGB NRW

2021 thematisierte der DGB NRW daher die ILO-Konvention 190 und forderte von der Bundesregierung, die Konvention zu ratifizieren und die Umsetzung in nationales Recht auf die Agenda zu setzen. Im Vorfeld eines Aktionstages im Jahr 2022 gingen die DGB-Regionen in NRW auf ihre Abgeordneten vor Ort zu, zeigten ihnen eine „Rote Karte gegen Sexismus“ und übergaben unsere Forderungen zur Ratifizierung und Umsetzung der ILO-Konvention 190. 2023 wurde der Ratifizierungsprozess in Deutschland offiziell vollzogen. Das ist ein großer Erfolg für den DGB und seine Gewerkschaften!

Im Mittelpunkt der Aktivitäten im Jahr 2024 stand für den DGB NRW die Einführung des Gewalthilfegesetzes im Bund. Ziel war ein Rechtsanspruch auf sofortigen Schutz und Hilfe für die Betroffenen. Am 24. Februar 2025 stimmte der Bundesrat dem Gesetz für ein verlässliches Hilfesystem endlich zu.

„Wir alle müssen täglich Haltung zeigen. Deswegen rufen wir alle Frauen und Männer dazu auf, Angriffen auf unsere Frauenrechte entgegenzutreten und bei Gewalt gegen Frauen nicht wegzusehen – ob im Betrieb, auf der Straße oder im Netz.“

Anke Unger, stellv. DGB-Vorsitzende NRW

Antifeminismus keine Chance geben!

Angesichts zunehmender populistischer, antidemokratischer und antifeministischer Tendenzen geraten erkämpfte Frauenrechte und Geschlechtergerechtigkeit immer stärker unter Druck. Dem steht der DGB NRW entschieden entgegen. Unter dem Titel „Demokratie und Frauenrechte – Frauen, Leben, Freiheit“ griffen wir im Sommer 2023 in einem Workshop die Lage der Frauenrechte im internationalen Kontext auf. Im Rahmen des „Tags der Demokratie“ im Signal Iduna Park legten wir einen besonderen Fokus auf die Situation im Iran. Anlässlich des brutalen und menschenrechtsverletzenden Vorgehens des Mullah-Regimes im Jahr 2022 zeigte der DGB klare Haltung und formulierte seine ungebrochene Solidarität in einer gemeinsamen Erklärung.



Social Media-Posting mit Mitgliedern des Bezirksfrauenausschusses und Beschäftigten des DGB NRW: Frauen, Leben, Freiheit // © DGB NRW

2024 fanden die Europawahlen statt. Dabei stand viel auf dem Spiel: Angesichts zunehmender populistischer, antidemokratischer und antifeministischer Tendenzen geraten erkämpfte Frauenrechte und Geschlechtergerechtigkeit immer stärker unter Druck. Für uns ist aber klar: Wir Gewerkschafter*innen wollen in einem Europa leben, in dem eine gute Zukunft für Frauen und Männer vorangetrieben wird. Deshalb hat sich der DGB bundesweit und in NRW für ein vereintes, soziales, gleichberechtigtes und

wirtschaftlich starkes Europa stark gemacht und in einem Aufruf für die Wahl demokratischer Parteien appelliert.

„Im öffentlichen Diskurs gilt es, Haltung zu zeigen und sich für Frauenrechte stark zu machen. Rechtsextreme Kräfte versuchen zunehmend, gegen Frauen mobil zu machen. Sie wollen das Rad der Geschichte zurückdrehen und verbreiten Antifeminismus und Geschlechterstereotype.“

Anja Weber, DGB-Vorsitzende NRW

Parität jetzt!

Ein Blick in die Parlamente zeigt: An den entscheidenden Stellen sind Frauen nicht angemessen repräsentiert. Das ist nicht nur ungerecht, damit lässt Deutschland auch das große Potenzial hervorragend qualifizierter Frauen links liegen. Um auf diesen Missstand aufmerksam zu machen, beteiligte sich der DGB NRW an einer Kampagne des FrauenRat NRW mit dem Deutschen Frauenrat und vielen anderen Kooperationspartner*innen im Rahmen der geplanten Wahlrechtsreform. Gemeinsam forderten wir „Parität jetzt!“.

Reproduktive und sexuelle Gesundheitsversorgung in NRW verbessern!

Eine weitere wichtige Forderung des DGB NRW war und ist die Verbesserung der reproduktiven und sexuellen Gesundheitsversorgung. Gemeinsam mit dem FrauenRat NRW unterzeichneten die DGB-Frauen NRW einen Brief anlässlich der Landtagswahl 2022 mit. Unter anderem wurden dort die Forderungen nach einer flächendeckenden medizinischen Versorgung bei Schwangerschaftsabbrüchen sowie der Aufnahme von Schwangerschaftsabbrüchen in die Aus- und Weiterbildung von Gynäkolog*innen gestellt.

Alles unter einen Hut bringen!

Frühkindliche Bildung verbessern!

Die Lage der frühkindlichen Bildung in Nordrhein-Westfalen ist dramatisch. Fehlende Plätze im U3-Bereich, regional hohe Gebühren, unpraktische Öffnungszeiten und hohe Ausfallzeiten stellen Eltern sowie Erzieherinnen und Erzieher täglich vor Schwierigkeiten und erschweren die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zusätzlich. Zudem gibt es einen deutlichen Personalmangel – bei steigendem Bedarf an Plätzen. Im September 2023 positionierten sich DGB NRW, GEW, ver.di, die freie Wohlfahrtspflege und der Landeselternbeirat NRW klar: Wir sind am Limit und fordern einen sofortigen Kurswechsel und eine Verbesserung der Rahmenbedingungen! In einer gemeinsamen Pressemitteilung wurden Forderungen formuliert und der Druck auf die politischen Entscheider*innen erhöht.

Zudem kritisierte der DGB NRW in seiner jährlichen Stellungnahme zum Landeshaushalt die finanzielle Ausstattung der Kitas scharf. Der DGB NRW forderte in einem Anschreiben an die Fraktionsvorsitzenden der demokratischen Parteien im Landtag ein Ret-

tungspaket, um die Einrichtungen zu unterstützen, die diese Kostensteigerungen nicht gestemmt bekommen. Dabei war klar: In einem zweiten Schritt müssen Weichen gestellt werden, um die Mangelverwaltung zu beenden. Dazu gehört auch eine Reform des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz), damit die frühkindliche Bildung dauerhaft gestärkt wird.

Um die prekäre Lage in Kölner Kitas abzubilden, befragten die DGB-Region Köln-Bonn, GEW, ver.di und der Jugendamtselternbeirat 2023 Elternbeiräte und Fachkräfte.



Der Kitareport sorgte in Köln für viel Aufsehen
© iStock agentur, Jana Richter

Vereinbarkeit schaffen!

In seiner politischen Arbeit warb der DGB NRW in den vergangenen vier Jahren auf allen Ebenen für die Neuverteilung der Sorgearbeit zwischen Frauen und Männern. Wenn es beispielsweise in der Fachkräftedebatte darum ging, die Erwerbspotenziale von Frauen zu erhöhen, verwiesen wir stets darauf, dass eine partnerschaftliche Verteilung von Sorgearbeit und eine bessere Betreuungsinfrastruktur erfolgen muss. Gleichzeitig sensibilisierte der DGB NRW auf betrieblicher Ebene dafür, was getan werden kann, damit zum Beispiel Väter mehr Elternzeit in Anspruch nehmen oder ihre Arbeitszeit familienbedingt reduzieren. Das DGB-Projekt „Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestalten“ leistete hierbei wertvolle Unterstützungsleistung aus der betrieblichen Praxis.

Außerdem setzte sich der DGB NRW dafür ein, dass verkürzte Vollzeitmodelle mit 30 bis 32 Stunden (wieder) verstärkt in die Debatte aufgenommen werden. Der Gewinn für Familien durch eine faire Aufteilung sowie der Produktivitätsgewinn für Unternehmen, wenn beide Geschlechter in einem verkürzten Vollzeitmodell arbeiten, ist nachweislich gegeben und sollte vermehrt von den Betrieben angeboten werden. Klar ist: Frauen und Männer brauchen Arbeitszeiten, die zum Leben passen!

Kindergrundsicherung einführen und Mutterschutz sichern!

Ein weiterer wichtiger Punkt war die Einführung der Kindergrundsicherung, die 2023 von der damaligen Bundesregierung umgesetzt werden sollte. Durch eine gute Kindergrundsicherung hätte sich die Lebenssituation von mehr als 770.000 Kindern und Jugendlichen in NRW verbessert. Daher setzte sich der DGB NRW für dieses sozialpolitische Projekt der Ampelregierung ein und erhöhte den Druck auf politische Entscheider*innen durch eine intensive Pressearbeit.

Ergänzend zur gesetzlich verankerten Evaluation des Mutterschutzgesetzes brachte der DGB im Spätsommer 2021 eine bundesweite Online-Befragung zur

betrieblichen Umsetzung des Mutterschutzgesetzes auf den Weg, um herauszufinden, wie der Mutterschutz in Betrieben und Verwaltungen umgesetzt



Social Media-Posting zum Mutterschutz am Arbeitsplatz // © DGB NRW

wird. Schwangere und stillende Kolleginnen müssen vor Gefahren und Überforderungen am Arbeitsplatz geschützt werden, Verstöße gegen ebendiese Regelungen sind aber keine Seltenheit. Der DGB NRW warb fortlaufend für mehr Kontrollen beim

Mutterschutz und setzte sich gemeinsam mit seinen Gewerkschaftsvertreter*innen aus dem Frauenausschuss dafür ein.

In Aktion am Internationalen Frauentag

In jedem Jahr sind die Gewerkschaftsfrauen in NRW zum Internationalen Frauentag aktiv, um sich mit ihren Forderungen bei betrieblichen und politischen Entscheidungsträger*innen Gehör zu verschaffen. Mit Aktionen, Materialien, Veranstaltungen und Pressearbeit auf Ebene der Kreis- und Stadtverbände, der Regionen und des Landes NRW wirbt der DGB NRW öffentlichkeitswirksam für seine frauenpolitischen Positionen.

Unter dem bundesweiten Motto „Wandel ist weiblich“ forderte der DGB Entscheidungsträger*innen in Politik und Wirtschaft 2022 auf, dass Frauen im Wandel der Arbeitswelt nicht zu kurz kommen. Anlässlich der Landtagswahl veranstaltete der DGB NRW mit der DGB-Region Düsseldorf-Bergisch Land am 7. März ein frauenpolitisches Frühstück mit dem Titel „Was wollen Frauen? Gleichstellungspolitische Anforderungen an die Landtagswahl 2022“. Mit der Veranstaltung konnten sich die Wähler*innen in NRW ein umfassendes Bild machen von den

unterschiedlichen Positionen der Parteien zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern in NRW. 2023 stand der Internationale Frauentag unter dem Motto: „Wer Fachkräfte sucht, kann auf Frauen nicht verzichten!“ Die zentrale Kundgebung fand in Düsseldorf am Shadowplatz statt. Das Programm bot ein moderiertes Gespräch zu den frauenpolitischen Herausforderungen in Nordrhein-Westfalen zwischen Josefine Paul, NRW-Ministerin für Kinder, Jugend, Familie und Gleichstellung, und Anja Weber, Vorsitzende des DGB NRW.



Ministerin Paul bei der Veranstaltung zum Internationalen Frauentag 2023 in Düsseldorf // © Thomas Range

Der Internationale Frauentag 2024 fokussierte sich auf die anstehende Europawahl. Unter dem Titel „Demokratie stärken. Frauen wählen“ fanden eine Vielzahl von Veranstaltungen und Aktionen in NRW statt. Wir beteiligten uns an der öffentlichkeitswirksamen Kundgebung der DGB-Region Ostwestfalen-Lippe in Bielefeld. Mit rund 1.000 Teilnehmer*innen gelang es, eine große Presseresonanz über die regionalen Grenzen hinaus zu erzielen. Der Erfolg war unter anderem auf ein starkes Bündnis mit vielfältigen Frauenverbänden zurückzuführen.

Im Jahr 2025 erhielt der Internationale Frauentag angesichts der laufenden Regierungsbildung eine besondere Bedeutung. Die Frauen im DGB NRW forderten im Rahmen der Koalitionsgespräche ein verantwortungsvolles und zukunftsorientiertes



Starke DGB Frauen bei der Kundgebung zum Internationalen Frauentag in Bielefeld // © Thomas Range

politisches Handeln. Dabei standen die paritätische Besetzung des Bundestages sowie die stärkere Einbindung von Frauen in Entscheidungsgremien im Fokus. Unter dem Motto „Machen, was nötig ist!“ fanden in Nordrhein-Westfalen mehr als 20 Veranstaltungen statt, bei denen die Frauen der Regionen und Gewerkschaften ihre Forderungen mit Nachdruck vertraten. Ob bei Frauen-Frühstücken, in Diskussionsrunden, bei Filmvorführungen und Kabarett oder bei Demonstrationen – Die Frauen im DGB NRW machten darauf aufmerksam: Wir als Frauen wollen die Hälfte vom Kuchen!

DGB-Bezirksfrauenausschuss NRW: Eine starke Stimme für die Interessen von Frauen

In jedem DGB-Bezirk gibt der Bezirksfrauenausschuss als höchstes Beschlussgremium den DGB-Frauen eine starke Stimme für mehr Gleichstellung von Frauen und Männern. Hier werden die politischen Leitlinien der DGB-Frauen in NRW festgelegt, die in die Politik und in die eigene Organisation getragen werden. Er berät vor allem bei landespolitisch relevanten Fragen rund um die Gleichstellungs- und

Familienpolitik und versteht sich als ein Netzwerk aus engagierten Gewerkschaftsfrauen, die in NRW für ein selbstbestimmtes Leben von Frauen eintreten. Ordentliche Mitglieder in diesem Ausschuss sind je eine Vertreterin der acht DGB-Mitgliedsgewerkschaften, häufig ehrenamtliche Kolleg*innen. Daneben gehören Vertreter*innen aus den DGB-Regionen sowie die DGB-Bezirksfrauensekretärin als Mitglieder mit beratender Stimme dem Gremium an.

Vorsitzende des Bezirksfrauenausschusses NRW ist derzeit Karina Pfau (IG BAU) und stellvertretende Vorsitzende ist Nicole Groos (EVG). Der Ausschuss trifft sich digital und in Präsenz drei bis viermal im Jahr. Der DGB-Bezirk NRW bedankt sich für die engagierte und konstruktive Zusammenarbeit!

Wir gedenken an dieser Stelle Edith Herzig (verdi), die den Vorsitz des Bezirksfrauenausschusses von 2021 bis 2022 innehatte und im November 2022 verstarb.



Edith Herzig // © Thomas Range

Mitglieder des DGB-Bezirksfrauenausschusses NRW

- Karina Pfau (IG BAU, Vorsitzende)
- Nicole Groos (EVG, stellv. Vorsitzende)

ordentliche Mitglieder:

- Kirsten Böhm-Salewski (GdP)
- Caroline Lensing (GEW)
- Susanne Steinbrecher (IG BCE)
- Kerstin Packert (IG Metall)
- Suzann Dräther (NGG)
- Edeltraud Nülle (ver.di)

stellvertretende Mitglieder:

- Nicole Lewandoswksy (EVG)
- Nicole Jörißen (GdP)
- Annette Franz (GEW)
- Gabriele Henter (IG BAU)
- Manuel Rendla (IG BCE)
- Tülin Palak-Tatlibal (IG Metall)
- Doris Kluthausen (NGG)
- Sabine Zogbaum (ver.di)

22. Bezirksfrauenkonferenz 2025

Ein besonderes Highlight im Berichtszeitraum war sicherlich die Bezirksfrauenkonferenz, die am 17. Mai 2025 in Essen stattfand. 80 Delegierte aus unseren 8 Mitgliedsgewerkschaften diskutierten dort intensiv und solidarisch die Leitlinien der DGB-Frauenpolitik für die nächsten vier Jahre. In 11 Anträgen wurde eine breite Fülle von gleichstellungspolitischen Themen behandelt, darunter Frauen im Strukturwandel, Arbeitszeitverkürzung oder häusliche Gewalt. Den Anfang machte der Leitantrag „Gleichstellung ist Wertschätzung!“ des Bezirksfrauenausschusses. Als Gäste begrüßten wir unter anderem Josefine Paul, Landesgleichstellungsministerin und Elke Hanack, stellv. Vorsitzende des DGB.



Der Bezirksfrauenausschuss ist die starke Stimme der DGB Frauen in NRW
© DGB NRW



Politische Diskussionen und gute Stimmung bei der Bezirksfrauenkonferenz 2025 // © Thomas Range



Mehr Infos zur Bezirksfrauenkonferenz 2025, tolle Fotos und ein starkes Video des Bezirksfrauenausschusses gibt es hier:

Mareike Richter

**Abteilungsleiterin
Frauen- und Gleich-
stellungspolitik/
Arbeitsmarktpolitik**

(bis 12/2023
Caroline Heß)



DGB-Jugend NRW: Gewerkschaftsjugend in Bewegung – Zukunft gemeinsam gestalten

Die DGB-Jugend ist sowohl Teil des Deutschen Gewerkschaftsbundes, als auch eigenständiger Jugendverband. Hier sind alle jugendlichen Mitglieder der DGB-Gewerkschaften organisiert. Wir treten ein für die Verbesserung der Lebens-, Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen junger Menschen – und für Demokratie in Gesellschaft und Arbeitswelt. Dabei engagieren wir uns insbesondere für das Recht auf gebührenfreie Bildung und Chancengleichheit im gesamten Bildungssystem, um jungen Menschen eine qualifizierte und nachhaltige Bildung zu ermöglichen. Die Gewerkschaftsjugend wählt ihre eigenen Ausschüsse und Vertreter*innen.

Der DGB Bezirk NRW besteht aus 11 Regionen, dem Jugendbildungszentrum Hattingen und der Bezirksverwaltung in Düsseldorf. In allen Regionen gibt es eigene Jugendbildungsreferent*innen, die für die Jugendarbeit vor Ort zuständig sind.

Neustart nach der Pandemie

Die Herausforderungen für die Gewerkschaftsjugend in Nordrhein-Westfalen waren in den letzten Jahren enorm. Die erste Zeit nach der Bezirksjugendkonferenz 2021 war noch geprägt durch die Corona-Pandemie und die Etablierung neuer Formate, um weiterhin gewerkschaftliche Jugendarbeit durchführen zu können. Mit großen Anstrengungen haben wir die Bildungsangebote digitalisiert, um wenigstens online Seminare anbieten zu können. Auch die Gremienarbeit verlagerte sich mit der Pandemie in den digitalen Raum. Darüber hinaus gab es mehrere Versuche, trotz hoher Hygienestandards „echte“ Gewerkschaftsarbeit durchführen zu können.

Nach dem langsamen Auslaufen der Pandemie lag das Hauptaugenmerk auf der Reaktivierung unserer Strukturen vor Ort. Mit der Kampagne „There is Power in a Union“ bildeten wir mit großem Mitteleinsatz junge Menschen zu Multiplikator*innen der Gewerkschaftsjugend aus. Auch die Einführung von zentralen Veranstaltungen war ein Hebel, um die



Kampagne der DGB Jugend NRW –
There is Power in a Union

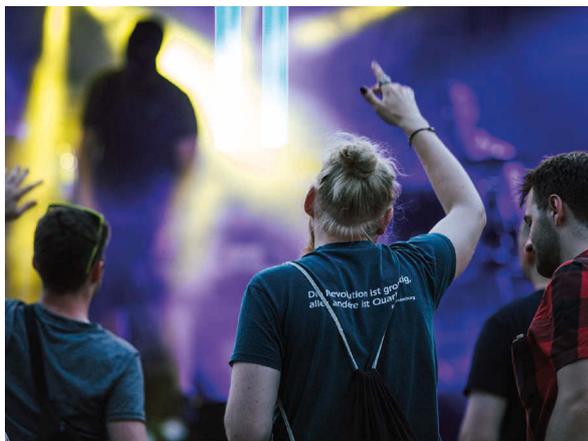
Arbeit bei der DGB Jugend NRW wieder auf breite ehrenamtliche Füße zu stellen und nach einer langen Zeit ohne gewerkschaftliche Großveranstaltungen junge Menschen für unsere Bewegung zu begeistern.



Neustart mitten in der Pandemie – Präsidium, Mandatsprüf- und Zählkommission und Antragsberatungskommission auf der hybriden Bezirksjugendkonferenz 2021 // © DGB NRW

Gemeinschaft, Party und Solidarität

Mit dem mittlerweile 5. Sommercamp im Jahr 2025 haben wir ein Format etabliert, mit dem sich junge Menschen aus der Gewerkschaftswelt vernetzen, diskutieren und gemeinsam Spaß haben können. In den Jahren seit Corona verzeichnen wir jedes Jahr steigende Teilnehmendenzahlen und haben immer Kolleg*innen aus allen acht Mitgliedsgewerkschaften am Start.



Sommer, Sonne, Gewerkschaftsjugend – gute Stimmung beim Sommercamp // © Sarah Lenz



Jugend. Macht. Ansage! Sommercamp 2025 // © Sarah Lenz



Andreas Jansen eröffnet die Jugendbeteiligungskonferenz Rheinisches Revier in Bedburg // © Thomas Range

Unsere Stimme für NRW – Beteiligungsformate in der DGB Jugend

Auch mit der Aktivenkonferenz sind wir neue Wege der Beteiligung gegangen. Wir luden alle ein, die in und mit der Gewerkschaftsjugend wirken wollen, um gemeinsam Themen zu diskutieren und an ihnen zu arbeiten. Mit der ersten Aktivenkonferenz konnten wir viele Ideen für den Leitungsprozess des Bezirksjugendausschusses aufnehmen und verarbeiten. Dem Ziel, als DGB Jugend nicht nur abstrakt vorhanden, sondern ein konkreter Debatte Raum unserer Gewerkschaften zu sein, sind wir damit nähergekommen.

Organisatorisch mussten wir uns nach Corona ebenfalls neu aufstellen. Die Arbeitsweise innerhalb der Abteilung Jugend und Demokratie wurde angepasst und die örtlichen Jugendgremien unter die Lupe genommen. Wir lösten in Abstimmung mit dem Bezirksvorstand die Stadt- und Kreisjugendausschüsse auf und ersetzten sie durch elf Regionsjugendausschüsse. So etablierten wir eine Beteiligungsform, mit der die DGB Jugend in allen Regionen aktiv ist. Die Stimme der Jugend in den DGB Stadt- und Kreisvorständen wurde so merklich gestärkt.

Jugend. Macht. Politik. Wir stehen ein für die Themen der jungen Generation

Auch politisch haben wir im Berichtszeitraum viel erreicht. Die politische Debatte zum digitalen Zugangsrecht für Gewerkschaften prägte die DGB Jugend ebenso wie die Fragen der sozialen Umverteilung der Pandemie-Lasten oder die Ausgestaltung von sicheren und fairen Lieferketten. Die Folgen der Pandemie und des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine haben uns deutlich vor Augen geführt, wie wichtig es ist, dass die Gewerkschaften in NRW eine starke Stimme für sozialen Ausgleich und sicherheitspolitische Vernunft und Frieden sind.



Start der Kampagne zur umlagefinanzierten Ausbildungsplatzgarantie
© DGB BVV

Eine zentrale Frage der Gewerkschaftsjugend war schon immer die Ausgestaltung der dualen Berufsausbildung. Es treibt uns daher um, wenn rund zwanzig Prozent der jungen Menschen in NRW keine Berufsausbildung haben. Mit der Einführung der Ausbildungsplatzgarantie wurde immerhin ein Einstieg geschaffen, um diese Situation zu verbessern, auch wenn dies bei Weitem nicht ausreicht. In der Rückschau zeigt sich auch an diesem Beispiel, wie wichtig

die Gewerkschaftsjugend ist, wenn es darum geht, jungen Menschen eine echte Perspektive zu geben: Der erste Entwurf aus dem Bundesarbeitsministerium war eine Frechheit – wir haben den Druck erhöht und uns am Ende durchgesetzt. Mit unserem Beschluss „NRW muss nachlegen“ machten wir zudem klar, welche Schritte NRW nun einleiten muss: günstiger Wohnraum, kostenfreier und verfügbarer ÖPNV, eine Weiterentwicklung der Jugendberufsagenturen und die Einführung eines Zukunftsfonds Ausbildung.

Mit unserem jährlichen Ausbildungsreport macht die DGB Jugend auf Mängel in der Ausbildung in NRW aufmerksam und leistet damit einen wichtigen Beitrag in der Debatte um die Qualität der Berufsausbildung. Jedes Jahr befragen wir die Expertengruppe, die sonst nicht zu Wort kommt: die Auszubildenden selber. Die Ergebnisse des Ausbildungsreports zeigen, dass der Großteil der Auszubildenden insgesamt zufrieden ist, allerdings herrschen erhebliche Unterschiede zwischen den befragten Berufen. Dabei sind es immer wieder dieselben Berufe, die schlechte Bewertungen bekommen. Kennzeichen sind lange Arbeitszeiten, häufige Überstunden, eine mangelnde Ausbildungsqualität und eine unterdurchschnittliche Vergütung. Klar ist: Die Unternehmen dieser Branchen müssen die Ausbildungsbedingungen dringend verbessern. Über Fachkräftemangel klagen und gleichzeitig schlechte Ausbildungsbedingungen anbieten – das passt nicht zusammen!



Ausbildungsgarantie ohne Wenn und Aber // ©DGB BVV



Teilnehmer*innen aus NRW erreichen Berlin // © Stella Rütten

Sonderzug aus NRW – tut der Ampel richtig weh

Auch als die Bundesregierung den Kinder- und Jugendförderplan des Bundes massiv kürzen wollte, waren wir zur Stelle und bewiesen, dass Gewerkschaftsarbeit und Solidarität keine Grenzen kennen. Auch wenn wir selbst nicht direkt betroffen waren, organisierten wir, mit anderen Bündnispartnern zusammen, einen Sonderzug und fuhren mit knapp 400 jungen Menschen nach Berlin. Sonderzug aus NRW - tut der Ampel richtig weh! Auch mit dieser Aktion waren wir erfolgreich: Es gab keine Kürzungen und der Förderplan wurde sogar erhöht. Dies war besonders deshalb ein wichtiges Signal, da die AfD den Förderplan regelmäßig in Frage stellt. Sie wissen: Die größte Gefahr für die Faschisten sind freie und pluralistische Jugendverbände. Deshalb wird die AfD die Jugendverbände weiter angreifen - und wir werden sie weiterhin verteidigen. Politisch unabhängig – niemals neutral!

Neben diesen Schlaglichtern gestaltet die DGB Jugend NRW ihre Arbeit mit Themenschwerpunkten für den Bezirk und unsere Regionen. Im Berichtszeitraum waren dies u. a. die Bereiche Ausbildung, Studium, Feminismus und internationale Zusammenarbeit.

Bezirksjugendkonferenz 2025: Wir sind bereit!

Wie wollen wir leben, arbeiten und lernen? Was muss sich ändern, damit junge Menschen in NRW nicht nur über ihre Zukunft reden, sondern sie gestalten können? Auf unserer Bezirksjugendkonferenz in Haltern am See trafen sich am 27. und 28. Juni 2025 über 100 Delegierte der acht DGB-Gewerkschaften und lieferten klare Antworten. Unsere Botschaft lautete: Wir wollen keine faulen Kompromisse, keinen Stillstand und kein sozialpolitisches Klein-Klein. Wir wollen gute Ausbildung, ein bezahlbares Studium und sichere Perspektiven – und zwar jetzt! Auf der Konferenz wurde diskutiert, gestritten und beschlossen – zu Themen wie Ausbildungsqualität, demokratische Bildung, Antifaschismus, feministische Kämpfe und internationale Solidarität.

Andreas Jansen

Abteilungsleiter
Jugend und
Demokratie



Kommunikation: Starke Botschaften auf allen Kanälen

Der DGB ist das politische Sprachrohr seiner acht Mitgliedsgewerkschaften. Eine professionelle Kommunikation ist daher unerlässlich. Unsere Presse- und Social Media-Arbeit leistet einen wichtigen Beitrag, um unsere Positionen in die öffentliche Debatte einzubringen und den Gewerkschaften eine starke Stimme im politischen Diskurs zu geben. Mit unserer internen Kommunikation sorgen wir dafür, dass Haupt- und Ehrenamtliche im DGB immer aktuell über die Arbeit des DGB NRW informiert sind und inhaltlich mit einer Stimme sprechen können.

Welchen Kommunikationsweg wir wählen, hängt vom jeweiligen Kommunikationsziel ab. Bei jedem politischen Anliegen gilt es zu überlegen, welche Zielgruppen angesprochen und überzeugt werden müssen, um es erfolgreich umzusetzen. Unsere Pressearbeit zielt darauf ab, unsere Botschaften so zu setzen, dass Vertreter*innen von Printmedien, Radio und Fernsehen sie als relevant einordnen und darüber berichten. Über die sozialen Medien haben wir die Chance, direkt mit den Nutzer*innen in Kontakt zu treten. Mithilfe mehrerer Kanäle sprechen wir gezielt unterschiedliche Zielgruppen an. Eine übersichtliche und moderne Homepage richtet sich an all diejenigen, die nach Informationen suchen und einen Überblick über die Themen des DGB NRW bekommen wollen. Und schließlich wollen wir mit unserem internen Newsletter unsere haupt- und ehrenamtlichen Kolleg*innen erreichen und ihnen Unterstützung für ihr eigenes gewerkschaftliches Engagement geben.

Pressearbeit: Themen setzen in Zeitung, Radio und Fernsehen

Eine erfolgreiche Pressearbeit hat das Ziel, Einfluss auf den öffentlichen Diskurs zu nehmen. Eine breite Berichterstattung erhöht zudem den Druck auf Ministerien und Fraktionen, unsere Forderungen aufzunehmen und umzusetzen. Damit kommt der DGB NRW seinem Auftrag nach, die Gewerkschaften politisch zu vertreten. Es ist daher klar, dass sich unsere Pressearbeit vor allem mit der Landespolitik auseinandersetzt und sich an die Landeskorrespondent*innen und -redaktionen richtet. Wir kommentieren Gesetzesvorhaben der Landesregierung und Vorschläge der Opposition und bringen eigene Forderungen in den politischen Prozess ein. Dabei dreht sich im Kern alles um die Frage, wie die Situation der Beschäftigten in NRW verbessert werden kann.

Nur wenn Verbreitungstermin und -weg bewusst gewählt werden, gelingt es, mit einer Botschaft medial durchzudringen. Egal ob Pressemitteilungen, Pressekonferenzen, Interviews in Print, Funk und Fernsehen oder Hintergrundgespräche – immer bereiten wir die Themen inhaltlich und sprachlich so auf, dass sie für Journalist*innen interessant und ansprechend sind und überlegen uns einen geeigneten Termin zur Veröffentlichung. Pressemitteilungen wurden im Berichtszeitraum hauptsächlich genutzt, um tagesaktuell landespolitische Ereignisse zu kommentieren oder auf zentrale Veranstaltungen oder Aktionen des DGB NRW hinzuweisen. Hatten wir das Ziel, ein eigenes Thema zu setzen und in den öffentlichen Diskurs einzubringen, organisierten wir Pressekonferenzen im DGB-Haus in Düsseldorf oder waren bei der Landespressekonferenz im Landtag zu Gast. Dort stellten wir Reports, wissenschaftliche Studien und Gutachten vor oder informierten über die Forderungen der Gewerkschaften zu Anlässen wie dem 1. Mai oder anstehenden Wahlen (s. Kasten). Ein Schwerpunktthema war unsere Forderung nach einer Tarifwende und einem Tariftreuegesetz in NRW.

Um hierbei den Druck auf die Landesregierung zu erhöhen, fanden dazu im Berichtszeitraum gleich drei Pressekonferenzen statt – natürlich immer



Anja Weber, Mohamed Boudih und der Betriebsrat Dennis Schneider bei der Pressekonferenz „Tarifbindung in NRW stärken!“ im März 2024 // © DGB NRW

mit anderen interessanten Gesprächspartner*innen und aktuellem Material. Dieses Engagement hat sich ausgezahlt: Am 1. Mai 2024 sagte der Ministerpräsident zu, ein Tariftreuegesetz für Nordrhein-Westfalen auf den Weg zu bringen. Zum Redaktionsschluss war der Gesetzentwurf der Landesregierung gerade in Arbeit.

Neben der Vorsitzenden des DGB NRW und Expert*innen, die unsere Forderungen in Pressegesprächen mit Zahlen, Daten und Fakten untermauerten, gewann das sogenannte Story-Telling in den vergangenen vier Jahren immer mehr an Bedeutung. Um ein Thema greifbarer zu machen, luden wir zu unseren Pressegesprächen immer wieder Menschen ein, die aus eigener Erfahrung darüber berichten konnten. So schilderte ein Betriebsrat im März 2024, wie er in seinem Unternehmen für einen Tarifvertrag kämpft, eine Krankenpflegerin stellte im Juni 2024 vor der Landespressekonferenz die Belastungssituation in Krankenhäusern dar und junge Azubis bereicherten unsere Pressekonferenzen zum Ausbildungsreport mit ihren Erlebnissen. Besonders eindrucksvoll waren die persönlichen Erzählungen osteuropäischer Beschäftigter, die wir im Rahmen unserer Pressekonferenz „Gegen

Ausbeutung mitten in NRW – Für ein Europa mit fairen Arbeitsbedingungen für alle!“ im Mai 2024 zu Gast hatten. Mit dem Duisburger Hafen wählten wir für diese Pressekonferenz zudem bewusst einen Ort, der das Thema für die geladenen Journalist*innen zusätzlich veranschaulichte.

Bei einigen Themen ist es sinnvoll, Pressekonferenzen mit einem oder mehreren Partnern gemeinsam durchzuführen. So hat sich eine jährliche Pressekonferenz in den Räumen der Bundesagentur für Arbeit etabliert, bei der DGB NRW, unternehmer.nrw und die Regionaldirektion der Agentur für Arbeit aus ihrem jeweiligen Blickwinkel die Lage auf dem NRW-Arbeitsmarkt bewerten. Aus aktuellem Anlass lud der Ministerpräsident im März 2022 die Sozialpartner zu einem Spitzengespräch mit anschließender Pressekonferenz zu den Folgen des Ukraine-Krieges für die NRW-Wirtschaft ein. Und auch die Pressekonferenz „Gegen Ausbeutung mitten in NRW – Für ein Europa mit fairen Arbeitsbedingungen für alle!“ fand in Zusammenarbeit statt: Arbeit und Leben NRW und das Projekt „Faire Mobilität“ bereicherten durch ihre Expertise und ihr hohes Engagement den Termin ganz wesentlich.

Natürlich machen wir auch mit unseren Mitglieds-gewerkschaften immer wieder gemeinsam Pressearbeit. In regelmäßigen Abständen lädt die Abteilung Kommunikation die Presse- und Social Media-Beauftragten der acht Gewerkschaften zum Austausch ein und kommt damit der Rolle des DGB als Dachverband nach. In den vergangenen vier Jahren riefen wir zudem gemeinsam zu anstehenden Wahlen auf und unterstützten uns bei Presseanfragen und Pressekonferenzen. So nahm zum Beispiel der Vorsitzende der NGG NRW, Mohamed Boudih, im März 2024 an der Pressekonferenz zum Thema Tarifwende teil und schilderte die Dringlichkeit aus der Sicht seiner Gewerkschaft.

Ein zentraler Bestandteil der Pressearbeit des DGB NRW ist zudem die Beantwortung von Presseanfragen. Nicht nur der DGB selbst hat Interesse, in Print, Radio und Fernsehen vorzukommen, auch die Journalist*innen schätzen den DGB als relevanten

landespolitischen Akteur und wichtige zivilgesellschaftliche Stimme. So kümmerte sich die Pressestelle in den letzten vier Jahren schnell, zuverlässig und inhaltlich fundiert um eine hohe Anzahl an Medienanfragen zu vielfältigsten landespolitischen und gewerkschaftlichen Themen und sorgte damit für eine hohe Sichtbarkeit des DGB in den NRW-Medien.

Mediale Aufmerksamkeit erreichten wir im Berichtszeitraum zudem über große Interviews mit der DGB NRW-Vorsitzenden, die wir den Redaktionen proaktiv vorschlugen oder von diesen selbst angefragt wurden. Von WAZ und Rheinischer Post über WDR 5 bis zum WDR-Fernsehen – in diesen und vielen weiteren Medien bekam der DGB NRW viel Platz und Sendezeit, um gewerkschaftliche Kernthemen zu transportieren und aktuelle politische Ereignisse zu kommentieren.



Anja Weber und Andreas Jansen stellen Journalist*innen den Ausbildungsreport 2023 vor // © DGB NRW

Pressekonferenzen 2022 – 2025



2022

- 1. März
Pressegespräch zum Spitzengespräch „Folgen des russischen Angriffs auf die Ukraine für Versorgungssicherheit und Arbeitsplätze in NRW“ mit Ministerpräsident Wüst und unternehmer.nrw
- 19. April
Pressegespräch zum 1. Mai und den gewerkschaftlichen Forderungen zur Landtagswahl
- 14. Juni
Landespressekonferenz zur DGB-Studie „Tarifverträge und Tariffucht – Anforderungen an die neue Landesregierung“
- 19. Dezember
Jahresbilanz zum NRW-Arbeitsmarkt mit Bundesagentur für Arbeit und unternehmer.nrw

2023

- 18. April
Pressegespräch zum 1. Mai und landespolitischen Forderungen
- 14. Mai
Landespressekonferenz zur DGB-Studie „Investieren jetzt! – Für Klimaschutz, Demokratie und soziale Gerechtigkeit in NRW“
- 29. November
Pressegespräch zum Ausbildungsreport der DGB-Jugend NRW
- 15. Dezember
Jahresbilanz zum NRW-Arbeitsmarkt mit Bundesagentur für Arbeit und unternehmer.nrw

2024

- 19. März
Pressegespräch „Tarifbindung in NRW stärken!“
- 26. April
Pressegespräch zum 1. Mai und landespolitischen Forderungen
- 28. Mai
Pressegespräch „Gegen Ausbeutung mitten in NRW – Für ein Europa mit fairen Arbeitsbedingungen für alle!“
- 25. Juni
Pressegespräch zum „Index Gute Arbeit“ – Wie Beschäftigte ihre Arbeit bewerten
- 8. Oktober
Landespressekonferenz „Investitionsnotstand in NRW beenden!“
- 12. November
Pressegespräch zum Ausbildungsreport der DGB-Jugend NRW
- 5. Dezember
Jahresbilanz zum NRW-Arbeitsmarkt mit Bundesagentur für Arbeit und unternehmer.nrw

2025

- 18. März
Landespressekonferenz „Tarifbindung in NRW stärken – Anforderungen des DGB an die Landesregierung“
- 26. August
Landespressekonferenz mit dem Bündnis „Wir wollen wohnen!“
- 1. Oktober
Landespressekonferenz „Investieren jetzt!“ (Update 2025)



Im Interview mit WDR 5 erläutert Anja Weber die Forderungen und Aktivitäten des DGB NRW zum 1. Mai 2023 // © DGB NRW

Neben klassischer Pressearbeit helfen uns öffentlichkeitswirksame Aktionen, wie beispielsweise gegen die 41-Stunden-Woche bei Beamt*innen im Juni 2023 vor dem Finanzministerium, für mehr Investitionen in Bildung vor dem Landtag im März 2022 oder für eine Tarifwende vor der Staatskanzlei im Mai 2024, mehr mediale Aufmerksamkeit zu bekommen. Diese Termine zielen vor allem auf eine breite Bildberichterstattung ab und schaffen für Fotograf*innen und Fernseherteams einen Anlass, Positionen des DGB an ihre Zuschauer*innen zu vermitteln. Und auch bundesweiten Aktionstagen – wie z.B. der Verteilaktion #Tarifwende im September 2024 – verhelfen wir zu medialer Aufmerksamkeit, indem wir Pressevertreter*innen informieren und ihnen anbieten, bei bestimmten Verteilaktionen in NRW dabei zu sein und aus erster Hand zu berichten. Gleiches gilt für den Frauentag am 8. März, dem Tag der Arbeit am 1. Mai und dem Anti-Kriegstag am 1. September: Wir machen die vielen DGB-Aktionen, die landesweit in unseren Regionen und Stadt- und Kreisverbänden stattfinden, sichtbar und laden die Medien zur Berichterstattung ein.

Auch größere Veranstaltungen des DGB NRW werden durch die Abteilung Kommunikation mitbetreut. Dazu gehört nicht nur die gezielte Ansprache von Medienvertreter*innen im Vorfeld und die Begleitung auf unseren Social Media-Accounts, sondern auch die Mitarbeit an der Veranstaltungsplanung.

Denn durch einen aussagekräftigen Ort, spannende Gäste und ein ansprechendes Programm wird eine Veranstaltung erst für unsere Zielgruppe in den klassischen und online-Medien interessant. Ob die Betriebs- und Personalräte-Konferenzen zur Landtags-, Bundestags- und Europawahl (2022/2024/2025), der große Demokratiekongress 2023, die Bezirksfrauenkonferenz 2025 oder sämtliche landeszentralen Kundgebungen zum 1. Mai – die Abteilung Kommunikation hat sich jeweils in die Planung eingebracht und die Botschaften multimedial nach außen transportiert.

Sichtbar. Vernetzt. Wirksam. Online-Kommunikation beim DGB NRW

Wenn 95 Prozent der Menschen in Deutschland täglich Online-Medien nutzen, ist das für uns Auftrag und Chance zugleich. Die Online-Kommunikation ist längst nicht mehr nur ein ergänzender Kanal zur Pressearbeit, sondern ein zentrales Werkzeug, um gewerkschaftliche Inhalte zielgenau, aktuell und dialogorientiert zu verbreiten. Unsere Social Media-Auftritte, die DGB-Webseite und der interne Newsletter bieten verschiedene Wege, mit unseren Mitgliedern sowie gewerkschaftlich interessierten Menschen in Kontakt zu kommen. Einige Kanäle eignen sich

darüber hinaus auch, Politiker*innen und Journalist*innen zu erreichen und machen damit unsere Online-Kommunikation zum breiten Kommunikationsweg in eine Vielzahl an Zielgruppen.

Gerade in Zeiten, in denen Aufmerksamkeit ein knappes Gut ist, ermöglichen uns digitale Formate, schnell auf Entwicklungen zu reagieren, Themen zu begleiten und unsere Positionen klar und pointiert zu vermitteln. Dabei geht es nicht nur um Reichweite. Es geht auch um Beteiligung, um Austausch, um das Gefühl, Teil einer starken Bewegung zu sein. Die Corona-Pandemie und die damit einhergehende Digitalisierung zu Beginn des Berichtszeitraums hat die Online-Kommunikation massiv aufgewertet und auch beim DGB Prioritäten dahingehend verschoben – sowohl was die technische Ausstattung angeht als auch das Know How durch Weiterbildungen.

Gleichzeitig muss immer wieder auf aktuelle Entwicklungen und Trends im Social Media-Kosmos reagiert werden: Im Berichtszeitraum hat sich beispielsweise die Kanal-Landschaft stark gewandelt, einige sind neu dazugekommen oder haben ihre Marktmacht massiv ausgebaut (z. B. Threads, Instagram oder TikTok), während andere umbenannt wurden und sich zunehmend zu fragwürdigen Propaganda-Maschinen entwickeln (Twitter/X). All solche Entwicklungen gilt es im Blick zu behalten, sich innerorganisatorisch abzustimmen und entsprechende Schlussfolgerungen zu ziehen, um die Online-Kommunikation des DGB zeitgemäß und zielgerichtet betreiben zu können.



Die neue Webseite des DGB NRW – modern, übersichtlich und nutzer*innenorientiert // © DGB NRW

365-Grad-Kommunikation: Unsere internen und externen Kanäle

Unsere Online-Kommunikation richtet sich sowohl nach innen als auch nach außen – an Haupt- und Ehrenamtliche im DGB, Gewerkschaftsmitglieder, Interessierte, Politik und die breite Öffentlichkeit. Dafür setzen wir auf sechs verschiedene digitale Kanäle, die jeweils eigene Stärken, Zielgruppen und Nutzungskulturen mitbringen. Unsere Inhalte sind dabei passgenau auf die jeweilige Plattform abgestimmt – vom kurzen Social-Media-Post bis zum ausführlichen Webseiten-Text. Dabei steht immer im Zentrum: Unsere Themen verständlich zu vermit-

tern, sie weit zu streuen, echten Mehrwert zu bieten und den Dialog mit Nutzer*innen zu fördern.

Die Bezirkswebsite nrw.dgb.de bietet das umfangreichste Angebot an Informationen, das monatlich von mehreren tausend Menschen genutzt wird. Hier finden sich Pressemitteilungen, Faktenblätter, Studien, Stellungnahmen, Kampagnen-Materialien und Fachartikel. Dadurch fungiert die Seite als Informationshub zu unseren politischen Themen, aber auch zu beliebten



Online-Kanäle des DGB NRW

- nrw.dgb.de
Website des DGB NRW
- **Instagram** // Größtes soziales Netzwerk, hat Fokus auf Bildern und Videos
- **Facebook** // Eins der ältesten und etabliertesten sozialen Netzwerke
- **Twitter/X** // Kurznachrichtendienst mit begrenzter Zeichenzahl
- **LinkedIn** // Das ursprüngliche Business-Netzwerk wird immer mehr zur Mainstream-Social Media-Plattform
- **YouTube** // Video-Plattform mit sozialen Funktionen
- **Newsletter „DGB NRW News exklusiv“**
E-Mail-Newsletter für haupt- und ehrenamtlich Aktive des DGB NRW

Service-Inhalten wie die jeweils aktuelle Besoldungstabelle oder Argumentationshilfen gegen Rechtspopulisten. Fotos und Videos von Veranstaltungen, Terminhinweise und wichtige Informationen zu den Mitgliedsgewerkschaften und den DGB-Regionen runden das Angebot auf der Webseite ab.

Indem wir unsere Inhalte immer wieder aktualisieren und gezielt für das Web aufbereiten, sorgen wir dafür, dass wir bei Suchmaschinen wie Google gut gefunden werden. Das ist entscheidend: In einer Zeit, in der viele Menschen ihre Informationen online suchen, macht eine starke Sichtbarkeit im Netz den Unterschied. Mit unserer Expertise bieten wir uns damit als direkten und kompetenten Ansprechpartner an.

Um inhaltlich, technisch und unter Design-Gesichtspunkten mit der Zeit zu gehen, haben wir in der zweiten Hälfte des Berichtszeitraums einen vollständigen Relaunch unserer Webseite vorgenommen. Dabei wurde das Design modernisiert, alle Fotos und Texte überprüft und angepasst und der mobilen Funktionalität besonderes Augenmerk geschenkt. Strategisch änderte sich der Fokus um 180 Grad: Wo die Webseite vorher eher ein Kanal zum Senden von Botschaften war, wurde jetzt viel Wert auf die zielgruppengerechte Ausrichtung der neuen Seite gelegt und der User und seine Wünsche und Fragen in den Mittelpunkt gestellt.

Social Media-Kommunikation

Mit Social Media erreichen wir unsere Zielgruppe genau dort, wo sie ohnehin täglich viele Stunden verbringt – deshalb sind wir auf drei großen Plattformen aktiv: Facebook, Twitter und Instagram. Mit jedem dieser Kanäle erreichen wir unterschiedliche Zielgruppen und jede Plattform bietet verschiedene technische Möglichkeiten, unsere Botschaften zu platzieren.

Grundsätzlich unterscheidet sich die Social Media-Kommunikation deutlich von allen anderen Kanälen der Öffentlichkeitsarbeit dahingehend, dass es hier direktes Feedback von der Followerschaft gibt.

Reaktionen wie Likes, geteilte Beiträge oder Kommentierungen zeigen, wie der Content ankommt und die Nutzer*innen über ein konkretes Thema denken. Hier bietet sich die Möglichkeit, in die Diskussion zu gehen, Fragen zu beantworten und auf weitere Informationen hinzuweisen. Social Media ist somit der direkteste digitale Kanal, über den der DGB NRW kommuniziert und Resonanz erfährt.

Facebook

Facebook ist für den DGB ein wichtiges Werkzeug, um junge Nutzer*innen, aber gerade auch ältere Menschen, direkt zu erreichen. Hier veröffentlichen wir mehrmals pro Woche Content – vor allem Grafiken, Fotos mit Zitaten und Videos rund um unsere Themenfelder. Unser Fokus liegt dabei klar auf Nordrhein-Westfalen. Wir liefern kompakte Infos, zum Beispiel zu Studienergebnissen, und bringen unsere politischen Forderungen visuell auf den Punkt – so, dass sie leicht verständlich und gut teilbar sind. Unsere Community bekommt dadurch einen schnellen Überblick über die wichtigsten Themen und Aktivitäten des DGB NRW. Dabei steht nicht die ausführliche Wissensvermittlung im Vordergrund – dafür



Mit plakativen Social Media-Kacheln schaffen wir Aufmerksamkeit und bringen unsere Botschaften auf den Punkt // © DGB NRW

nutzen wir Kanäle wie unsere Website. Auf Facebook geht es darum, mit plakativen Botschaften die Aufmerksamkeit der Nutzer*innen auf unsere Themen zu lenken und klar zu zeigen, wofür wir stehen.

Eine Ausnahme bilden unsere Kampagnen und Social-Media-Strecken: Hier widmen wir uns über einen längeren Zeitraum einem Thema und beleuchten es aus verschiedenen Blickwinkeln – wie zuletzt bei der Kampagne zur Tarifbindung. Mit Fotostrecken, Videointerviews und Statements sowie inhaltlichen Postings haben wir das Thema für eine längere Zeit prominent auf unseren Kanälen gehalten und so Druck gemacht. Im Gegensatz zu den anderen beiden Social Media-Plattformen eignet sich Facebook hervorragend für Fotostrecken. Hier können wir größere NRW-weite Aktionen wie den 1. Mai, den Internationalen Weltfrauentag oder den Antikriegstag durch Bildergalerien abbilden und zeigen, was der DGB im ganzen Land auf die Beine gestellt hat.

wird, erreicht er nicht nur unsere eigene Follower-schaft. Schaut man in die Statistik, so sehen sogar mehr Menschen unsere Beiträge, die noch nicht unseren Kanälen folgen, als unsere eigenen Follower. Instagram ist somit ein guter Kanal, um Themen auch außerhalb unserer gewerkschaftlichen Blase zu platzieren.

Neben regulären Postings zu unserer politischen Arbeit kommt Instagram vor allem im Bereich der Liveberichterstattung zum Einsatz. Tagungen wie der Demokratiekongress 2023 oder die Sozialkonferenz 2025, Demonstrationen/Kundgebungen wie der Tag der Arbeit oder der Stahlaktionstag von IG Metall und IGBCE 2025 oder öffentlichkeitsstarke Aktionen vor dem Landtag oder Ministerien (z. B. die Plakataktion zu Bildung 2022 oder die Seifenblasenaktion zur Modernisierungsoffensive im Öffentlichen Dienst 2023) werden mit Storys begleitet und bekommen so noch einmal einen Reichweiten-schub. Auch Inhalte von DGB-Regionen, dem Bundes-DGB, Gewerkschaften und weiteren Bündnispartnern werden dort geteilt und somit verstärkt.

Instagram

Instagram ist für den DGB NRW der zentrale Kanal, um insbesondere jüngere Zielgruppen direkt anzusprechen. Dabei eignet sich die Plattform aufgrund ihrer Mechanik und technischen Möglichkeiten ideal, um komplexe Themen kompakt und aufmerksamkeitsstark aufzubereiten – sei es mit Grafiken, kurzen Videos oder Story-Formaten.

Wo zu Beginn des Berichtszeitraums noch Facebook der wichtigste Social Media-Kanal für den DGB NRW war, hat sich dies über die vergangenen vier Jahre hin zu Instagram verschoben. Hier ist die Follower*innenzahl mit gut 2.500 (ein Plus von rund 1.000 Nutzer*innen innerhalb des Berichtszeitraums) zwar deutlich geringer als bei Facebook, doch werden die Beiträge, Storys und Reels auf Instagram aufgrund des Algorithmus in der Regel mehr Menschen angezeigt als bei Facebook. Da unser Content vielfach geteilt



Über Karussell-Posts lassen sich bei Instagram auch komplexere Themen gut transportieren © DGB NRW



Twitter/X

Twitter – inzwischen unter dem Namen „X“ bekannt – war für den DGB NRW im Berichtszeitraum ein wichtiges Instrument zur schnellen Kommunikation in eine gänzlich andere Zielgruppe als bei Facebook und Instagram. Hier erreichen wir vor allem Entscheidungsträger*innen in der Politik und Journalist*innen, wobei letztere mitunter auch durch unseren Content zur Berichterstattung über ein bestimmtes gewerkschaftliches Thema motiviert werden. Grundsätzlich bietet uns Twitter die Möglichkeit, tagesaktuell auf politische Entwicklungen zu reagieren und gewerkschaftliche Positionen sichtbar zu machen. Auch wird der Kanal genutzt, um den Content unserer acht Gewerkschaften von deren eigenen Kanälen zu teilen und so deren Reichweite zu steigern.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass es mit der Übernahme von Twitter durch Elon Musk immer schwieriger geworden ist, mit unserem Content durchzudringen. Der Algorithmus wird immer gewerkschaftsfeindlicher und schmälert zunehmend die Reichweite. Deshalb führen auch wir die Diskussion einer Beendigung unseres Engagements auf dieser Plattform, da sie sich immer weiter in Richtung Populismus und rechter Hetze bewegt. Parallel sind wir auf der Suche nach einer Alternative zu X, die es uns ermöglicht, weiterhin politische Entscheidungsträger*innen sowie Journalist*innen direkt über Social Media zu erreichen. Bis zum Redaktionsschluss ist hierbei noch keine endgültige Entscheidung gefallen. Allerdings planen wir, einen Account bei LinkedIn zu erstellen und zu testen, ob wir damit eine ähnliche Zielgruppe erreichen können.

YouTube

Auf unseren Social Media-Kanälen ist im Berichtszeitraum vor allem der Einsatz von Videos stark gestiegen. Dies hat zum einen damit zu tun, dass Bewegtbild sehr viel nahbarer ist und besser eine emotionale Verbindung zum Inhalt fördern kann. Zum anderen sind Videos auch durch die Algorithmen massiv bevorzugt und ihr Einsatz sorgt dafür, dass unsere Reichweite größer ist als bei rein statischen Postings mit Bildern oder Grafiken. Die

Spanne reicht von Videostatements der Gewerkschaftsspitzen über Veranstaltungsrückblicke bis hin zu Videointerviews. Auch kurze Imagefilme gehören mittlerweile zum Repertoire. Zudem werden mehr Veranstaltungen live gestreamt, sodass sie einer größeren Zahl von Zuschauer*innen gezeigt und auch im Nachgang angeschaut werden können. Gebündelt werden diese Filme auf dem YouTube-Kanal des DGB NRW, der als Archiv dient und es ermöglicht, Video-Content auch jenseits von Facebook und Twitter verbreiten zu können. In einer sich ständig wandelnden Medienlandschaft heißt es auch bei Social Media: dranbleiben, investieren und mitentwickeln. Plattformen verändern laufend ihre Algorithmen, Funktionen und Regeln – neue Trends entstehen, Nutzerverhalten wandelt sich, und neue Kanäle kommen hinzu. Für den DGB NRW bedeutet das: Wir müssen flexibel bleiben, experimentierfreudig sein und unsere Online-Kommunikation kontinuierlich weiterentwickeln.

Ein Blick auf die Branche zeigt: Die digitale Kommunikation ist längst professionalisiert. Viele Organisationen arbeiten mit großen Teams und investieren viel Geld in hochwertigen Content. Was nach einem „schnellen Video“ aussieht, steckt oft voller Aufwand – von der Idee über den Dreh und Schnitt bis zur Veröffentlichung und der Community-Begleitung. Der Wettbewerb um Aufmerksamkeit ist enorm. Gerade im Bereich der politischen Kommunikation konkurrieren wir mit reichweitenstarken Inhalten – von Entertainment über Lifestyle bis zu Influencer-Content. Umso wichtiger ist ein überzeugender, kreativer Auftritt, der klar Haltung zeigt und dennoch Menschen emotional erreicht. Fest steht: Social Media wird für die gewerkschaftliche Arbeit weiter an Bedeutung gewinnen. Mit klugen Strategien, professionellem Content und gezieltem Ressourceneinsatz kann der DGB hier einen wichtigen Beitrag leisten.

Interne Kommunikation: Mitnehmen, verbinden, vernetzen.

Gute Kommunikation findet nicht nur nach außen statt – auch der Informationsfluss nach innen ist entscheidend. Für den DGB NRW bedeutet das: ein enger, regelmäßiger und verlässlicher Dialog mit den



Der 14-tägige Newsletter bietet Orientierung, Übersicht und Informationen © DGB NRW



acht Mitgliedsgewerkschaften (s. o.) und den engagierten Kolleg*innen vor Ort – denn nur ein abgestimmter und einheitlicher Auftritt über alle Ebenen stärkt die Wahrnehmung des DGB als kompetenter Akteur. Für die Regionen liefert der Bezirk regional anpassbare Inhalte und steht den Kolleg*innen beratend zur Seite: bei strategischen Fragen, bei der Umsetzung von Online-Aktivitäten, digitalen Veranstaltungen oder auch bei der Krisenkommunikation.

Erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit funktioniert nur mit der Basis, mit den Kolleg*innen vor Ort. Um Ehrenamtliche aktiv einzubinden, bei Aktionen mitzuneehmen und kontinuierlich über aktuelle Entwicklungen zu informieren, setzen wir auf unseren 14-tägigen Newsletter „DGB NRW News exklusiv“. Gemeinsam mit den zweimal jährlich stattfindenden Ehrenamtstagen stellt er sicher, dass Kreis- und Stadtverbände sowie Regionen immer auf dem aktuellen Stand sind. Der Newsletter bietet ein breites Spektrum: Über das Editorial, Pressemitteilungen und -statements, Stellungnahmen und Faktenblätter erhalten Ehrenamtliche die aktuellen DGB-Positionen mit entsprechenden Wordings, um vor Ort sprechfähig zu sein. Ergänzt wird der Inhalt durch exklusive Hintergrundinformationen, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind. Fotogalerien von Aktionen und Veranstaltungen aus NRW stärken zudem das Gemeinschaftsgefühl und zeigen Wertschätzung für das Engagement vor Ort. Aktionsmaterialien, Stellenausschreibungen,

Termintipps und weitere nützliche Hinweise runden den Newsletter ab. Als Medium für die schnelle und kompakte Wissensvermittlung hat sich unser neues Format „Klipp&Klar“ etabliert. Auf einer Doppelseite bekommen Gewerkschafter*innen die wichtigsten Positionen und Wordings zu jeweils einem konkreten Thema an die Hand. Ob Fachkräftemangel, Investitionen, Gewalt an Frauen oder Tariftrueugesetz – zu diesen und anderen Themen bieten wir leicht verständliche Faktenblätter, die online genutzt oder vor Ort ausgedruckt und verteilt werden können.



Gut informiert mit unserer „Klipp & Klar“

- **Fachkräftepotenzial heben! Menschen eine faire Chance geben!**
Strategien gegen den Fachkräftemangel in NRW, November 2022
- **Frauen gewinnen!**
Wer Fachkräfte sucht, kann auf Frauen nicht verzichten, Februar 2023
- **Zukunft gestalten statt Mangel verwalten!**
NRW kann und muss deutlich mehr investieren, November 2023
- **Integrieren statt stigmatisieren!**
Langzeitarbeitslose in Arbeit vermitteln, Februar 2024
- **Stopt Gewalt an Frauen!**
November 2024
- **Für ein Tariftrueugesetz in NRW, das wirkt!**
Juni 2025

Julia Bandelow

Abteilungsleiterin Kommunikation



Organisation, Veranstaltungen, Kampagnen: Starke Unterstützung für Bezirk, Regionen und Ehrenamt

In den letzten vier Jahren richtete der DGB NRW zahlreiche Veranstaltungen, Aktionen und Kampagnen aus. Dabei waren die Zielgruppen genauso unterschiedlich wie die Themen und Anlässe. Orte des Austauschs und der politischen Bildung für unser Ehrenamt gehörten ebenso dazu wie große Betriebs- und Personalrätekonferenzen während der heißen Wahlkampf-Phase.

Vor Ort mit starker Stimme: Stadt- und Kreisverbände in NRW

Zum DGB NRW gehören neben dem Bezirk und seinen elf Regionen auch 48 Stadt- und Kreisverbände sowie zwei kommunale Netzwerke. Die DGB-Stadt- und Kreisverbände bilden die ehrenamtliche Satzungsebene des DGB und seiner acht Mitgliedsgewerkschaften. Sie geben dem DGB in den Kommunen ein Gesicht und eine politische Stimme.

Bei allen Aktivitäten von Haupt- und Ehrenamtlichen steht im Mittelpunkt, den DGB als Dachverband seiner Mitgliedsgewerkschaften und als gemeinsamen Bund der Gewerkschaften zu präsentieren. Die „Richtlinie über ehrenamtliche Kreis- und Stadtverbände im DGB“ regelt entsprechend, dass in den Vorständen der Stadt- und Kreisverbände möglichst alle acht, mindestens aber vier Mitgliedsgewerkschaften personell vertreten sein müssen. Die gewählten Mitglieder der Stadt- und Kreisverbände übernehmen für die Gewerkschaftsfamilie vor Ort wichtige Aufgaben. Unterstützt werden die ehrenamtlichen Vorsitzenden und Vorstände vor allem durch die hauptamtliche Struktur in den DGB-Regionsgeschäftsstellen.

Der DGB-Bezirk unterstützte die ehrenamtlichen Kolleg*innen auf unterschiedlichen Wegen, zum Beispiel durch einen zwei-wöchentlichen Newsletter (vgl. Kapitel Kommunikation) und mit regelmäßigen gemeinsamen Veranstaltungen, den sogenannten Ehrenamtstagungen. Und auch der Bundesvorstand machte im Berichtszeitraum mehrere Angebote, um alle Ehrenamtlichen zusammenzubringen und in die gemeinsame Diskussion zu kommen. Um den Informationsfluss in die Regionen, Kreise und Städte sicherzustellen, nahm in den letzten Jahren in der Regel pro Region auch mindestens eine hauptamtliche Kollegin oder ein hauptamtlicher Kollege an den Tagungen teil. Ein großer Erfolg sind auch die bundesweiten Aktionstage, die vor allem vom Ehrenamt getragen werden. Im Berichtszeitraum gab es diese zu den Themen Mindestlohn (28. September 2022) und Tarifwende (18. September 2024). An jeweils rund 50 Orten in NRW verteilten haupt- und ehrenamtliche Kolleg*innen Infomaterial und kamen an Bahnhöfen, vor Werkstoren oder an zentralen Plätzen mit den Passant*innen ins Gespräch.

Im Berichtszeitraum fanden folgende landesweite und bundesweite Veranstaltungen mit unseren Kreis- und Stadtverbänden statt:

19. März 2022 Ehrenamtstagung „Zukunftsdialog und europäische Friedensarchitektur“ in Düsseldorf

Auf dieser Tagung beschäftigten wir uns mit verschiedenen Best-Practice-Beispielen aus unseren Regionen – u. a. mit der politischen Mittagspause, einer Drei-Betriebe-Tour sowie einem Kneipen-Talk. Außerdem standen Fragen zum Zukunftsdialog auf der Agenda: Was wünschen wir uns vom Zukunftsdialog? Wie können wir Kolleg*innen für unsere Ehrenamtsarbeit gewinnen? Welche Unterstützung bieten wir bei den laufenden Betriebsratswahlen? Zum Schluss tauschten wir uns zum Thema „Frieden für die Ukraine“ aus – insbesondere darüber, wie Perspektiven einer neuen europäischen Friedensarchitektur entstehen könnten. Ein entsprechender Input kam von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung.

24. bis 25. Juni 2022
DGB-Zukunftswerkstatt 2022
„Zukunft gestalten wir“ in Hattingen

Im Nachgang zum Bundeskongress 2022 lud der DGB-Bundesvorstand die ehrenamtlichen Kolleg*innen nach Hattingen ein. Dort gab es einen ersten Einblick in die anstehenden Themen und alle neun DGB-Bezirke präsentierten ihre Arbeitspläne.

In Arbeitsgruppen führten wir lebhaft Diskussionen über aktuelle gewerkschaftliche Themen, u.a. zu Öffentlichkeitsarbeit im Ehrenamt, den neuen Friedens- und sicherheitspolitischen Herausforderungen, einer umlagefinanzierten Ausbildungsgarantie und neuen Ideen für den 1. Mai.

24. September 2022
Ehrenamtstagung
„Vom Zukunftsdialog zur Zukunftswerkstatt – Der DGB im Jahr 2023“ in Essen

Die zweite Ehrenamtstagung im Jahr 2022 begann mit einem moderierten Gespräch zwischen Anja Piel und Anja Weber. In der anschließenden Workshopphase diskutierten wir die Themen: Fachkräftemangel, Tarifbindung, Mietenstopp und Gewalt gegen Frauen.

25. März 2023
Ehrenamtstagung
„Demokratie braucht Ansprache“
mit Yasmin Fahimi
in Düsseldorf

Unsere ehrenamtlichen Kolleg*innen aus NRW hatten bei dieser Tagung Gelegenheit, mit unserer Bundesvorsitzenden ins Gespräch zu kommen. Nach einem spannenden Input zu aktuellen Themen und Herausforderungen nahm sich Yasmin Fahimi viel Zeit für die Diskussion.

23. bis 25. Juni 2023
Sommerwerkstatt
„Umsetzung der fünf Masterprojekte“
in Hattingen

Bei dieser bundesweiten Zusammenkunft stellte der DGB-Bundesvorstand die Ziele und Inhalte der sogenannten Masterprojekte vor. In den Masterprojekten sollten die Beschlüsse des 22. Ordentlichen Bundeskongresses bearbeitet werden. Neben intensiven Workshop-Phasen gab es die Möglichkeit, direkt mit den Mitgliedern des Geschäftsführenden Bundesvorstandes in den Austausch zu gehen.

23. September 2023
Ehrenamtstagung
„Vorfahrt für Tarifbindung“ und
„Stärkung der politischen Bildung
vor Ort“ in Essen

Auf dieser Ehrenamtstagung machten wir deutlich: Dem dramatischen Rückgang der Tarifbindung müssen wir gemeinsam entschieden entgegentreten. Es ist nötiger denn je, den gesellschaftlichen Wert von Tarifverträgen wieder in den Fokus zu rücken und den Druck auf Politik und Arbeitgeber zu erhöhen. Außerdem ging es um die Stärkung der politischen Bildung vor Ort. Mit Arbeit und Leben steht uns ein Partner für die politische Bildung vor Ort zur Verfügung. Wir nutzten die Ehrenamtstagung, um mögliche Angebote für die Arbeit in den Stadt- und Kreisverbänden zu diskutieren.



Ehrenamtstagung am 25. März 2023 mit unserer Bundesvorsitzenden Yasmin Fahimi // © DGB NRW



Ehrenamtstagung am 16. März 2024 in Düsseldorf // © Bädergesellschaft Düsseldorf GmbH/Joshua A. Hoffmann

16. März 2024
Ehrenamtstagung
„Gute Arbeit? Besser mit Europa.“
in Düsseldorf

Diese Ehrenamtstagung richtete ihren Blick auf die anstehende Europawahl und warb für ein starkes, vielfältiges Europa. Zudem behandelten wir zentrale DGB-Kampagnen wie „Investieren jetzt!“ und „Tarifbindung stärken!“ und tauschten Aktionsideen aus.

28. September 2024
Ehrenamtstagung
„Unser Konferenz- und Wahljahr 2025“
in Essen

Im Zentrum dieser Tagung standen die DGB-Organisationswahlen sowie die Kampagne zur Bundestags- und Kommunalwahl. Konrad Klingenburg, Vorstandssekretär unserer Bundesvorstandsverwaltung war zu Gast und führte in das Thema ein. Zudem reflektierten wir mit Oliver Zeisberger von der Agentur Squirrel und Nuts neue Aktionsideen.

29. März 2025
Ehrenamtstagung
„Unser Ehrenamt – Kommunalwahl 2025 –
Bezirkskonferenz“ in Düsseldorf

Im Rahmen dieser Ehrenamtstagung tauschten wir uns mit den Kolleg*innen aus den Kreis- und Stadtverbänden über die anstehende Kommunalwahl 2025 aus und sammelten praxisnahe Ideen für Aktionen und Veranstaltungen vor Ort.

Der DGB NRW bot zudem unterschiedliche Weiterbildungs- und Informationsveranstaltungen sowie Tagungen für die Kreis- und Stadtverbandsvorstände an. Angepasste Bildungsveranstaltungen wurden im Berichtszeitraum direkt von den Regionen in Zusammenarbeit mit dem DGB-Bildungswerk NRW e.V. und den Kreis- und Stadtverbänden ausgerichtet. Dabei fanden Abendveranstaltungen sowie Tages- und Zwei-Tages-Seminare statt. Die Erfahrungen aus diesen Maßnahmen bildeten die Grundlage für eine Rahmenvereinbarung mit dem DGB-Bildungswerk NRW e.V. Diese vereinfachte die Durchführung der Bildungsmaßnahmen und ermöglichte deren Bezuschussung nach dem AWbG und dem WbG. Insgesamt konnten im Berichtszeitraum 29 Seminare und Veranstaltungen durchgeführt werden.

Organisationswahlen in unseren Stadt- und Kreisverbänden

Die Wahlen in den Stadt- und Kreisverbänden wurden im Zeitraum vom 1. Juni bis zum 30. September 2025 durchgeführt:

Stadt-/Kreisverband	Wahldatum	Wahlart	Vorsitz
Region Dortmund-Hellweg			
SV Dortmund	27. Juni 2025	Vorstand	Bärbel Sumagang
SV Hamm	10. Juni 2025	Vorstand	Jörg Hensel
KV Soest	22. September 2025	Konferenz	Holger Schild
KV Unna	18. Juni 2025	Vorstand	Hans-Ulrich Bangert
Region Düsseldorf-Bergisch Land			
SV Düsseldorf	21. Mai 2025	Vorstand	Sigrid Wolf
SV Krefeld	13. Mai 2025	Vorstand	Zanda Grundberg
SV Mönchengladbach	03. Juni 2025	Vorstand	Patrick Stock
SV Remscheid	10. Juni 2025	Vorstand	Peter Lange
SV Solingen	22. Mai 2025	Vorstand	Yanick Guth
SV Wuppertal	03. Juni 2025	Vorstand	Guido Grüning
KV Mettmann	26. Mai 2025	Vorstand	Vassillios Athanassoïu
KV Neuss	02. Juni 2025	Vorstand	René Donner
KV Viersen	20. Mai 2025	Vorstand	Klaus Neufeldt
Region Emscher-Lippe			
SV Bottrop	15. September 2025	Vorstand	Pascal Steinebach
SV Gelsenkirchen	30. September 2025	Vorstand	Mark Rosendahl
KV Recklinghausen	30. September 2025	Vorstand	Désirée Küffhausen
Region Köln-Bonn			
SV Köln	07. Juli 2025	Konferenz	Dr. Witich Roßmann
KV Bonn/Rhein-Sieg	25. Juni 2025	Vorstand	Stefanie Büttgen
SV Leverkusen	09. Juli 2025	Vorstand	Jens Scheumer
KV Rhein-Erft-Kreis	16. Juni 2025	Vorstand	Thomas Nienhaus
Region Mülheim-Essen-Oberhausen			
SV Essen	12. September 2025	Vorstand	Lucas Rose
SV Mülheim	12. September 2025	Vorstand	Katrin Schledorn
SV Oberhausen	12. September 2025	Vorstand	Helena Jamal
Region Münsterland			
SV Münster	01. Juli 2025	Vorstand	Pia Dilling
KV Borken	24. Juni 2025	Vorstand	Ernst Brüninghaus
KV Coesfeld	17. Juni 2025	Vorstand	Dominik Schnabel
KV Steinfurt	05. Juni 2025	Vorstand	Günter Kleine-Katthöfer
KV Warendorf	26. August 2025	Vorstand	Keine Konstituierung

Stadt-/Kreisverband	Wahldatum	Wahlart	Vorsitz
Region Niederrhein			
SV Duisburg	28. August 2025	Vorstand	Angelika Wagner
KV Kleve	28. August 2025	Vorstand	Marcel Peters
KV Wesel	28. August 2025	Vorstand	Karina Pfau
Region Süd-West			
StädteRegion Aachen	18. Juni 2025	Vorstand	Stefan Roebrocks
KV Düren-Jülich	18. Juni 2025	Vorstand	Ulrich Titz
KV Heinsberg	18. Juni 2025	Vorstand	Heino Hamel
Region Ostwestfalen-Lippe			
SV Bielefeld	11. September 2025	Vorstand	Dilani Narendra
KV Gütersloh	28. August 2025	Vorstand	Jana Ramme
KV Herford	04. Juni 2025	Vorstand	Hans-Ulrich Mönkemeyer
KV Hochstift Paderborn	09. Juli 2025	Vorstand	Martina Bee
KV Lippe	01. Juli 2025	Vorstand	Witali Eichhorn
KV Minden-Lübbecke	05. Juni 2025	Vorstand	Katharina Schellenberg
Region Ruhr-Mark			
SV Bochum	30. Juni 2025	Vorstand	Marc Schneider
SV Hagen	03. Juli 2025	Vorstand	Adrian Joseph
SV Herne	04. Juni 2025	Vorstand	Peter Holtgreve
KV Ennepe-Ruhr	03. Juni 2025	Vorstand	Mathias Hillbrandt
KV Märkischer Kreis	08. Juli 2025	Konferenz	Manuel Bunge-Altenberg
Region Südwestfalen			
KV Siegen-Wittgenstein	24. Juni 2025	Vorstand	Bulut Surat
KV Hochsauerlandkreis	23. Juni 2025	Vorstand	Dietmar Schwalm
KV Olpe	09. Juli 2025	Vorstand	André Arenz

Seniorenpolitik – Aktive Gewerkschafter*innen im Ruhestand

Im DGB NRW besteht auf Regionsebene eine aktive und wertvolle Senior*innenarbeit. So gibt es häufig, wenn auch nicht flächendeckend, Seniorenarbeitskreise. In einigen Kreis- und Stadtverbandsvorständen sind zudem aktive Senior*innen vertreten. In Duisburg entsendet der Senioren-AK auch Kolleg*innen in den Seniorenausschuss der Stadt. Senior*innen werden in den Strukturen des DGB als eine wichtige Säule und Stütze wahrgenommen. Die Inhalte der Seniorenarbeit sind vielfältig und reichen von Freizeitaktivitäten bis hin zu politischer Arbeit.

Derzeit sind in folgenden Regionen DGB-Seniorenausschüsse aktiv:

- Region Köln-Bonn
- Region MEO
- Region Niederrhein
- Region OWL
- Region Ruhr-Mark

Aktivitäten der Senior*innen auf Bezirksebene

Mit dem Ende der Corona-Pandemie wurde auch der Austauschbedarf von aktiven Senior*innen auf Bezirksebene wieder größer. So führten wir am 2. Mai 2024 mit der Unterstützung des Kollegen Klaus Beck, bundesseniorenpolitischer Sprecher des DGB, in Düsseldorf eine gut besuchte seniorenpolitische Konferenz durch. Viele der hier anwesenden Aktiven haben bis heute ein Interesse an einem Austausch. Anlassbezogen kommt es seither wieder zu Diskussionsformaten, entweder online oder in Präsenz. Eines der dabei drängendsten Themen in NRW ist die Teilhabemöglichkeit von Senior*innen in der Kommunalpolitik. Der §27a in der Gemeindeordnung eröffnet die Möglichkeit zur Einrichtung von Seniorenvertretungen auf freiwilliger Basis. Daher ist der Ruf nach einem Seniorenmitwirkungsgesetz NRW groß.

Kollege Wilbert Gregor koordinierte die bezirkliche Seniorenarbeit in NRW über viele Jahre, inzwischen beendete er sein Ehrenamt im DGB. Für sein

außerordentliches Engagement gebührt ihm großer Dank. Ihm folgte der Kollege Dietmar Schwalm aus dem DGB-Kreisvorstand Hochsauerlandkreis. Er vertritt den DGB NRW in Sachen Seniorenarbeit auch im DGB-Bundesarbeitskreis Senioren und weiteren seniorenpolitischen Zusammenschlüssen.

Tag der Arbeit: Der 1. Mai 2022 bis 2025

Der 1. Mai ist der zentrale Tag für den DGB NRW und seine Gewerkschaften. Jahr für Jahr nutzte der DGB NRW im Berichtszeitraum den 1. Mai, um im ganzen Land mit Kundgebungen und Familienfesten seine Vorstellungen von einer solidarischen und fairen Gesellschaft publik zu machen und seine politischen Forderungen zu adressieren. Dabei sind die Veranstaltungen so vielfältig und bunt wie Nordrhein-Westfalen selbst. Die Mai-Kundgebungen werden stets von den Kreis- und Stadtverbänden sowie den Ortsverbänden inhaltlich und organisatorisch geplant und durchgeführt, häufig in Zusammenarbeit mit den DGB-Regionsgeschäftsstellen. Auch die jeweils vor Ort vertretenen Gewerkschaften unterstützen tatkräftig.

Im Berichtszeitraum entwickelten sich die Anzahl der Mai-Kundgebungen und die Teilnehmer*innen-Zahlen wie folgt:

- **2022:** 56 Veranstaltungsorte mit landesweit rund 45.000 Teilnehmer*innen
- **2023:** 56 Veranstaltungsorte mit landesweit rund 65.000 Teilnehmer*innen
- **2024:** 70 Veranstaltungsorte mit landesweit rund 79.000 Teilnehmer*innen
- **2025:** 70 Veranstaltungsorte mit landesweit rund 89.000 Teilnehmer*innen

Es ist eine gute Tradition in Nordrhein-Westfalen, dass jährlich eine der Mai-Veranstaltungen als landeszentrale Kundgebung durchgeführt wird. Den besonderen Charakter erhalten diese Veranstaltungen durch ein Grußwort des Ministerpräsidenten.

Landeszentrale Mai-Kundgebungen 2022 bis 2025:

- **2022:** Dortmund unter dem Motto:
GeMAInsam Zukunft gestalten
- **2023:** Duisburg unter dem Motto:
UNGEBROCHEN SOLIDARISCH
- **2024:** Aachen unter dem Motto:
Mehr Lohn, mehr Freizeit, mehr Sicherheit
- **2025:** Siegburg unter dem Motto:
Mach dich stark mit uns!

Arbeitnehmer*innen-Empfänge der Landesregierung 2022–2025:

- **28. April 2022**
in der Warsteiner Music Hall in Dortmund
- **27. April 2023**
in der REDBOX in Mönchengladbach
- **26. April 2024**
in der Stadthalle in Münster
- **28. April 2025**
in der Luise-Albertz-Halle in Oberhausen

Arbeitnehmer*innen- Empfang der Staatskanzlei

Im Auftrag des Ministerpräsidenten lädt die Staatskanzlei Nordrhein-Westfalens einmal jährlich Betriebsräte, Vertrauensleute sowie haupt- und ehrenamtliche Funktionäre des DGB und seiner Gewerkschaften zu einem Empfang ein. Mit diesem bedankte sich die Landesregierung für das große gesellschaftliche Engagement der Gewerkschaften.

Neben dem Ministerpräsidenten sind regelmäßig auch viele weitere Regierungsvertreter*innen mit dabei. Welche Personen für die Gewerkschaften jeweils eine Einladung erhalten, entscheidet der Bezirk in Rücksprache mit der jeweiligen DGB-Region. Redner*innen sind jedes Jahr der Ministerpräsident, unsere Bezirksvorsitzende sowie der NRW-Arbeitsminister.



Arbeitnehmer*innenempfang 2023 in Mönchengladbach // © Land NRW/Bernd Thissen



1. Mai 2023 in Duisburg – mit dabei Ministerpräsident Hendrik Wüst und Bundestagspräsidentin Bärbel Bas // © DGB NRW/Thomas Range



NRW-Abend beim Parlament der Arbeit 2022 in Berlin // © Simone M. Neumann

22. Parlament der Arbeit

Vom 8. bis 12. Mai 2022 fand der DGB-Bundeskongress, das sogenannte 22. Parlament der Arbeit, in Berlin im Hotel Estrel statt. 400 Delegierte, davon 80 aus NRW, berieten auf dem Bundeskongress über 70 Anträge und beschlossen 45 davon. Neben der Neuwahl des geschäftsführenden Bundesvorstandes mit Yasmin Fahimi als neue Bundesvorsitzende sowie Elke Hannack, Stefan Körzell und Anja Piel, standen auch Reden des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier und von Kanzler Olaf Scholz auf dem Programm. Außerdem wurde Reiner Hoffmann würdig als DGB-Vorsitzender verabschiedet. Für die Delegierten aus NRW stand während des Kongresses auch ein Bezirksabend NRW auf dem Programm, der diesmal auf einem Schiff stattfand.

75 Jahre Grundgesetz

Am 23. Mai 2024 feierte unser Grundgesetz seinen 75. Geburtstag. Der DGB NRW nahm dies zum Anlass, um mit einer Kampagne auf die große Bedeutung unserer Verfassung hinzuweisen und für diese zu werben. In Zeiten, in denen von rechtsextremen Kreisen Menschenrechte zunehmend infrage gestellt werden, wollten wir bewusst einen Gegenpunkt setzen. Unter dem Slogan „Demokratie stärken!“ ließen wir Plakate und Materialien entwickeln, die im Rahmen mehrerer Veranstaltungsformate und Themen von unseren DGB-Untergliederungen und den Gewerkschaften zum Einsatz kamen.

Dialogwerbung

Unter dem Motto „Solidarität! Mitmachen für starke Arbeitnehmer*innenrechte in Deutschland“ findet seit April 2022 auch in NRW Dialogwerbung statt. Mit der Dialogwerbung durch DFC.Dialog verfolgen der DGB und seine Gewerkschaften das Ziel, außerhalb der üblichen Wege neue Mitglieder zu gewinnen. Mit gezielt geschultem Personal baut das Team meist in den Innenstädten der Republik Informationsstände auf und spricht gezielt Passant*innen an, um über die Arbeit von Gewerkschaften zu informieren und eine Mitgliedschaft abzuschließen. Das Projekt ist sehr erfolgreich: Die Dialogwerbung übertraf bei den Neuaufnahmen, gerade bei jüngeren Menschen, die Erwartungen deutlich.



© PMinteractive GmbH

Mitgliederentwicklung im DGB NRW und den Regionen

Im Berichtszeitraum haben sich die Mitgliederzahlen unserer acht Mitgliedsgewerkschaften in NRW folgendermaßen entwickelt:

Jahr	Gesamt	Männer	% Anteil	Frauen	% Anteil	Jugend	% Anteil	Divers	% Anteil
2021	1.330.769	908.175	68,24	422.594	31,76	104.163	7,83	---	---
2022	1.304.030	887.656	68,07	416.336	31,93	102.995	7,9	38	0,0029
2023	1.299.615	882.588	67,91	416.914	32,08	107.532	8,27	113	0,0087
2024	1.271.722	863.856	67,93	407.688	32,06	105.534	8,3	178	0,0140

Die Mitgliederentwicklung unserer Gewerkschaften in den Regionen hat sich wie folgt gestaltet:

Region	2021	2022	2023	2024	Veränderung von 2021 zu 2024	Veränderung von 2021 zu 2024 (%)
Dortmund-Hellweg	135.851	133.228	133.914	130.729	-5.122	-3,77 %
Düsseldorf-Bergisch Land	176.503	171.507	170.169	166.942	-9.561	-5,42 %
Emscher-Lippe	106.299	103.688	102.614	100.082	-6.217	-5,85 %
Köln-Bonn	190.360	188.095	188.867	185.797	-4.563	-2,40 %
Mülheim-Essen-Oberhausen	78.300	76.031	75.799	73.885	-4.415	-5,64 %
Münsterland	101.390	100.358	99.871	97.000	-4.390	-4,33 %
Niederrhein	111.649	109.089	108.199	106.139	-5.510	-4,94 %
NRW Süd-West	81.668	79.834	79.832	78.505	-3.163	-3,87 %
Ostwestfalen-Lippe	137.497	159.219	134.928	132.549	-4.948	-3,60 %
Ruhr-Mark	134.879	131.623	130.816	127.246	-7.633	-5,66 %
Südwestfalen	65.098	64.278	64.337	63.233	-1.865	-2,87 %
Gesamt	1.319.494	1.316.950	1.289.346	1.262.107	-57.387	-4,35 %

Eric Schley

**Abteilungsleiter
Organisation,
Veranstaltung,
Kampagnen**

Ansprechpartner
Seniorenpolitik:
Tobias Agreiter



Finanzen und Personal: Immer gut aufgestellt

Personal: Das Team gewinnt!

Beim DGB NRW waren am Ende des 2. Quartals 2025 insgesamt 107 Personen beschäftigt (darunter zwei für politische Mandate freigestellte Kolleg*innen) – 68 Frauen und 39 Männer. 18 Personen arbeiten in Teilzeit, alle anderen in Vollzeit. In der Bezirksverwaltung in Düsseldorf sind 42 Kolleg*innen beschäftigt, darunter 28 Frauen und 14 Männer. Zwei Kolleginnen sind zurzeit in Elternzeit. Eine Kollegin arbeitet auf einem Telearbeitsplatz. Wir haben drei Auszubildende, jeweils eine*n Auszubildende*n im ersten, zweiten und dritten Ausbildungsjahr.

In den Regionsgeschäftsstellen sind insgesamt 65 Personen tätig – 39 Frauen und 26 Männer. Darüber hinaus befinden sich zwei Kolleginnen in Mutterschutz bzw. Elternzeit. Den Regionen stehen sechs Regionsgeschäftsführer und vier Regionsgeschäftsführerinnen vor. Eine RGF-Stelle ist zum Zeitpunkt der Berichtslegung noch unbesetzt. 22 Kolleginnen sind in den Regionen als Assistentinnen beschäftigt.

Zur Abteilung Jugend und Demokratie gehören 16 Kolleg*innen, darunter zwei Assistenzstellen, eine Sachbearbeitung Finanzen, 11 Jugendbildungsreferent*innen in den Regionen, der Bezirksjugendsekretär sowie eine neue Kollegin in der Abteilung Jugend und Demokratie, welche das Projekt „#sichere.Sache – Präventionsarbeit gegen sexualisierte Gewalt“ bearbeitet. Der DGB NRW kommt seiner Verpflichtung zur Besetzung von mindestens 5% der Arbeitsplätze mit schwerbehinderten Menschen nach. Aktuell beschäftigt der DGB NRW neun Kolleg*innen mit (Schwer-)Behinderung.

Zusammenarbeit

Im DGB NRW gibt es unterschiedliche Formate, um die Zusammenarbeit der Kolleg*innen zu gewährleisten und zu fördern. Mit der Corona-Pandemie entstand bei vielen Beschäftigten das Bedürfnis, über den Tellerrand des eigenen Teams hinauszuschauen, und sich auch mit den Kolleg*innen anderer Geschäftsstellen besser zu vernetzen. So hat sich ein vierteljährlicher Austausch aller Sekretär*innen mit organisationspolitischen Aufgaben in NRW etabliert. Dieser wird federführend seitens der Abteilung Organisation, Veranstaltungen, Kampagnen in der DGB-Bezirksverwaltung durchgeführt. Ebenso konnte die Zusammenarbeit und der Austausch im Assistenzbereich gestärkt werden. Die jährlich im Herbst stattfindende Assistent*innen-Tagung ist mittlerweile etabliert und gut besucht. Gerade die zahlreichen administrativen Abläufe in der Organisation können so leichter überarbeitet und Synergien besser nutzbar gemacht werden.



Die Beschäftigten des DGB NRW bei einer Betriebsversammlung 2024 in Hattingen // © DGB NRW

Die Abteilungsleitungen und politischen Sekretär*innen der Bezirksverwaltung treffen sich alle zwei Wochen in der sogenannten „Sekretärsbesprechung“, um sich strategisch abzustimmen. Die Regionsgeschäftsführer*innen kommen satzungsgemäß in Sitzungen des „Erweiterten geschäftsführenden Vorstandes“ regelmäßig mit der Vorsitzenden zusammen. Für alle Beschäftigten in NRW findet zudem quartalsmäßig eine Betriebsversammlung statt, zu der der Betriebsrat einlädt.

Gesundheitsmanagement

Nicht nur, jedoch besonders auch aufgrund der sich zuspitzenden politischen und wirtschaftlichen Lage in Deutschland und der Welt, sind die Anforderungen an die DGB-Beschäftigten gestiegen. Daher ist eine aktive Gesundheitsvorsorge noch wichtiger geworden. Seit Jahren unterstützt der DGB seine Beschäftigten durch ein breites Angebot in diesem Bereich: Gesundheitswoche GetFit, Gesundheits-CheckUps, Anonyme Mitarbeitenden-Beratung – Mein EAP, Bildschirmarbeitsplatzbrillen. Neu hinzugekommen ist das Angebot „Gesundheitsticket“. Hier können die DGB-Beschäftigten seit 2024 jährlich über ein persönliches Budget in einem Onlineportal verfügen. Damit sind regionale Sportkurse buchbar sowie Sport-Apps käuflich zu erwerben.

Finanzen: Der DGB NRW in Zahlen

Rechnungswesen

Die Bezirksbuchhaltung leistet die Buchführung für den gesamten DGB-Bezirk NRW inklusive der Regionsgeschäftsstellen und den ehrenamtlichen Kreis- und Stadtverbänden. Neue Herausforderungen stehen durch die Digitalisierung im Rechnungswesen bevor, die über Online-Banking und Nutzung einer Buchhaltungssoftware hinausgehen.

Zum 01.04.2023 wurde eine Teildigitalisierung der Rechnungs- und Belegbearbeitung umgesetzt, indem zunächst die Eingangsrechnungen digitalisiert wurden. Nach und nach erfolgen die weiteren Schritte der Digitalisierung.

Revision

Folgende Mitglieder der bezirklichen Revisionskommission wurden auf der letzten Bezirkskonferenz 2021 gewählt:

- Dümpelmann, Ralf (IGM)
- Goemann, Uwe (IG BCE), Sprecher der Kommission
- Zimmermann, Monika (Ver.di)
- Heiner, Jürgen (NGG), stellv. Mitglied
- Rojahn, Lorenz (GdP), stellv. Mitglied
- Neumann, Birgit (EVG), stellv. Mitglied
- Dr. Schmitter, Jürgen (GEW), stellv. Mitglied
- Henter, Gabrielle (IG BAU), stellv. Mitglied

Die Revisionskommission hat jährlich die laut Richtlinie vorgeschriebenen Revisionen einschließlich der unvermuteten durchgeführt. Es ergaben sich keine Beanstandungen. Rückfragen der Kommission konnten zufriedenstellend beantwortet und geklärt werden. Im Berichtszeitraum wurde die Bezirksbuchhaltung auch durch die Bundesrevision des DGB regelmäßig geprüft. Es gab keine nennenswerten Beanstandungen.

Finanzmittel

DGB-Bezirk NRW	2021	2022	2023	2024
Bezirksverwaltung	875.000,00 €	873.000,00 €	881.000,00 €	914.960,00 €
Kreis- und Stadtverbände	214.000,00 €	214.000,00 €	214.000,00 €	214.000,00 €
Regionen	924.000,00 €	924.000,00 €	924.000,00 €	932.040,00 €
Etat NRW	2.013.000,00 €	2.011.000,00 €	2.019.000,00 €	2.061.000,00 €

Zweckgebundene Mittel Jugend

Die DGB Jugend NRW erhält als anerkannter Jugendverband Fördermittel für die Jugendverbandsarbeit aus öffentlichen Mitteln.

2021	1.031.336,99 €
2022	1.926.421,00 €
2023	1.728.338,99 €
2024	2.027.491,00 €

Diese Mittel werden als Zuschüsse für die gewerkschaftliche Jugendarbeit innerhalb des DGB und der Einzelgewerkschaften eingesetzt. Die Gesamtfinanzierung der Jugendarbeit erfolgt über die Haushalte der Mitgliedsgewerkschaften und des DGB.

Aufgrund der Covid-19-Pandemie wurden 2020/2021 viele Seminare und Maßnahmen nicht durchgeführt. Deshalb ergab sich im Jahr 2021 eine geringere Fördersumme.

Tobias Agreiter

**Abteilungsleiter
Finanzen,
Personal,
Verwaltung**



Mitarbeit der DGB-Bezirksverwaltung NRW in Gremien und Initiativen

Antirassismus und Demokratie

- Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e.V., Vorstand
- „Kumpelverein – Die Gelbe Hand“, Jury und Projektpartner
- Flüchtlingsrat NRW, Jurymitglied für den Flüchtlingspreis NRW
- Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration NRW, Beirat für Teilhabe und Integration

Arbeitsmarkt

- Bundesagentur für Arbeit – Regionaldirektion NRW
 - Arbeitsmarktpolitischer Beirat Regionalbeiräte
 - Arbeitsmarktpolitischer Ausschuss
 - Beirat zur Integration von Geflüchteten in Arbeit und Ausbildung
- Bundesagentur für Arbeit in Brühl, Verwaltungsausschuss
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW
 - Fachkräfteoffensive der Landesregierung NRW
 - Beirat Fachkräfteagentur International
 - Beirat Servicestelle Faire Zeitarbeit und Werkverträge (bis 21.12.2024)
 - Fachbeirat Arbeit und Qualifizierung
- START NRW Zeitarbeit, Gesellschafterversammlung und Aufsichtsrat (bis Sommer 2024)

Bildung und Ausbildung

- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW, Ausbildungskonsens
- Ministerium für Schule und Bildung, Beirat Regionales Bildungszentrum (Berufskollegs)
- Arbeit und Leben NRW, Vorstand
- Landesausschuss für Berufsbildung
- DGB-Bildungswerk NRW, Vorstand

Familien-, Frauen- und Jugend

- FrauenRat NRW
- Landesjugendring e.V. NRW
- Netzwerk Gender und Vielfalt
- Verbraucherzentrale NRW, Verwaltungsrat

Hochschule- und Wissenschaft

- Ministerium für Kultur und Wissenschaft, Ständige Kommission zur Evaluierung und Fortentwicklung des Vertrages über gute Beschäftigungsbedingungen für das Hochschulpersonal

Klima-, Energie- und Verkehr

- Staatskanzlei des Landes NRW, Stiftungsrat Umwelt und Entwicklung NRW
- Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr NRW
 - NRW-Nachhaltigkeitsbeirat
 - Landesbeirat Immissionsschutz
- Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien NRW, NRW-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege
- Global Nachhaltige Kommune NRW, Projektbeirat
- KlimaDiskurs NRW e.V.
- Bündnis sozialverträgliche Mobilitätswende NRW
- Wuppertal Institut, Projektbeirat Team Nachhaltigkeit
- Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW, Beirat
- Kuratorium IGA Metropole Ruhr 2027

Medienpolitik

- Landesanstalt für Medien, Medienkommission und Ausschuss
- WDR, Rundfunkrat und Ausschuss

Öffentlicher Dienst/Beamte

- Ministerium der Finanzen, Beirat für das Sondervermögen Pensionsfonds
- Ministerium der Finanzen und Ministerium des Innern, Modernisierungsoffensive im öffentlichen Dienst

Soziales

- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW
 - Inklusionsbeirat
 - Steuerungsgruppe der Inklusionsinitiative
- AOK Rheinland/Hamburg
 - Verwaltungsrat und Fachausschüsse
 - Regionalbeiräte
 - Widerspruchsausschüsse
- AOK Nordwest
 - Verwaltungsrat und Fachausschüsse
 - Regionalbeiräte
 - Widerspruchsausschüsse
- Deutsche Rentenversicherung Bund, Rheinland und Westfalen
 - Vorstand und Vertreterversammlung
 - Haushalts-, - Personal und Widerspruchsausschüsse
- IKK Classic Rheinland und Westfalen, Regionalräte
- Landesgesundheitskonferenz
- Landesinitiative Gesundheitsförderung und Prävention (LGP NRW)
- Inklusionspreis VdK NRW, Jurymitglied vilmA
- Institut für soziale Bewegungen der Ruhr-Universität Bochum, Beirat („Route der sozialen Demokratie“)
- Mieterbund NRW, Bündnis „Wir wollen wohnen“

Transformation

- Ruhrkonferenz, Beirat (bis Mitte 2023)
- Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie NRW
 - Beirat Außenwirtschaft
 - Zukunftsdialog Industrie NRW
 - Mittelstandsbeirat NRW
 - Runder Tisch Kreislaufwirtschaft
 - Clearingstelle Mittelstand des Landes NRW
- Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit NRW, Tarifausschuss
- NRW.Bank, Beirat
- Europäischer Fonds für regionale Entwicklung, Begleitausschuss (2021 bis 2027)
- Europäische Sozialfonds, Begleitausschuss (2021-2027)
- Technologieberatungsstelle NRW (TBS), Vorstand
- Friedrich-Ebert-Stiftung, Transformationskommission NRW
- Strukturstärkungsrat 5-Standorte-Programm
- Regionalverband Ruhr, Verbandsversammlung
- Zukunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR), Mitglied im Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung
- Business Metropole Ruhr (BMR), Beirat
- Leibniz-Institut für Arbeitsforschung an der Technischen Universität Dortmund, Kuratorium
- Institut Arbeit und Technik (IAT), Beirat
- Zukunftszentrum KI NRW, Beirat
- Fortbildungsakademie der Wirtschaft, Beirat ZenaB
- Zukunft durch Industrie e.V.

Beteiligung des DGB NRW an Sachverständigen- Anhörungen des NRW-Landtages 2022-2025

2022

- Gesetzentwurf der Landesregierung: Modernisierung und Stärkung der Eigenverantwortung von Schulen (16. Schulrechtsänderungsgesetz), 11. Januar 2022
- Entwurf einer Verordnung zur Anpassung schulrechtlicher Vorschriften, 11. Januar 2022
- Gesetzentwurf der Landesregierung: Zweites Gesetz zur Änderung des Mittelstandsförderungsgesetzes, 12. Januar 2022
- Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN: Schienenpersonen-nahverkehr in Nordrhein-Westfalen muss verlässlich sein, 20. Januar 2022
- Antrag der Fraktion der SPD: Die bevorstehende Bildungskatastrophe an berufsbildenden Schulen abwenden – Neue Wege für die Personalgewinnung gehen und Hochschulen für angewandte Wissenschaften in die Ausbildung von Lehrkräften einbinden!, 02. Februar 2022
- Gesetzentwurf der Landesregierung: Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes in Nordrhein-Westfalen, 10. Februar 2022
- Gesetzentwurf: Gewährung einer einmaligen Corona-Sonderzahlung aus Anlass der COVID-19-Pandemie für das Land NRW und zur Änderung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes, 10. Februar 2022
- Gesetzentwurf der Landesregierung: Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2022 sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen, 10. Februar 2022
- Gesetzentwurf der Landesregierung: Anpassung der Alimentation von Familien sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften, 10. Februar 2022
- Gesetzentwurf der FDP-Fraktion: Grundsteuergesetz Nordrhein-Westfalen (GrStG NW), 25. August 2022

- Gesetzentwurf der Landesregierung: Nachtrags-haushaltsgesetz 2022, 20. Oktober 2022
- Antrag der SPD-Fraktion: Schwarz-Grün ist der Bremsklotz für bezahlbares Wohnen: Die Landes-regierung muss endlich selbst handeln und für die Mieterinnen und Mieter Sicherheit schaffen, 10. November 2022
- Gesetzentwurf der Landesregierung: Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2023 – Personaletat, 15. November 2022
- Gesetzentwurf der Landesregierung: Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2023, 17. November 2022
- Gesetzentwurf der Landesregierung: Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushalts-jahr 2022 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2022 - 2. NHHG 2022), 13. Dezember 2022
- Gesetzentwurf der Landesregierung: NRW-Krisen-bewältigungsgesetz, 13. Dezember 2022

2023

- Gesetzentwurf der Landesregierung: Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes und weiterer Gesetze, 25. April 2023
- Gesetzentwurf der Landesregierung: Übermittlung von Schülerinnen- und Schülerdaten am Übergang von der Schule in den Beruf (Schülerin-nen- und Schülerdatenübermittlungsgesetz), 16. Mai 2023
- Antrag der SPD-Fraktion: Zuschuss zum Deutschlandticket für die Landesbeschäftigten – Landes-regierung muss jetzt handeln, 14. Juni 2023
- Antrag der FDP-Fraktion: Landesregierung muss hohe Überstundenberge rechtssicher vor Verfall schützen – Mehrarbeit wertschätzen und bei Bedarf in Langzeitarbeitskonten überführen, 08. August 2023
- Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales und des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie: Fachkräfte-sicherung durch die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung – Verankerung in der Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen, 16. August 2023
- Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Anerkennung ausländi-

scher Berufs- und Bildungsabschlüsse beschleunigen – Potenziale nutzen, Engstellen beseitigen, Karrieren ermöglichen, 10. Oktober 2023

- Entschließungsantrag der SPD-Fraktion: Fachkräftemangel jetzt wirksam bekämpfen! – Das Potenzial von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte besser nutzen, 10. Oktober 2023
- Antrag der FDP-Fraktion: Landesregierung muss Attraktivitätsoffensive für den öffentlichen Dienst fortsetzen – Staatliche Handlungsfähigkeit in Zeiten zunehmenden Fachkräftemangels sichern, 17. Oktober 2023
- Gesetzentwurf der Landesregierung: Änderung des Gesetzes zur Errichtung des Pensionsfonds des Landes Nordrhein-Westfalen sowie zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften, 17. Oktober 2023
- Gesetzentwurf der Landesregierung: Feststellung des Haushaltsplans des Landes NRW für das Haushaltsjahr 2024 – Personaletat 2024, 17. Oktober 2023
- Gesetzentwurf der Landesregierung: Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024, 19. Oktober 2023
- Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse beschleunigen – Potentiale nutzen, Engstellen beseitigen und Karriere ermöglichen, 8. November 2023
- Leitentscheidung 2023 der Landesregierung: Meilensteine für den Klimaschutz, Stärkung der Versorgungssicherheit und Klarheit für die Menschen in der Region, 15. November 2023

2024

- Antrag der FDP-Fraktion: Entscheidung über rund 85.000 Besoldungswidersprüche in Nordrhein-Westfalen – Landesregierung muss mit Musterverfahren einer drohenden Klagewelle vorbeugen und zeitnah die amtsangemessene Alimentation von Bediensteten überprüfen, 16. Januar 2024
- Antrag der SPD-Fraktion: Zurück in die Zukunft: NRW muss wieder Vorreiter für Tarifbindung werden!, 17. April 2024
- Antrag der SPD-Fraktion: Einsetzung einer Enquetekommission „Chancengleichheit in der Bildung“, 05. Juli 2024
- Antrag der FDP-Fraktion: Private Krankenversicherung als Attraktivitätspfeiler des Beamtenstatus erhalten – Keine Mehrbelastungen des

Landeshaushalts und keine Einheitsversicherung durch Einführung einer pauschalen Beihilfe in Nordrhein-Westfalen, 03. September 2024

- Gesetzentwurf der Landesregierung: Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge in den Jahren 2024 und 2025 sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen, 05. September 2024
- Antrag der SPD-Fraktion: Die Landesregierung gibt den Sozialen Arbeitsmarkt auf: Koalitionsversprechen halten!, 2. Oktober 2024
- Gesetzentwurf der Landesregierung: Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2025 – Personaletat, 29. Oktober 2024
- Gesetzesentwurf der Landesregierung: Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2025, 29. Oktober 2024
- Antrag der SPD-Fraktion: Von guter Arbeit in gute Arbeit vermitteln – Das Land muss bei der Transformation der Arbeitswelt vom Zuschauen ins Handeln kommen, 30. Oktober 2024
- Referentenentwurf zum Hochschulstärkungsgesetz, 16. Dezember 2024

2025

- Antrag der SPD-Fraktion: Stellenabbau bei Ford in Köln – Entlassungswellen in der Industrie entschlossen entgegentreten, 31. Januar 2025
- Antrag der SPD-Fraktion: Woche der seelischen Gesundheit: Arbeit darf nicht krank machen!, 12. Februar 2025
- Gesetzentwurf der Landesregierung: Gesetz zur Modernisierung des öffentlichen Dienstes in Nordrhein-Westfalen NRW – Laufbahnrecht, 10. April 2025
- Gesetzentwurf der Landesregierung: Gesetz über die Gewährung eines Anwärtersonderzuschlags für Laufbahnbewerberinnen und Laufbahnbewerber des feuerwehrtechnischen Dienstes in den Gemeinden und Gemeindeverbänden in Nordrhein-Westfalen, 30. April 2025
- Antrag der FDP-Fraktion: Berufsorientierung stärken – Freiwilliges Handwerksjahr einführen!, 30. April 2025

Wir gedenken aller Gewerkschafter*innen, die in den letzten vier Jahren von uns gegangen sind und bedanken uns für ihr Engagement.

Folgende Kolleg*innen möchten wir hervorheben, die für den DGB Besonderes geleistet haben:

Michael Sommer
(17.01.1952 - 30.06.2025)

Michael Sommer wurde 1952 in Büderich geboren. Als 19-Jähriger trat er in die Deutsche Postgewerkschaft ein und

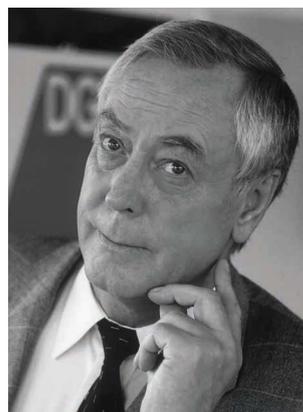


Michael Sommer
© Simone M. Neumann

übernahm zunächst verschiedene ehrenamtliche Gewerkschaftsfunktionen. Nach seinem Studium der Politikwissenschaft arbeitete er ab 1980 hauptamtlich in verschiedenen Funktionen für die Postgewerkschaft, deren stellvertretender Vorsitzender er 1997 wurde. In dieser Funktion war er 2001 maßgeblich an der Gründung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di beteiligt. Von 2002 bis 2014 war Michael Vorsitzender des DGB.

Dieter Schulte
(13.01.1940 - 03.09.2022)

Dieter Schulte wurde 1940 in einer Arbeiterfamilie in Duisburg geboren. Der gelernte Maurer trat



Dieter Schulte // © J. H. Darchingner

als 17-Jähriger in die IG Bau ein, wechselte dann zur IG Metall und wurde später im Thyssen-Konzern Vertrauensmann und Betriebsrat. 1991 trat er in den geschäftsführenden Vorstand der IG Metall ein und übernahm die Leitung des Zweigbüros in Düsseldorf. Von

1994 bis 2002 war Dieter Vorsitzender des DGB.

Edith Herzig
(13.04.1961 - 14.11.2022)

Edith Herzig war in vielen Gremien des DGB und der Gewerkschaft ver.di aktiv. Sie war seit 2013 Mitglied und seit Sommer 2021 Vorsitzende des DGB-Bezirksfrauenausschusses NRW. In dieser Rolle war Edith auch Teil des Bezirksvorstandes.



Edith Herzig // © Thomas Range

Walter Haas

(29.03.1941 - 14.04.2022)

Walter Haas absolvierte nach dem Besuch der Volksschule eine Ausbildung zum Maschinenschlosser bei



Walter Haas // © Bildungswerk NRW

der Firma Kronprinz in Solingen, wo er bis 1968 beschäftigt war. Bereits 1955 wurde er Mitglied der IG Metall und engagierte sich in den Folgejahren als Jugendvertreter und Betriebsrat. Im November 1968 wechselte Walter vom Ehrenamt im Betrieb in die Funktion des DGB-Bundesjugendsekretärs. Anschließend gehörte er seit 1978 dem Geschäftsführenden Vorstand des DGB NRW an. Von 2002 bis 2006 war Walter Vorsitzender des DGB NRW.

Jutta Reiter

(29.11.1965 - 23.01.2025)

Die geborene Mülheimerin schloss 1992 ihr Studium als Diplom-Pädagogin in Essen ab. Seitdem war Jutta Reiter



Jutta Reiter
© DGB Dortmund-Hellweg

hauptamtlich beim DGB beschäftigt, zunächst als Jugendbildungsreferentin, dann als Referatsleiterin in der Abteilung Frauen beim DGB-Bundesvorstand. Als der DGB-Bundesvorstand nach Berlin umzog, übernahm sie die Arbeit als Gewerkschafts-

sekretärin bei der DGB-Bezirksverwaltung NRW. Seit 2009 war Jutta Geschäftsführerin der Region Dortmund-Hellweg.

Jörg Mährle

(23.08.1966 - 29.08.2023)

Jörg Mährle wurde 1966 in Kiel geboren. Nach dem Abitur absolvierte er eine Ausbildung zum Bürokauf-



Jörg Mährle // © DGB NRW

mann und studierte an der Bonner Universität Politik- und Erziehungswissenschaften. Er arbeitete zunächst in der IT-Branche und ab dem Jahr 2000 hauptamtlich beim DGB – zuerst drei Jahre als Jugendbildungsreferent, danach als Gewerkschaftssekretär mit organisationspoli-

tischen Aufgaben. Seit 2017 war Jörg Geschäftsführer der Region Köln-Bonn.

Heike Arndt

(06.08.1963 - 30.12.2021)

Die gelernte Werkzeugmechanikerin begann ihre gewerkschaftliche Laufbahn bei der IG Chemie, der heutigen IGBCE, wo sie zuletzt stellvertretende Landes-



Heike Arndt // © IGBCE

bezirksleiterin der IGBCE Westfalen war. Viele Jahre engagierte sie sich bei den DGB-Frauen, bis zum Sommer 2021 war Heike Vorsitzende des DGB-Bezirksfrauenausschusses NRW.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Deutscher Gewerkschaftsbund
Bezirk Nordrhein-Westfalen
Friedrich-Ebert-Str. 34–38
40210 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 3683-0
E-Mail: nrw.info@dgb.de

Redaktionsschluss: 01.07.2025
Drucklegung: Oktober 2025

Druckerei:
Cimpres Deutschland GmbH

Erstellung & Produktion:
pminteractive.de

